

4. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 30. September 2019

Anwesend sind:

Bürgermeisterin:	Mag. (FH) Völkl Andrea	ÖVP
1. Vizebürgermeister:	Mag. Falb Martin	ÖVP
2. Vizebürgermeister:	Holzer Othmar	SPÖ
Stadträte ÖVP:	Dummer Gerhard, Ing. Mag. Hödl Herwig, Mag. Koll Felix, Dr. Moser Christian	
Stadträte SPÖ:	Frithum Gabriele (bis 21:05 Uhr), Scheele Heinz	
Stadtrat GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar	
Stadtrat FPÖ:	Pohl Herbert (ab 18:40 Uhr)	
Gemeinderäte ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Gaida Siegfried, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, Ibraimi Setki Mag. Kadoun Anton MBA MAS, Kopf Eleonore, Ludl Iris, Samer Peter, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit, Zagler Matthias	
Gemeinderäte SPÖ:	Erkol Yasar, Gübler Gerda, Mujkanovic Samira, Osmanovic Admir, Pollak Daniel, Mag. Riedler Corinna (ab 19:45 Uhr), Rosenberger Markus, Schuller Alexander	
Gemeinderäte GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, OStR Mag. Klinger Walter, Mag. Kubat Matthias LL.B., Ing. Mag. Straka Andreas	
Gemeinderäte FPÖ:	Polacek Klaus	
<u>Entschuldigt:</u>	StR Pohl Herbert (FPÖ) (bis 18:40 Uhr), GR Mag. Riedler Corinna (SPÖ) (bis 19:45 Uhr), StR Frithum Gabriele (SPÖ) (ab 21:05 Uhr) GR Ćorković Alen (FPÖ)	

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Sparkassaplatz 2, Stockerau, Lenau-Saal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 22:45 Uhr

Tagesordnung:

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- II. Genehmigung des Protokolls vom 26.06.2019**
- III. Bericht des Umweltgemeinderates**
- IV. Bericht des Prüfungsausschusses**
- V. Anträge der Bürgermeisterin**
 - 1.) Dringlichkeitsantrag - Erlassung einer Bausperre im Stadtzentrum von Stockerau
 - 2.) Verleihung von Ehrennadeln sowie Dank und Anerkennung an ausgeschiedene Stadt- und Gemeinderäte
 - 3.) Verleihung der Sozialdienstmedaille in Gold an StR a.D. Eisler Elfriede
 - 4.) Verleihung der Wirtschaftsmedaille in Gold an StR a.D. KommRat Hopfeld Peter
 - 5.) Verleihung des Kulturehrenzeichens in Gold an StR a.D. OSR Kronberger Karl
 - 6.) Dank und Anerkennung an ausgeschiedenes KIG AR-Mitglied
 - 7.) Ortskapelle Unterzögersdorf – Generalsanierung – Vergabe von Leistungen
 - 8.) Dienstbarkeitsvertrag V2018/1221 Netz NÖ Transformatorstation Prof.N. Dostal-Straße
 - 9.) Dienstbarkeitsvertrag V2018/0661 Netz NÖ Transformatorstation Hornerstraße
 - 10.) Dienstbarkeitsvertrag V2019/0558 Netz NÖ Transformatorstation G. Mahler-Promenade
 - 11.) Initiativantrag gem. § 16 NÖ GO – heiße Erde – Klimanotstand
 - 12.) Grundsatzbeschluss für Veranstaltung Feuerwehrjugend NÖ
- VI. Anträge der Stadträte**
 - a.) Ref. I – Bauwesen und Stadtentwicklung**
 - 1.) Örtliches Entwicklungskonzept/Marktgemeinde Sierndorf - Kenntnisnahme
 - b.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften**
 - 1.) Rücktritt vom Grundkauf Parz.Nr. 296/8 – Lisa Jana
 - 2.) Rücktritt vom Grundkauf Parz.Nr. 296/5 – Mag. Rössler Alexandra
 - 3.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 296/5 an Lisa Jana

- 4.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 294/23 an Strahammer-Hörack Jürgen und Isabella
- 5.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 296/8 an Erkol Mustafa und Aytan
- 6.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 3378/7 an Silbergasser Harald und Silbergasser-Thalhammer Tamara
- 7.) Vermessungsurkunde GZ. BD3-50443 / Übertragung der Trennstücke 1 und 8 an Bartosch Oliver – Vereinbarung

c.) Ref. III - Finanzen

- 1.) Bericht über die Gebarungseinschau des Landes NÖ
- 2.) Grundsatzbeschluss – Ankauf Drehleiter für FF Stockerau
- 3.) Investitionen für das Freibad Stockerau
- 4.) Festlegung von privatrechtlichen Entgelten für Müllbehälter BIO

d.) Ref. IV – Kultur und Veranstaltungswesen

- 1.) Festspiele Stockerau – Änderung der Zuordnung von Preiskategorien zu den Sitzplätzen

e.) Ref. V - Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration

- 1.) Kauf von neuen Babypaketen

f.) Ref. VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof

- 1.) Städtischer Friedhof – Erweiterung der Urnensäulen – Vergabe von Leistungen

g.) Ref. VIII – Verkehr, Infrastruktur und Straßen

- 1.) Kreisverkehr B3 Grafendorferstraße – Übereinkommen Land NÖ – Ansuchen Landesrat Schleritzko
- 2.) J. Jessernigg-Straße, Industriestraße – Übereinkommen Land NÖ – Übernahme in das Landesstraßennetz
- 3.) Grundsatzbeschluss – Gestaltung Kreisverkehr Pragerstraße / Hornerstraße

h.) Ref. IX – Verwaltung und Digitalisierung

- 1.) Rathaus - Verlegung der EDV-Abteilung
- 2.) Änderung der Richtlinien für den Einsatz von AsylwerberInnen zu gemeinnütziger Tätigkeit für die Stadt Stockerau
- 3.) Organigramm

- Dringlichkeitsantrag - Eschensterben in der Stockerauer Au – Beauftragung eines gerichtlich beeideten Sachverständigen zur Klärung von Fragen hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge der Stadträte

a.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften

- 1.) Nutzungsvertrag
- 2.) Mietvertrag

b.) Ref. III - Finanzen

- 1.) Sportförderungen
- 2.) Wirtschaftsförderung für Lehrlinge im 1. Lehrjahr
- 3.) Teilrückforderung Gesellschafterdarlehen und Erhöhung der nicht gebundenen Kapitalrücklage

c.) Ref. IX - Verwaltung und Digitalisierung

- 1.) Personalangelegenheiten
- 2.) Dringlichkeitsantrag -Einvernehmliche Auflösung eines Dienstverhältnisses

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Völkl eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Ich freue mich über das rege Interesse der zahlreichen Bürgerinnen und Bürger an dieser Sitzung.

Vor Eingehen in die Tagesordnung möchte ich Ihnen bekanntgeben, dass drei Dringlichkeitsanträge gem. § 46 Abs. 3 NÖGO vorliegen.

- **Dringlichkeitsantrag von Vizebürgermeister Falb (ÖVP) –
Erlassung einer Bausperre im Stadtzentrum von Stockerau**

Vizebürgermeister Falb:

Es wird beantragt,

den beiliegenden Amtsbericht gem. § 46/3 NÖ Gemeindeordnung dringlich zu behandeln und die angeschlossene Verordnung zur Erlassung einer Bausperre im Stadtzentrum von Stockerau zu beschließen.

Angeschlossen ist darüber hinaus ein Zeitplan über die weitere Vorgangsweise zur Überarbeitung der Bebauungsvorschriften für Stockerau.

Der Antrag soll an die Spitze der Tagesordnung gestellt werden und die Verordnung umgehend an der Amtstafel kundgemacht werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Wirkung einer Bausperre kann zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr in vollem Umfang erzielt werden.

Der Antrag wird an die Gemeinderatsmitglieder ausgeteilt.

Er erfolgt eine kurze Unterbrechung der Sitzung zum Durchlesen des Antrages.

Die Sitzung wird wieder aufgenommen und über die Dringlichkeit des Antrages wird abgestimmt.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	1

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird vorgereicht als erster Tagesordnungspunkt unter den Anträgen der Bürgermeisterin.

- **Dringlichkeitsantrag von Vizebürgermeister Falb (ÖVP) – Eschensterben in der Stockerauer Au – Beauftragung eines gerichtlich beeideten Sachverständigen zur Klärung von Fragen hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise**

Vizebürgermeister Falb: Das Eschensterben in der Stockerauer Au schreitet unbestritten immer mehr voran. Die Stadtgemeinde Stockerau als Grundeigentümer ist verpflichtet, Maßnahmen zur Gewährleistung der Wegesicherheit zu ergreifen, um Schadensfälle zu verhindern. Wie diese genau aussehen, wird in den kommenden Wochen zu entscheiden sein, wobei die Balance zwischen der

Sicherheit für die Wegebenutzerinnen und –benützer und dem möglichst schonenden Umgang mit der Natur zu finden sein wird. Die Kernzone des Naturschutzgebietes ist von den Maßnahmen nicht betroffen.

Vor dieser Entscheidung sind allerdings fachliche Vorfragen zu klären.

Die Stadtverwaltung ist deshalb einerseits an die Landesforstdirektion mit dem Ersuchen um fachliche Stellungnahme herangetreten. Darüber hinaus soll ein gerichtlich beeideter Forstsachverständiger vorab eingebunden werden, um ein möglichst breite und fachlich unangreifbare Entscheidungsgrundlage zur Hand zu haben.

Diesbezüglich wurde an den allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen OFM Dipl.Ing. Reinhard Barbl, Rathausgasse 9, 2500 Baden, herangetreten.

Dipl.Ing. Barbl soll auf Grundlage einer Vorort-Bestandsaufnahme und nach Sichtung des relevanten Schriftverkehrs ein Gutachten zum Gefährdungsgrad und hinsichtlich der möglichen Handlungsoptionen für die Stadtgemeinde erstellen.

Dipl.Ing. Barbl wird diese Leistung zu einem Preis von € 3.700,-- erbringen. Mehrwertsteuer fällt in diesem Fall nicht an. Bedeckung ist im laufenden Budget der Stadtgemeinde gegeben.

Es wird der

Antrag

gestellt, die Beauftragung von Dipl.Ing. Barbl Reinhard zu den o.a. Rahmenbedingungen zu genehmigen.

Es wird darüber hinaus beantragt, diesen Punkt gem. § 46/3 NÖ Gemeindeordnung dringlich zu behandeln.

Begründung der Dringlichkeit:

Allfällige Sicherungsmaßnahmen in der Stockerauer Au müssen mit zu Beginn der kalten Jahreszeit ergriffen werden. Daher kann die nächste Gemeinderatssitzung nicht mehr abgewartet werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	1

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

Stadtrat Pohl nimmt an der Sitzung teil (18:40 Uhr).

- **Dringlichkeitsantrag von Vizebürgermeister Falb (ÖVP) – Einvernehmliche Auflösung eines Dienstverhältnisses**

Vizebürgermeister Falb: Eine Vertragsbedienstete hat aus gesundheitlichen Gründen um einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses per Ende Oktober 2019 angesucht. Diesem Ansuchen soll stattgegeben werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, weil die nächste Gemeinderatssitzung erst nach dem geplanten Ende des Dienstverhältnisses liegt.

Es wird der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der nicht öffentlichen Sitzung unter Anträge des Ausschussobmannes für Verwaltung und Digitalisierung behandeln.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird in der nicht öffentlichen Sitzung behandelt.

II. Genehmigung des Protokolls vom 26.06.2019

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich ersuche, die Protokolle etwas früher auszuschicken und nicht am Freitag vor dem Wochenende, vor dem Wahlwochenende noch dazu und überhaupt, wenn wir am Montag die Sitzung haben, damit wirklich die Gelegenheit besteht, das auch durchzulesen.

Bürgermeisterin Völkl: Das nehme ich gerne mit.

Stadtrat Pfeiler: Auch bei den Stadtratsprotokollen haben wir leider einen Rückstand. Es liegt bis dato in der laufenden Geschäftsperiode kein Stadtratsprotokoll vor, obwohl schon einige Stadtratssitzungen stattgefunden haben. Ich ersuche, diesen Rückstand aufzuholen.

Gemeinderat Polacek: Ich schließe mich den beiden Kollegen an. Die Protokolle sind nach der Gemeindeordnung innerhalb von 14 Tagen zu erstellen.

Auf Seite 135 dürfte ein Schreibfehler sein. Bei dem Antrag Dringlichkeit von Herrn Stadtrat Scheele kann die FPÖ nicht gleichzeitig Gegenstimmen und Stimmhaltung machen. Ich bitte das auszubessern.

Bürgermeisterin Völkl: Zur Protokollführung kann ich nur sagen, wir sind am Arbeiten. Wir holen jetzt Angebote für ein neues System ein, dass wir dann Audio/Video machen kann. Dann kann das umfangreiche Wortprotokoll entfallen und es gibt nur mehr ein schriftliches Beschlussprotokoll. Das dauert aber noch. Wir sind uns aber auch bewusst, dass diese umfangreichen Protokolle sehr viel Arbeit macht. Wir wissen, dass es Handlungsbedarf gibt und wir werden uns darum kümmern.

Abstimmung des Protokolls mit Änderung (Seite 135):

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	1 (Kamath-Petters)
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	4
	FPÖ	2

III. Bericht des Umweltgemeinderates

Stadtrat Pfeiler berichtet:

1. Ausbau der A22 im Bereich Stockerau

Die Aktivisten und Aktivistinnen der Bürgerinitiative Tunnel – Grüner Übergang haben das eingereichte Projekt der ASFinAG detailliert analysiert. Die Ergebnisse dieser Analyse wurden bei einer Veranstaltung der Bürgerinitiative am 24.09.2019 vorgestellt. Bei dieser Analyse wurden von der Bürgerinitiative **zahlreiche Mängel** im eingereichten Projekt der ASFinAG aufgezeigt, die ich Ihnen kurz näher bringen möchte.

- **Die Verkehrsprognose** ist mit 0,9% Verkehrsentwicklung pro Jahr sehr, sehr niedrig angesetzt, deutlich unter der Langfristentwicklung der letzten Jahre. Die Prognose des Lkw-Verkehrs liegt mit 0,44% sogar noch deutlich unter dieser niedrigen Prognose. Die Realität hat die Verkehrsprognose bereits 2019 überholt. Die Pkw-Zahlen für 2019 wurden von der Prognose erst 2026 erwartet, die Lkw-Zahlen 2019 erst für nach 2035 prognostiziert. Die Europaspanne, die im Paket mit dem Ausbau der A22 kommuniziert wurde, ist nach wie vor nicht in der Prognose enthalten, wird aber erhebliche Lkw-Transitverkehre über die A22 anziehen.
Die Verkehrsprognose für den Gesamtverkehr und den Lkw-Verkehr ist die Grundlage für die Ermittlung der Emissionen für Lärm und Luftschadstoffe. Der Mangel bei der Verkehrsprognose setzt sich daher als Mangel bei der Beurteilung der Lärm- und Luftschadstoffe fort.

- **Lärmberechnung:** Zusätzlich zu den niedrigen Verkehrsprognosen mit einem sinkenden (!) Lkw-Anteil kommt hinzu, dass nicht die realen Lkw-Geschwindigkeiten berücksichtigt wurden. Weiters wurde mit Standardfaktoren und nicht mit den tatsächlich in Stockerau auftretenden Faktoren aus den Istdaten der Zählstellen weitergerechnet.
- **Luftschadstoffe:** Der Mangel bei der Bewertung der Luft-Schadstoffsituation ist in der für das Stadtgebiet nicht repräsentativen Lage der Messstelle Rudolf-Diesel-Straße und damit nicht repräsentativen Beurteilung der Grundbelastung begründet. Hinzu kommen auch hier die niedrigen Verkehrsprognosen. Weiters fehlen Aussagen zum Ultrafeinstaub.
- **Querungen von der Stadt in die Au:** Für Zugänglichkeit von der Stadt in die Au gibt es keine Verbesserungen im Projekt.
- **Ein weiterer Mangel, der von der Bürgerinitiative festgestellt wurde, ist, dass der Erholungswert** der Landschaft nicht beurteilt wurde.

Für diese zeitaufwändige und gründliche Rechercharbeit der Aktivistinnen und Aktivistinnen der Bürgerinitiative Tunnel – Grüner Übergang möchte ich hier ausdrücklich Danke sagen! Hier wurde und wird unbezahlbare und wertvolle Arbeit geleistet. Ich hoffe, dass durch die festgestellten Mängel noch substantielle Projektverbesserungen für Stockerau erzielt werden können.

2. Eschentriebsterben im Naturschutzgebiet Stockerauer Au

Die Auwaldbestände, aber auch andere Waldbestände sind stark vom Eschentriebsterben betroffen. Im Naturschutzgebiet Stockerauer Au wurde in den letzten drei Jahren sehr umsichtig vorgegangen. Entlang der Wege wurden die Bäume laufend kontrolliert und ausschließlich befallene Eschen entnommen, wodurch die angemessene Sorgfalt für die Sicherheit entlang der Wege gewährleistet ist.

Durch diese behutsame Vorgangsweise konnte in großen Bereichen das gewohnte Waldbild weitgehend erhalten werden. Die entstandenen Bestandsauflichtungen bieten Raum für die angestrebte Naturverjüngung. Durch diese Vorgangsweise ist auch gewährleistet, dass der Übergang zu einem Auwald mit absehbar niedrigerem Eschenbestand kontinuierlich ablaufen kann, mit den erforderlichen Anpassungsprozessen. Gleichzeitig bleibt das genetische Material von Eschen ohne Befallserscheinungen erhalten, während dies beim Entfernen der Eschen unwiederbringlich verloren wäre.

Diese Vorgangsweise wird von Fachleuten z.B. der MA49, der Forstverwaltung der Stadt Wien, und vielen anderen Expertinnen und Experten als vorbildlich bezeichnet. Fachleute beurteilen unseren Auwald in ökologischer Hinsicht als sehr hochwertiges Naturwaldreservat, von der ökologischen Wertigkeit und Vielfalt durchaus mit dem Nationalpark Donauauen vergleichbar.

Die erholungssuchenden Stockerauerinnen und Stockerauer finden in unserer Au nach wie vor das vor, was sie dort suchen: Kühlung, Schatten und das auwaldtypische Mikroklima.

Die Mär über die plötzlich umfallenden Eschen muss auch noch korrigiert werden. Diese stammt aus der Beginnzeit des Eschentriebsterbens. Mittlerweile sind Fachleute und Baumgutachterinnen und Baumgutachter entsprechend geschult, um die Befallserscheinungen und die Standfestigkeit der Eschen beurteilen zu können.

In meiner Funktion als Umweltgemeinderat möchte ich in dieser Sache von meinem Empfehlungsrecht Gebrauch machen und die Empfehlung aussprechen, dass die bisher im Naturschutzgebiet Stockerauer Au gewählte Vorgangsweise beim Eschtriebsterben beibehalten wird.

Zur rechtlichen oder fachlichen Absicherung erscheint es sinnvoll, externe Beratung und Begleitung in Anspruch zu nehmen. Entsprechende fachliche Beratungsangebote, insbesondere für Rechtsfragen der Wegehalterhaftung, liegen bereits vor. Ich hoffe, wir können im kommenden Umweltausschuss zur Beibehaltung der bisherigen Vorgangsweise und betreffend der Inanspruchnahme externer Expertisen einen Konsens finden.

In 5, 10 oder 15 Jahren könnte es sein, dass Menschen zu uns nach Stockerau kommen, weil es hier und nur hier noch große und mächtige Eschen gibt, die andernorts vorschnell umgeschnitten wurden.

Bürgermeisterin Völkl: Danke für den Bericht. Auch ich möchte mich bei der Bürgerinitiative bedanken. Es werden wirklich ganz detaillierte Recherchen betrieben. Danke an die Menschen, die hier so engagiert sind. Damit haben auch wir einen guten Stand zur Asfinag.

Zur Au und den Eschen: Auch hier möchte ich mich bei Herrn Ing. Els und auch beim Herrn Stadtrat Karl Kronberger ausdrücklich bedanken für die viele, sorgsame, pflegliche Arbeit, die hier in der Au geleistet wurde. Zur Wegesicherheit werden wir einen Experten beauftragen, sodass wir hier sehr schonend und achtsam umgehen und die Gefährdung für den Menschen abfedern können, wie es nur geht.

Beschluss: **einstimmig zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

IV. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderat Kubat: Bericht über die am 13. September 2019 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.

ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 30.08.2019: € 1.003.594,17.

SOLLBESTÄNDE

	verbuchte Einnahmen	nicht verbuchte Einnahmen
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 34.934.260,96	
KASSA	€ 247.482,24	
PSK 7332.355	€ 50.980,40	
BA-CA/Siedlung Straußpromenad	€ 2.606.856,82	
RB 9001	€ 627.726,49	
BA-CA/ARGE ISTMOBIL	€ 10,80	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 196.923,57	
BA-CA/Pflegeheim	€ 164.804,95	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 137.677,33	
BA-CA/Organstrafen	€ 274.823,87	
BA-CA/Grundstücke	€ 338.459,64	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 0,00	
Gesamteinnahmen	€ 39.580.007,07	

	verbuchte Ausgaben	nicht verbuchte Ausgaben
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 34.265.630,34	
KASSA	€ 230.807,10	
PSK 7332.355	€ 49.555,04	
BA-CA/Siedlung Straußpromenad	€ 2.571.742,79	
RB 9001	€ 563.780,11	
BA-CA/ARGE ISTMOBIL	€ 10,80	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 175.272,03	
BA-CA/Pflegeheim	€ 141.894,03	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 42.627,94	
BA-CA/Organstrafen	€ 268.681,87	
BA-CA/Grundstücke	€ 266.410,85	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 0,00	
Gesamtausgaben	€ 38.576.412,90	

Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben	€ 1.003.594,17	
------------------------------------	----------------	--

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

1.) Klärung der offenen Fragen bzgl. Stockerauer Saubermacher GmbH vom letzten Prüfungsausschuss im Juni

Übersichten der Kosten bei anderen Kompostieranlagen wurden seit dem letzten Ausschuss eingeholt.

Herr Ing. Els hat, wie beauftragt, Preisabfragen bei verschiedenen Kompostieranlagen durchgeführt - Anlagen (innerhalb 1 Stunde erreichbar) Berthold in Stronsdorf, Wienerwald Kompost in Henzig, Donauland Kompost in Kirchberg/Wagram, Bauernkompost in Michelhausen, Landwirten Anzböck; bis auf Wienerwald Kompost und Landwirten Anzböck haben alle ein Angebot vorgelegt; die Preise sind dem Anhang beigelegt. Stockerauer Saubermacher GmbH ist am billigsten.

Der Prüfungsausschuss hält fest, dass kein Vertrag zwischen Stockerauer Saubermacher GmbH und Stadtgemeinde existiert.

Empfehlung: Der Prüfungsausschuss empfiehlt, dass ein Vertrag bzgl. der Verwertung und Übernahme der biogenen Abfälle zwischen Stockerauer Saubermacher GmbH und Stadtgemeinde Stockerau erstellt werden soll. Dabei ist zu achten, dass die entstehenden Transportkosten zur Anlieferung an die Kompostieranlage des Landwirten Anzböck für die Stadtgemeinde Stockerau refundiert werden, da die Stockerauer Saubermacher GmbH gem. des Berichtes des Prüfungsausschusses vom 14. Juni für die Verwertung der biogenen Abfälle verantwortlich ist. Dementsprechend legt Herr Ing. Els eine Aufstellung zu den Transportkosten bei, welche sich im Anhang befindet.

Außerdem reicht Herr Ing. Els einen Auszug eines KDZ-Berichtes nach, in welchem festgehalten ist, dass Kernkompetenzen der Stadtgemeinde wie Müll nicht ausgelagert werden soll.

2.) Stadtentwicklung und seine Kosten

Anhand der Daten des Bürgerservices kann festgehalten werden, dass die Bevölkerung der Stadtgemeinde Stockerau um ca. 1% pro Jahr im Durchschnitt wächst; momentan liegt der Einwohnerstand bei 18.598. Laut der Aufstellung des Bürgerservices sind 1.630 Kinder ab Geburtsjahrgang 2009, ohne Zuzug (!), ersichtlich; davon 153 Kinder im ersten Lebensjahr.

Die Geburtenrate stagniert relativ. Der Zuzug ist aber eine große Unbekannte, daher kann keine fundierte Aussage über die Anzahl der zukünftigen Kindergarten- und Schulplätze getroffen werden.

Einnahmenseitig - 50% des ordentlichen Haushaltes stellen die gemeindeeigenen Steuern und Gebühren dar. Die Gemeinde lukriert aus der Kommunalsteuer € 5,9 Mio. Die Grundsteuer beläuft sich auf € 1,4 Mio. und steigt aufgrund des Zuzuges; die genauen Zahlen liegen bei. Die Anschlussgebühren sind einmalige Gebühren und bei Fertigstellung eines Gebäudes zu entrichten. Die Bereitstellungsgebühr und die Wasserbezugsgebühr, wie auch die Kanalgebühr sind laufend zu entrichten.

Einmalige Kosten und Erlöse:

Aufschließungskosten sind zweckgebunden. Die Aufschließungskosten sollen die Kosten für Straßenherstellung, Gehsteig + Nebenflächen, sowie Straßenbeleuchtung decken. Im Jahr 2017 wurde der Einheitssatz auf € 696,-- im Gemeinderat erhöht. Aufschließungskosten haben einen Bebauungskoeffizient, der je nach Bauklasse um 0,25 steigt. Bedeutet: Bauklasse 1: Faktor 1, Bauklasse 2 Faktor 1,25, Bauklasse 3 Faktor 1,5, etc. Dies ist per Bauordnung so festgesetzt.

Im Vergleich zu anderen Gemeinden - Korneuburg Einheitssatz von € 1.075,--, Tulln € 773,--, Baden € 670,--, Hollabrunn € 490,--, Amstetten € 576,--, Horn € 450,--, Spillern € 600,--, Hausleiten € 550,--, Krems € 548,--, Leitzersdorf € 550,--, Zwettl € 450,--.

Es wird festgehalten, dass die Aufschließungskosten zu den entrichtenden Herstellungskosten für die oben genannte Infrastruktur kostendeckend sind. Momentan wird der Einheitssatz für die Aufschließungskosten ca. alle 8 - 10 Jahre angepasst. Im Jahr 2017 ist empfohlen worden, dass die Anpassung alle 2 Jahre erfolgen soll. Im Jahr 2017 sind Bestrebungen gewesen, den Einheitssatz auf € 720,-- zu erhöhen.

Empfehlung: Der Prüfungsausschuss empfiehlt, dass der Bauausschuss den Einheitswert neu evaluieren und ggf. anpassen soll.

Wasserabgaben:

Wasseranschlussabgabe errechnet sich aus den Kosten der Kanalerrichtung und den Laufmetern.

Bei der Zählergebühr zahlt man € 3,-- pro m³ Bereitstellungsgebühr.

Wasserbezugsgebühr wird aus den laufenden Kosten und dem Jahresverbrauch ermittelt.

Es gibt eine Berechnungsformel, welche in NÖ Landesgesetzen festgesetzt ist und auf Grund der bebauten Fläche und dem Einheitssatz beruht. Es wird nach 14tägiger Frist mit Bescheid festgestellt, wie hoch die Gebühren für den einzelnen sind.

Die Anschlussabgabe ist fällig, wenn das Objekt erstmalig angeschlossen wird. Wenn das Objekt verändert wird, beispielsweise durch Zubau oder Aufstockung, ist eine Ergänzungsabgabe zu entrichten.

Strauß-Promenade:

Hier übersteigen die geplanten Erträge iHv € 2,1 Mio. die geplanten Kosten iHv € 1,28 Mio. - daraus ergibt sich ein Überschuss iHv von ca. € 900.000,--.

Laufende Kosten – Müll, Straßenreinigung, etc.

Für ein Gebiet von ca. 1.000 Einwohnern bei 300 Wohneinheiten belaufen sich die Kosten für Müllentsorgung und Straßenreinigung auf ca. € 62.000,--. Die HGA-Abgaben für Müll liegen bei rund € 73.000,--; bedeutet die Müllentsorgung wird kostendeckend geführt und kann sogar andere Kosten wie Straßenreinigung usw. decken; siehe Beilage.

Laufende Kosten - soziale Infrastruktur:

Jede/r VolksschülerIn kostet uns ca. € 1.050,-- pro Jahr. In den Kindergärten sind die Kosten bei ca. 3.150,-- pro Kind pro Jahr.

Einnahmen sind vor allem aus den Elternbeiträgen - Bastelbeitrag (derzeit bei € 160,--) sowie Nachmittagsbetreuung und Zuschüsse des Landes.

Die unterschiedlichen Kosten pro Kind je Kindergarten unterscheiden sich unteren anderem so stark, da teilweise Miete für das Objekt gezahlt wird. Der Bräuhauskindergarten ist der am billigsten geführte Kindergarten, obwohl er ebenfalls Miete an das 100%ige Tochterunternehmen der Stadtgemeinde Stockerau, KIG, zahlt – im Vergleich ist er zu den anderen Kindergärten um rund 10-20% günstiger. Der Grund hierfür ist dabei unbekannt. Vermutet wird, dass dies an den Außenstellen liegt.

Bei den Volksschulen macht ebenfalls die Miete an die KIG einen Unterschied; da das Gebäude der VS Wondrak jedoch von der KIG an die Stadtgemeinde Stockerau rückübertragen worden ist, fallen ab dem Jahr 2019 keine Mietzahlungen an die KIG an.

VS West hat eine Gruppe mehr Nachmittagsbetreuung

VS West bekommt Ersatz für die Energieaufwendungen von dem SPZ.

VS Wondrak ist 50% teurer pro Kind als VS West.

3.) Allfälliges

Es wurde ein Prüfplan für die kommenden 2 Sitzungen erstellt. Im Jänner, voraussichtlich 10. Jänner, wird sich der Prüfungsausschuss mit dem Sportzentrum Alte Au befassen und vor Ort begehen sowie die Listen aller Forderungen und Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Stockerau ansehen. Im übernächsten Prüfungsausschuss wird er sich mit der Thematik Energieeffizienz befassen – z.B. Einsparungen der Umstellung der Straßenlaternen auf LED-Lampen, etc.

Bürgermeisterin Völkl: Ich bedanke mich für den Bericht und ersuche die Mitglieder des Gemeinderates um Kenntnisnahme.

Beschluss: **einstimmig zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

V. Anträge der Bürgermeisterin

1.) Erlassung einer Bausperre im Stadtzentrum von Stockerau (Dringlichkeitsantrag)

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeister Falb: Im Stadtzentrum von Stockerau wurden in der Vergangenheit sehr viele Bauvorhaben durchgeführt und sind auch aktuell eine Reihe von Planungsüberlegungen im Gange. Um sicherzustellen, dass diese Neubauten sich in die Gestaltungsstruktur des Stadtkerns von Stockerau einfügen und um die historisch wertvolle Bebauung zu sichern, soll eine Bausperre erlassen werden, um für den zentralen Bereich von Stockerau den Bebauungsplan zu überarbeiten. Für die Überarbeitung ist ein Zeitraum von einem Jahr vorgesehen.

Das Projekt soll durch unseren Ortsplaner, Herrn DI Michael Fleischmann begleitet werden. Die dadurch entstehenden Kosten belaufen sich voraussichtlich auf ca. € 50.000,--, Dieser Betrag ist im Voranschlag 2020 vorzusehen und soll in der im November stattfindenden Gemeinderatssitzung beauftragt werden.

Verordnung zur Erlassung einer Bausperre

§ 1 Geltungsbereich

Gemäß § 35 Abs. 1 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 i.d.g.F. wird in der Stadtgemeinde Stockerau für die im beiliegenden Plan vom September 2019, Beilage A, festgelegten Bereiche in der KG Stockerau eine Bausperre (Bebauungsplan) erlassen.

§ 2 Ziel

Auf der Grundlage von § 35 NÖ Raumordnungsgesetz 2014 besteht die Möglichkeit, vor einer Änderung des Bebauungsplanes eine Bausperre für einzelne Grundstücke, bestimmte Gebiete oder auch für ganze Katastralgemeinden zu erlassen.

Die Stadtgemeinde Stockerau beabsichtigt eine derartige Änderung des Bebauungsplans für den zentralen Bereich des Stadtgebietes, wobei folgende allgemeinen Ziele verfolgt werden:

- Erhalt der typischen Bebauung und Gestaltungsstruktur des Stadtzentrums
- Ermöglichung einer geordneten Zentrumsentwicklung
- Bedachtnahme auf klimatische Veränderungen.

Insbesondere ist in diesem Zusammenhang eine Evaluierung und gegebenenfalls Überarbeitung der Schutzzonenbestimmungen, der Bebauungsdichten sowie der Regelungen bezüglich Frei- und Versickerungsflächen vorgesehen.

Für die dafür notwendigen Grundlagenerhebungen sowie die Ausarbeitung Konkretisierung der Planungsüberlegungen ist eine längere Bearbeitungszeit erforderlich. Um sicherzustellen, dass bis dahin keine die Ziele der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplans unterlaufenden Bauungen erfolgen, wird die gegenständliche Verordnung erlassen.

Laufende Bauverfahren sind von dieser Regelung ausgenommen.

§ 3 Rechtskraft

Diese Verordnung tritt gemäß § 59 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung mit dem Tag der Kundmachung in Kraft.

Antrag:

Der Gemeinderat wolle die Verordnung, wie oben angeführt, beschließen.

Vizebürgermeister Holzer: Ich habe dem Antrag der Dringlichkeit zugestimmt. Wir werden auch der Bausperre zustimmen. Ich bin nur sehr verwundert. Wir haben im Frühjahr nach der Gemeinderatswahl besprochen, gemeinsam. Das ist an und für sich ein Thema, welches in meinem Ressort und zur Ausschussvorsitzenden GR Corinna Riedler fällt. Wir haben aber erst vor einer viertel Stunde davon erfahren haben. Natürlich ist in dieser Zeit auch nicht möglich, das Ausmaß der Bausperre zu überprüfen, ob das wirklich sinnvoll ist, wie viele Vorhaben da drinnen schon laufen, wie viele Vorhaben geplant sind und verhindert werden. Ich kann nur wirklich appellieren, raschest den Zeitplan abzuarbeiten, dass die Bausperre wieder aufgehoben werden kann. In Zukunft bitte ich doch um Vorinformationen, dass man vielleicht ein paar Tage vorher darüber reden kann. Wenn man von Zusammenarbeit spricht, sollte man sie auch tun.

Bürgermeisterin Völkl: Ich verstehe deine Anmerkung in dieser Sachen. Danke gleichzeitig für euer Verständnis. Wir werden so zügig und so schnell als möglich daran arbeiten.

Stadtrat Pfeiler: Wir beurteilen den Antrag positiv. In den letzten Jahren ist eine umfassende Bautätigkeit in Stockerau festzustellen. Wir haben das seitens unserer Fraktion schon mehrmals eingebracht, zwei Anträge wurden abgelehnt. Umso mehr finde ich es jetzt positiv, dass dieses Thema der Bausperre und auch grundsätzlich die Sensibilität unseres Stadtzentrums in der Weise herangereift ist und dass offenbar ein Beschluss möglich ist. Das freut mich wirklich sehr. Wir halten es für sehr wichtig, dass wir in unserer Stadt versuchen, ortstypische Bauungsstrukturen zeitgemäß weiter zu entwickeln, das wir uns darüber Gedanken machen, wo und wie wir das Thema Schutzzonen formulieren. Es ist natürlich auch ganz wichtig über das Thema Bauungsdichten, Bauungshöhen neue Festlegungen zu treffen, weil wir sehen an vielen Bausünden, dass die bestehenden Festlegungen einfach nicht adäquat sind und bei Vollausschöpfung einfach hier Strukturen entstehen, die in vielfacher Hinsicht nicht funktionieren.

Was uns auch ganz wichtig sein wird, ist im Zuge der Bearbeitung, dass wir ausreichend Grünzonen erhalten, in den Hinterhöfen, in den Straßenräumen und dass wir natürlich in den

Hinterhöfen auch ausreichend Flächen für Versickerung und all diese Dinge haben, die wir einfach in einer Zeit des Klimawandels in unserer Stadt brauchen.

Also insgesamt, danke und sehr positiv, dass es diesen Antrag seitens der Mehrheitsfraktion gibt. Wie gesagt, es hat zwei Anläufe gebraucht von meiner Seite. Wenn heute hier ein Mehrheitsbeschluss gelingt, freut mich das wirklich.

Ich habe mir jetzt auch kurz die Abgrenzung angesehen, fünf Minuten vor der Sitzung. Aus meiner Sicht ist die planliche Abgrenzung grundsätzlich in Ordnung. Ich glaube, es ist gut und richtig abgegrenzt. Über den Bereich bis zur Manhartstraße hätte man noch sprechen können, aber gut, versuchen wir es, positiv zu sehen, es passt. Was ich auch positiv anmerken möchte, ist, dass hier in dem Terminplan auch das Thema Bürgerbeteiligung vorkommt. Das ist uns auch immer ganz wichtig - nämlich in zwei Phasen - im Rahmen eines Bürgerforums um zu präsentieren und dann in einem Bürgerbeteiligungsprozess, die Bürgerinnen und Bürger einzubinden.

Aus meiner Sicht werden wir dem Antrag zustimmen

Bürgermeisterin Völkl: Herr Stadtrat, danke für deine positive Wortmeldung zu diesem Thema. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir gemeinsam gute Ansätze finden.

Stadtrat Pohl: Wir sehen dem Antrag positiv entgegen. Nur zum Planer habe ich noch eine Frage. Ist das ein aktueller Plan der Bausperre?

Bürgermeisterin Völkl: Das ist der Vorschlag der Bausperre. Der Plan zeigt auf, wo es Sinn macht, was unsere Kernstadt ausmacht.

Stadtrat Pohl: Das ist mir schon bewusst. Prinzipiell sind wir dafür, auch die Dringlichkeit, damit rasch etwas getan werden kann. Was mich halt sehr verwundert, dass der Plan schon von Frau Bürgermeisterin unterschrieben ist.

Bürgermeisterin Völkl: Der Plan - natürlich muss ich unterschreiben.

Stadtrat Pohl: Obwohl er noch nicht genehmigt ist.

Bürgermeisterin Völkl: Er ist Teil des Antrages.

Vizebürgermeister Falb: Ich wollte mich auch bedanken für die grundsätzliche Bereitschaft, diese Sache mitzutragen. Ich möchte ein paar Dinge namens meiner Fraktion dazu zu sagen.

Die Zentrumsentwicklung war uns auch schon seit vielen Jahren ein Anliegen und deswegen sind wir diesen Schritt auch näher gekommen, weil wir wissen, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern eine sehr große negative Stimmung besteht, was das Aussehen unserer Stadt in manchen Bereichen betrifft. Wir wollen die BürgerInnen einbeziehen. Es ist die Abhaltung eines Bürgerforums vorgesehen. Wir wollen aber genauso die Liegenschaftseigentümer aus der Zentrumszone von Stockerau einbeziehen. Für uns ist es absolut so, dass auch deren Interessen natürlich im Rahmen dieses Prozesses zu wahren sind. Es geht da auch um die Frage des Wertes von Liegenschaften, auf Verwertbarkeit von Liegenschaften. Das sind Dinge, die man nicht außer Acht lassen darf.

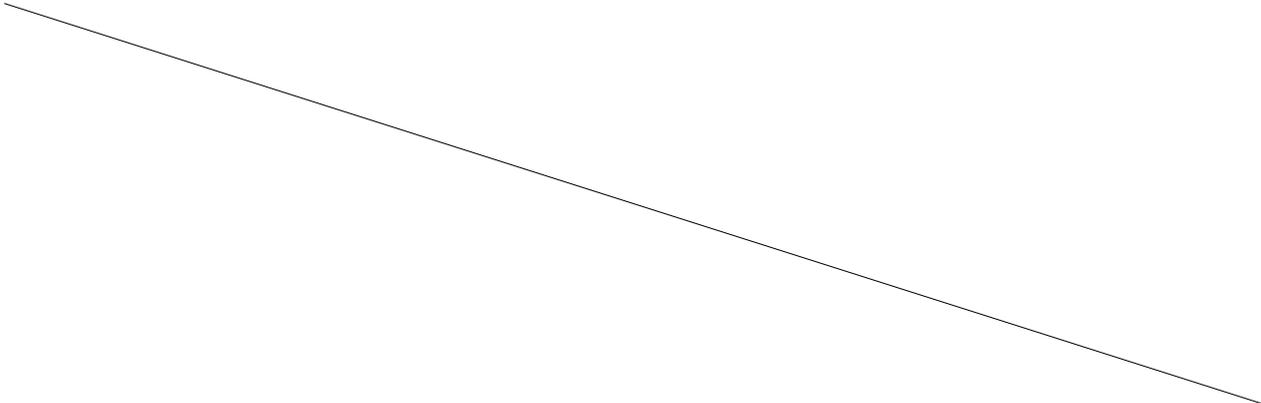
Zu dem, natürlich stimme ich dem, was der Didi Pfeiler gesagt hat, zu, dass wir genau aufpassen müssen, wie sehr wir unsere Innenstadt verdichten. Nur wir sollen nicht aus den Augen verlieren, dass es dann einen Zielkonflikt geben wird, weil der Zielkonflikt letztlich der ist, siedeln wir die Leute zukünftig in der Stadt, im Stadtzentrum an oder versiedeln wir das Umland weiter, indem wir das Siedlungsgebiet von Stockerau erweitern. Vor diesem Zielkonflikt steht eine Stadt oder jede Stadt, die einen Zuzugsdruck hat. Natürlich, das ist überhaupt keine Frage und wir haben nämlich drittens auch die Verantwortung dafür, für uns, aber noch mehr für unsere Kinder auch leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu haben. Also ich will nur darauf aufmerksam machen, dass diese Angelegenheit deutlich komplexer ist, als sie sich auf das erste Hinschauen darstellt. Wir werden versuchen, im nächsten Jahr diesem Zielkonflikt so gut wie möglich gerecht zu werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Bürgermeisterin Völkl: Die Verordnung wird noch heute an der Amtstafel angeschlagen und tritt mit 1. Oktober in Kraft.



**2.) Verleihung von Ehrennadeln sowie Dank und Anerkennung
an ausgeschiedene Stadt- und Gemeinderäte**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Gemeinderat und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadt Stockerau sollen durch den Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau folgende Personen geehrt werden.

Dank und Anerkennung wird ausgesprochen, an (alphabetisch gereiht):

Gemeinderat a.D. Johann Bauer

Gemeinderat vom 09.04.2014 bis 30.11.2018

Gemeinderat a.D. Dr. Martin Fischer

Gemeinderat vom 04.03.2015 bis 11.12.1018

Gemeinderat a.D. Christian Hellwein

Gemeinderat vom 04.03.2015 bis 11.12.1018

Ortsvorsteher a.D. Johannes Hinterhauser

Ortsvorsteher-Unterzögersdorf vom 01.10.2018 bis 11.12.2018

Gemeinderat a.D. Reinhard Inführ

Gemeinderat vom 02.12.2015 bis 13.07.2017

Stadtrat a.D. Erwin Kube

Gemeinderat vom 04.03.2015 bis 09.09.2015

Stadtrat vom 09.09.2015 bis 30.11.2018

Gemeinderat vom 01.12.2018 bis 06.12.2018

Gemeinderat a.D. Wolfgang Mayer

Gemeinderat vom 27.04.2010 bis 26.02.2015

Gemeinderat vom 07.09.2015 bis 06.12.2018

Gemeinderat Michael Preyss

Gemeinderat vom 04.03.2015 bis 30.11.2018

Gemeinderätin Karin Wiesner

Gemeinderat vom 24.11.2015 bis 06.12.2018

Gemeinderat Ing. Hardo Winter

Gemeinderat vom 08.08.2017 bis 06.12.2018

Ehrennadel in Bronze

Stadtrat a.D. Walter Ambrosch

Gemeinderat vom 14.11.2006 bis 27.04.2010

Stadtrat vom 27.04.2010 bis 15.01.2013

Gemeinderat vom 16.01.2013 bis 11.12.2018

Ehrennadel in Silber

Stadtrat a.D. KommRat Peter Hopfeld

Gemeinderat vom 06.04.1995 bis 27.04.2010

Stadtrat vom 27.04.2010 bis 04.03.2015

Gemeinderat vom 04.03.2015 bis 05.12.2018

Stadtrat a.D. Günther Ryba

Gemeinderat vom 10.03.2003 bis 24.01.2013

Stadtrat vom 24.01.2013 bis 30.11.2018

Stadträtin a.D. Brigitte Buchta

Gemeinderat vom 01.12.2003 bis 09.04.2014

Stadtrat vom 09.04.2014 bis 04.03.2015

Gemeinderat vom 04.03.2015 bis 30.11.2018

Ehrennadel in Gold

Bürgermeister a.D. Helmut Laab

Gemeinderat vom 18.03.1998 bis 27.04.2000

Stadtrat vom 27.04.2000 bis 30.11.2003

Vizebürgermeister vom 1.12.2003 bis 30.03.2005

1. Vizebürgermeister vom 30.03.2005 bis 14.11.2006

Bürgermeister vom 14.11.2006 bis 30.11.2018

Stadträtin Elfriede Eisler

Gemeinderat vom 18.12.1978 bis 03.05.1985

Stadtrat vom 03.05.1985 bis 30.11.2018

Ortsvorsteher a.D. Richard Hödl

Gemeinderat vom 11.04.1980 bis 02.05.1985

Gemeinderat vom 15.12.1988 bis 27.04.2000

Ortsvorsteher-Unterzögersdorf vom 27.04.2000 bis 30.09.2018

Vizebürgermeisterin a.D. Susanne Hermanek

Gemeinderat vom 18.04.1990 bis 24.03.1998

Stadtrat vom 24.03.1998 bis 14.11.2006

1. Vizebürgermeisterin vom 14.11.2006 bis 04.03.2015

Vizebürgermeisterin von 04.03.2015 bis 30.11.2018

Gemeinderat Manfred Minibeck

Gemeinderat vom 08.03.1989 bis 27.04.2010

Gemeinderat vom 15.02.2012 bis 30.11.2018

Stadtrat a.D. OSR Karl Kronberger

Gemeinderat vom 03.03.1993 bis 05.04.1995

Stadtrat vom 06.04.1995 bis 30.11.2018

Gemeinderat vom 01.12.2018 bis 05.12.2018

Gemeinderat Kubat: Ich möchte kurz auf das Ehrenzeichen von Herrn OSR Karl Kronberger schauen. Ich lernte ihm im Jahr 2004 durch die ÖVP kennen. Er war schon immer ein Tausendsassa. Er war aktiv in der Gemeindepolitik, bei den Lions, in der Stadt- und Dorferneuerung war er aktiv und natürlich im Volksbildungsverein, wo er schon 40 Jahre lang Mitglied ist und seit 1992 Obmann des Volksbildungsvereins. Unter seiner Obmannschaft hat sich vieles entwickelt. So hat er Computerkurse angeboten, Programmierkurse, Roboterkurse, er hat auch Sprachkurse für Schutzsuchende im Jahr 2015 bei der großen Flüchtlingskrise angeboten. Unter seiner Obmannschaft ist die Nepomuk-Säule saniert worden. Ich freue mich und es ist mir wirklich eine Ehre, ein paar Worte zum Herrn OSR Karl Kronberger zu sprechen und natürlich stimme ich dem Antrag zu.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

3.) Verleihung der Sozialdienstmedaille in Gold an StR a.D. Eisler Elfriede

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass an Frau

**Elfriede Eisler
Stadträtin a.D.**

für ihre jahrzehntelange, soziale Tätigkeit im Interesse der Stadt Stockerau die

Sozialdienstmedaille in Gold

verliehen werden soll.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

4.) Verleihung der Wirtschaftsmedaille in Gold an StR a.D. KommRat Hopfeld Peter

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass an Herrn

**KommRat Peter Hopfeld
Stadtrat a.D.**

für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Stockerauer Wirtschaft die

Wirtschaftsmedaille in Gold

verliehen werden soll.

Stadtrat Moser: Ich danke sehr für den Antrag. Peter Hopfeld, fast jeder in diesem Raum kennt ihn. Er war der Gründer des Hauptstraßenvereins von mehr als 40 Jahren. Er war der Mitbegründer des Wirtschaftsvereins vor knapp 30 Jahren, er war Wirtschaftsbundobmann in Stockerau. Er ist Wirtschaftsbundobmann im Bezirk Korneuburg. Er ist auch noch immer Wirtschaftskammerobmann bereits seit dem Jahr 2005 und bei uns in der Stadtgemeinde war er langjähriger Gemeinderat und von 2010 bis 2015 Wirtschaftsstadtrat. Wie alle wissen, er hat seine Funktionen mit ganzem Herzen, mit vollem Engagement und meistens unbedankt gemacht. Daher bin ich wirklich froh, dass wir hier die Möglichkeit haben, auch ein sichtbares Zeichen des Dankes ihm zukommen zulassen. Ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

5.) Verleihung des Kulturehrenzeichens in Gold an StR a.D. OSR Kronberger Karl

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass an Herrn

**OSR Karl Kronberger
Stadtrat a.D.**

für seine jahrzehntelange, ehrenamtliche Tätigkeit beim Volksbildungsverein Stockerau das

Kulturehrenzeichen in Gold

verliehen werden soll.

Gemeinderat Hetzendorfer: Ich darf mich seitens der ÖVP bei Herrn Karl Kronberger für seinen unermüdlichen Einsatz in der Gesellschaft und in der Politik auf herzlichste bedanken. Matthias hat einiges schon vorweggenommen. Er ist bekannt auch für seine konstruktiven Ideen und egal, ob als Stadtrat oder im Volksbildungsverein oder beim Lions Club. Er hat in Stockerau vielerorts seine Spuren hinterlassen. Es freut mich sehr, dass er für seine Verdienste das Kulturehrenzeichen in Gold erhalten soll.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

6.) Dank und Anerkennung an ein ausgeschiedenes KIG AR-Mitglied

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Eingbracht wurde dieser Antrag von Gemeinderat Kubat Matthias. Aufgrund ihrer aktiven Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied in der Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau in der Zeit von 07.12.2015 bis 21.05.2019 soll Frau

DDr. Karina Hellbert

Dank und Anerkennung

ausgesprochen werden.

Vizebürgermeister Falb: Ich werde dieser Auszeichnung zustimmen, weil es sich nicht gehört, dass man dagegen stimmt bei so einem Antrag. Ich sage auch noch dazu, nachdem die Tätigkeit der Aufsichtsräte vertraulich stattfindet, weiß ich nicht, wie aktiv ihre Mitarbeit war, wie sehr sie sich eingesetzt hat zum Wohle der Kommunalen Immobiliengesellschaft. Ich nehme es aber an, dass es so gewesen sein wird, sonst wäre der Antrag nicht gekommen von einem Kollegen aus dem Aufsichtsrat. Daher meine und unsere Zustimmung. Aber wie gesagt, die Tätigkeit fachlich und inhaltlich zu beurteilen, vermag ich aufgrund der mir zur Verfügung stehenden Informationen nicht.

Gemeinderat Kubat: Als ihr ehemaliger Kollege kann ich versichern, dass sie stets ihrer Aufsichtsratspflicht nachkam mit Punkt und Beistrich, vollstens ihre Erfahrung als Rechtsanwältin in Bezug auf das Gesellschafterrecht in die KIG einfließen ließ. Ich finde es auch nicht selbstverständlich, dass eine Frau mit ihren Fähigkeiten, ihrem Wissen ehrenamtlich einer

Aufsichtsratsstätigkeit nachkommt. Ich war froh, sie an meiner Seite zu haben und ich bedaure es, dass sie nicht mehr dabei ist.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Bürgermeisterin Völkl übergibt für den nächsten Tagesordnungspunkt die Sitzungsführung an den 2. Vizebürgermeister Othmar Holzer.

Bürgermeisterin Völkl verlässt die Sitzung (19:30 Uhr).

7.) Ortskapelle Unterzögersdorf – Generalsanierung – Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeister Holzer: Die Ortskapelle, geweiht dem Heiligen Karl Borromäus in KG Unterzögersdorf, ist baulich in einem sehr schlechten Zustand. Die Dachdeckung ist undicht, das Mauerwerk ist durchfeuchtet und der Innen- und Außenputz dementsprechend geschädigt. Die Einrichtung ist vom Holzwurm befallen und die Innenmalerei weist erhebliche Schäden auf.

Es besteht daher die Absicht die Kapelle in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt zu sanieren. In drei Verhandlungsrunden mit dem Bundesdenkmalamt wurden die erforderlichen Leistungen besprochen und gemeinsam ein Maßnahmenkatalog erstellt. Auf Empfehlung des Bundesdenkmalamtes soll die Sanierung in zwei Etappen erfolgen, wobei ein Teil der Sanierungsarbeiten noch 2019 umgesetzt werden soll und 2020 die Restarbeiten ausgeführt werden sollen.

Im ersten Abschnitt soll der gesamte Innenraum begast werden, um den Schädlingsbefall der Kirchenbänke und div. Einrichtungsgegenstände und Bilderrahmen zu bekämpfen. In weiterer Folge soll das Außenmauerwerk durchgeschnitten und nachträglich eine Feuchtigkeitssperre eingebaut werden, um die aufsteigende Feuchtigkeit zu unterbinden. Begleitend dazu soll der Innenputz mind. 1,0 m über dem sichtbaren Schadensbild und der Außenputz bis zum Gesimse abgeschlagen werden. Die hölzerne Dachkonstruktion soll überarbeitet werden. Die komplette Dacheindeckung soll erneuert werden und sämtliche Verblechungen in Kupferblech ausgeführt werden. Die Turmverblechung soll neu beschichtet werden. Entlang der gesamten Traufe soll eine Hängerinne nachgerüstet werden.

Im zweiten Abschnitt soll über die Wintermonate die gesamte Inneneinrichtung saniert werden. Nach erfolgter Austrocknungsphase wird der Innen- und Außenputz wieder aufgebracht und abschließend nach erfolgter Innenraumbefundung die Original-Farbgebung wiederhergestellt. Die beschädigte Bleiverglasung soll in Stand gesetzt werden und eine Sohlbankverblechung in Blei nachgerüstet werden. Abschließend soll die Außenanlage so adaptiert werden, dass das Oberflächenwasser nicht mehr zum aufgehenden Mauerwerk geleitet wird und soll die Bepflanzung rund um das Gebäude ersatzlos entfernt werden.

Die geplanten Sanierungsarbeiten wurden beim Bundesdenkmalamt angezeigt und wurden mit Bescheid vom 06. August 2019 bewilligt.

Für die Sanierungsarbeiten wurde beim Amt der NÖ Landesregierung Abt. Kunst und Kultur und beim Bundesdenkmalamt um Zuteilung entsprechender Fördermittel angesucht. Mit Schreiben vom 07. August 2019 wurde vom Bundesdenkmalamt eine Förderung in der Höhe von € 6.000,-- für den ersten Abschnitt zugesichert. Für den Abschnitt 2 kann frühestens im November 2019 um Zuteilung der Fördermittel für 2020 angesucht werden. Seitens der Abt. Kunst und Kultur der NÖ Landesregierung liegt noch keine Förderzusage vor.

Die erforderlichen Leistungen für den Abschnitt eins wurden ausgeschrieben. Nachdem die geschätzten Kosten deutlich unter € 100.000,-- liegen, wurde entsprechend dem Bundesvergabegesetz die Direktvergabe gewählt. Dazu wurden mind. drei Angebote je Gewerk eingeholt.

Unter Zugrundelegung der vorliegenden Angebote und der geführten Vergabegespräche sollen die erforderlichen Leistungen an folgende Firmen vergeben werden.

Trockenlegung

Firma Brutto
Müllner
Josef-Sandhoferstr. 6
2000 Stockerau
Mit einer Auftragssumme von € 10.500,00

Dachdecker/Spengler

Firma
Zickbauer
Weineckgasse 19
2000 Stockerau
mit einer Auftragssumme von € 19.200,00

Begasung

Firma
Breymesser&Co
Ignaz Köck-Str. 81
1210 Wien
mit einer Auftragssumme von € 3.960,00

Die erforderlichen Leistungen für den Abschnitt 2 sind derzeit in Ausschreibung und werden dem Gemeinderat bei der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Bedeckung ist durch Zuweisung aus dem ordentlichen Haushalt gegeben.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Bürgermeisterin Völkl nimmt an der Sitzung wieder teil und übernimmt den Vorsitz (19:35 Uhr).

**8.) Dienstbarkeitsvertrag V2018/1221 Netz NÖ –
Transformatorstation Prof.N. Dostal-Straße**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Die Netz NÖ beabsichtigt auf dem Grundstück GstNr. 235/4, KG Stockerau, im Bereich der Prof. Nico Dostal-Straße eine neue Trafostation zu errichten.

Die bestehende Trafostation auf dem Grundstück GstNr. 248/100 am Richard Dehmel-Platz wird aufgelassen und soll zur Gänze abgetragen werden.

Mit diesen Maßnahmen wird das neue Siedlungsgebiet J. Strauß-Promenade elektrifiziert. Für die geplanten Wohnhausanlagen wird in der neuen Siedlung in der Gustav Mahler Promenade eine weitere Trafostation situiert (öffentl. Verkehrsfläche).

Der diesbezügliche Dienstbarkeitsvertrag V2018/1221 zwischen Netz NÖ (EVN) und der Stadtgemeinde Stockerau wird beschlossen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

**9.) Dienstbarkeitsvertrag V2018/0661 Netz NÖ –
Transformatorstation Hornerstraße**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Die Netz NÖ beabsichtigt in Stockerau im Bereich des Kreisverkehrs B3 Hornerstraße/ L45 Tullnerstraße/ Zur Schleuse (beim Penny Markt) die bestehende Trafostation zu tauschen.

Für die optimale Stromversorgung dieses Gebietes und im Hinblick auf den neuen Sparmarkt auf der Hornerstraße, wird die in die Jahre gekommene und veraltete Trafostation, auf der Parzelle GstNr. 4274/1, EZ 3553, KG Stockerau, Eigentümer Stadtgemeinde Stockerau, getauscht.

Für den Tausch einer Trafostation im Bereich des Kreisverkehrs B3 Hornerstraße/ L45 Tullnerstraße/ Zur Schleusse wird zwischen der Netz NÖ (EVN) und der Stadtgemeinde Stockerau ein Dienstbarkeitsvertrag V2018/0661 abgeschlossen.

Die Stadtgemeinde Stockerau erhält hierfür eine einmalige Proforma–Entschädigung in der Höhe von € 10,--.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

**10.) Dienstbarkeitsvertrag V2019/0558 Netz NÖ –
Transformatorstation G. Mahler-Promenade**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Die Netz NÖ beabsichtigt auf dem Grundstück GstNr. 294/10, KG Stockerau, im Bereich der G. Mahler-Promenade eine neue Trafostation zu errichten. Durch die Aufstellung wird das neue Siedlungsgebiet J. Strauß-Promenade elektrifiziert.

Der diesbezügliche Dienstbarkeitsvertrag V2019/0558 zwischen Netz NÖ (EVN) und der Stadtgemeinde Stockerau wird beschlossen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

11.) Initiativantrag gem. § 16 NÖ GO – heiße Erde – Klimanotstand

Bürgermeisterin Völkl ersucht Vizebürgermeister Falb den Antrag zu verlesen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeister Falb: Am 9. September 2019 langte bei der Stadtgemeinde Stockerau im Rathaus, Hauptverwaltung ein Initiativantrag gem. § 16 NÖ GO mit dem Thema "heiße Erde – Klimanotstand" ein, der an den Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau gerichtet ist.

Der Initiativantrag entspricht den gesetzlichen Bestimmungen gem. § 16 NÖ GO und ist daher im Gemeinderat zu behandeln.

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau wolle beschließen:
Initiativantrag gem. § 16 NÖ GO – heiße Erde – Klimanotstand

Begründung:

Es wird heiß ... Die globale Erwärmung schreitet voran, die polaren Eismassen schmelzen, die Ozeane ersticken im Plastikmüll, die Regenwälder werden für Palmöl gerodet. Laut Weltbank werden sich bis zum Jahr 2050 140 Millionen Klimaflüchtlinge auf den Weg machen – wenn es weitergeht wie bisher. Diese globalen Fehlentwicklungen lassen sich auch längst auf lokaler Ebene in Stockerau beobachten. Das Naturschutzgebiet Au ist durch eine bevorstehende Abholzung massiv bedroht. Der fehlende Interessenausgleich bei der Stockerauer Stadtentwicklung lässt sich beispielsweise an der Verbauung des Ernst-Körner-Platzes festmachen. Hier haben Baumaßnahmen und unkontrolliertes Wachstum stets Priorität gegenüber der Erhaltung von naturbelassenen Grünflächen, welche für das Kleinklima und die Abkühlung während der Sommermonate von essenzieller Bedeutung sind.

Die Unterzeichnenden stellen daher folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau ruft symbolisch, wie Nationen (Frankreich, UK), das Bundesland Vorarlberg oder auch Städte (Basel, Konstanz, Traiskirchen, Innsbruck) den Klimanotstand aus.

Der Gemeinderat verpflichtet sich, die Konsequenzen für die Umwelt, insbesondere für das Kleinklima, bei all seinen Beschlüssen und Entscheidungen zu berücksichtigen. Dahingehend soll die Stadtgemeinde Stockerau ein Vorreiter für andere Städte Österreichs bei der Schonung der Umweltressourcen (Schutz des Naturschutzgebietes, der Brunnenanlagen sowie der Trinkwasserversorgung in der Au) und bei der Bedachtnahme für das Umweltbewusstsein werden. Deswegen sollen die Bebauungsvorschriften überarbeitet und klimarelevante Aspekte (Energiehaushalt, Bodenversiegelung, Fassaden- und Dachflächengestaltung, Erhaltung von Grünflächen und

Baumbeständen, Anbindung an den öffentlichen Verkehr etc.) einbezogen werden. Beim Verkehr soll die Stadtgemeinde Stockerau speziell den nicht-motorisierten Individualverkehr und den Öffentlichen Verkehr (z.B. Citybus) fördern. Die Stadtgemeinde Stockerau soll auch ihrer Rolle als Vorbild nachkommen – Reduktion des Energieverbrauchs in allen öffentlichen Gebäuden (Stichwort e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden), Ausbau von Alleen, Baumfällung im öffentlichen Raum nur mehr in begründeten Schadensfällen, Orientierung an Berichten des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) und des „Austrian Panel on Climate Change“ (APCC) – insbesondere in Bezug auf Raumordnung/-planung, Verkehrsplanung/Mobilität, Energieversorgung und Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen, etc. Abschließend soll der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau die Republik Österreich mittels einer Resolution an die Bundesregierung auffordern, den Klimanotstand auch auf nationaler Ebene auszurufen.

Vizebürgermeister Holzer: Zuerst einmal ein Dank an die Aktivistinnen und Aktivisten - junge Menschen, die sich um unser Klima Sorgen machen. Seitens der SPÖ Fraktion wird es natürlich zu diesem Antrag eine Zustimmung geben. Es sind sehr viele Punkte, die sich auch mit unserer Politik vereinen lassen. Wir freuen uns wirklich, dass junge Menschen diesen Antrag stellen. Eine kleine Anmerkung: Der Nationalrat wollte ja bereits vorigen Donnerstag ebenfalls eine solche Resolution beschließen und die Bundesregierung auffordern, einen Beschluss zu fällen.

Stadtrat Dummer: Der Klimawandel ist ja derzeit, glaube ich, aus keinem Medium wegzudenken. Mich hat beeindruckt diese Rede von der Greta Thunberg bei der UNO, wo sie gesagt hat, diskutiert und beschlossen wird eigentlich schon 20 Jahre, aber es geschieht nichts. Ich denke, wir müssen uns im Klaren sein – Klimawandel - dafür sind wir verantwortlich. Jeder einzelne von uns ist für den Klimawandel verantwortlich mit seinem Konsumverhalten, mit seinem Verhalten, wie er seine Verkehrswege und all die Dinge erledigt. Und auch nur wir, und keine Resolution wird diesen Klimawandel stoppen können. Wir müssen uns überlegen, was bestellen wir bei Amazon, kaufen wir wirklich immer nur die billigste Ware, möglichst weither aus China, aus Vietnam. Mit riesigen Frachtschiffcontainern kommt die Ware dann an. Gerade in der jüngeren Vergangenheit hat man gelesen, dass diese Frachtschiffe sehr wesentlich dazu beitragen. Auch das Urlaubsverhalten ist zu überdenken, Kreuzfahrten und all diese Dinge. Also ja, es ist wichtig, dass wir diese Beschlüsse fassen, dass es Initiativen gibt, aber ich denke, es ist auch wichtig, dass jeder einzelne überlegt, wie kann er mit seinem Konsumverhalten einen Beitrag leisten, dass das Klima geschützt bzw. die Situation verbessert wird - mit dem Energieverbrauch, mit all diesen Dingen – das ist das Um und Auf. Klimawandel passiert nicht einfach, den Klimawandel verursachen wir. Wir sind jetzt mehr als 8 Milliarden Menschen auf der Welt, das ist eine 8 mit 9 Nullen, also das sind viele, und da gehört es eben dazu, dass man sich bewusst verhält, um das halbwegs in den Griff zu bekommen.

Stadtrat Pohl: Es freut mich sehr, dass sich junge Menschen für etwas engagieren, vor allem für unsere Umwelt und das gefällt mir sehr gut. Mir gefallen nur einige Formulierungen nicht. Notstand ist etwas, ein sehr hartes Wort und Notstandsmaßnahmen, wenn so etwas von uns kommen würde wäre, es wahrscheinlich eine populistische Maßnahme oder eine populistische Veränderung. Ja, den Klimawandel gibt es seit 4,5 Milliarden Jahren. Ob den Klimawandel derzeit die Menschen

verursachen oder nicht, streitet sich die Wissenschaft. Es kann sich jeder sein eigenes Bild bilden. Dass wir auf alle Fälle etwas tun können, wie du schon richtig gesagt hast, es soll sich jeder bei der eigenen Nase nehmen und jeder selbst etwas tun. Ja, wir sollten etwas in der Politik tun, aber diesem Antrag können wir nicht zustimmen, weil er uns viel zu überspitzt formuliert ist und das Wort Klimanotstand für uns nicht passt.

Gemeinderat Kubat: Es stimmt, was Stadtrat Dummer sagt. Jeder einzelne kann mit seinem Konsumverhalten etwas tun, etwas verändern, das stimmt. Aber man darf nicht vergessen, dass die Politik im Rahmen und da ist auch die Politik verantwortlich. Mit dem Wort Notstand habe ich eigentlich gar kein Problem. Warum nicht? Ich finde es gut, dass man Dinge beim Namen nennt. Die Wissenschaft ist sich sehr wohl einig, dass die Klimaveränderung, die Erderwärmung die größte Herausforderung im 21. Jahrhundert ist. Die Wissenschaft ist sich auch einig, da zitiere ich Prof. Honsdorf. Der Anstieg von Kohlendioxid in der Atmosphäre, der inzwischen 45% beträgt, der ist zu 100% von Menschen verursacht. Das ist vollkommen unumstritten in der Wissenschaft. 99,3% aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen sind sich einig, dass die Klimaerwärmung von Menschen verursacht ist und dass man da was tun muss und auch die Politik handeln muss und verantwortlich ist. Das, was immer untergeht bei dieser gesamten Diskussion, ist, dass die bisherigen Katastrophen, die der Herr Stadtrat Dummer auch schon nannte, die stehen ja tagtäglich in den Medien, in den Zeitungen, im Fernsehen, CNN, überall hört man das, überall wird man davon schon verfolgt, dadurch passieren, weil die Erde nur um 1 Grad wärmer geworden ist. Die Wissenschaft ist sich da auch einig, dass, wenn die Erde sich um 1,5 Grad erwärmt, dann gibt es kein Zurück mehr, dann wird es immer wärmer und wärmer auf diesem Planeten. Das nennt sich die Irreversibilität des Ökosystems. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Was fühlten Sie, als Sie zum ersten Mal ihr Kind oder ihr Enkelkind im Arm hielten? Ich habe einen Patensohn und immer wieder, wenn ich ihn sehe, dann schwöre ich mir immer wieder aufs neuerliche, dass ich Zeit die bestmögliche Zukunft ermöglichen möchte. Das gilt für mich im Berufsleben, im Privatleben und auch im politischen Leben. Ja, Kinder verändern Ansichten, wie man zu Themen steht. Ich frage mich wirklich, welche Zukunft hat mein Patensohn, unsere Kinder. Wenn wir dem Klimawandel nicht einhaltgebieten, dann ist die Erde zerstört und die Zukunft unserer Kinder und der Kinder unserer Kinder, der Urururenkel auch damit.

Vielen Dank und deswegen stimme ich, und ich darf auch im Namen der GRÜNEN hier sprechen, stimmen wir für diesen Initiativantrag. Herzliche Gratulation was der heißen Erde da gelang. So viele Unterschriften in so kurzer Zeit, super, Danke.

Gemeinderätin Riedler nimmt an der Sitzung teil (19:45).

Gemeinderätin Kamath-Petters: Wir wissen mittlerweile alle, dass letzte Woche, wie ihr von der SPÖ schon gesagt habt, ein österreichweiter Klimanotstand ausgerufen wurde. Ich möchte jetzt wieder ein bisschen zurück nach Stockerau kommen. Die ÖVP oder du Herr Kollege sitzt da und pflegt weiter dieses Wording der ÖVP, jeder einzelne kann was beitragen, Ja, sehr wohl, wenn man es sich leisten kann und wenn man die Zugänglichkeit hat. Aber jeder einzelne, wie man sieht, tut das nicht unbedingt, weil es für unsere Lebenssituation oft nicht passt. Ich merke das von mir, ihr kennt mich, ich fahre mit dem Fahrrad. Wie oft werde ich irgendwie lustig angesprochen, auch von euren Reihen, dass wir schon wieder mit den Rädern kommen.

Zwischenruf

Nicht jetzt auf unangenehme Art, aber es ist einfach noch nicht in dieser aller Köpfe, dass wir z.B. zu Fuß zum Rathaus gehen, zu Fuß in die Arbeit gehen, mit den Fahrrädern fahren oder öffentlich fahren. Jetzt können wir sagen, bitte verlangt ihr das nicht von uns. Ja eh nicht, weil wirklich das nicht für alle möglich ist. Wir haben Jobs, vielleicht in Wien, vielleicht hier. Wir sind auf 10 Minuten getaktet, es ist anstrengend. Dasselbe mit biologisch einkaufen. Diese Zugänglichkeit ist einfach nicht da. Dieser Klimanotstand, Herr Kollege, das muss ich auch sagen, das hat überhaupt nichts mit Populismus zu tun. Heute am Montag – die Wahlen sind geschlagen, ich glaube, niemand muss sich irgendwie Sorgen machen, um irgendwelche Stellungnahmen, noch dazu ist die Initiative dieser jungen Menschen uns nahe gelegt worden. Ich muss schon sagen, wenn das kein Notstand ist, was wir jetzt aktuell spüren. Ich weiß nicht warum, wenn wir über den Tellerrand von Stockerau schauen, sehen wir das überall weltweit schon. Die Ressourcen werden knapper, die Leute müssen sich tatsächlich aufmachen von einer Region zur nächsten, von einem Land zum nächsten. Wir sehen es auch in Stockerau. Wir kennen alle vielleicht ältere Menschen, die absolut leiden. Ich habe auch den Fokus eher bei Kindern und Jugendlichen, weil das mein Arbeitsbereich und meine familiäre Situation ist. Aber ich treffe auch ältere Leute mitten im Sommer da in Stockerau, wenn ich von der Praxis heimgehe, die wirklich Schwierigkeiten haben, vielleicht in ihren wenig isolierten Wohnungen oder in Dachgeschosswohnungen noch in Ruhe schlafen können und wirklich auch Herzkrankheiten haben. Ich verstehe Sie, ich weiß, wir haben alle politisch verschiedenste Ansichten und ein paar sind dem Thema mehr zugewandt, ein paar setzen sich schon seit 30 Jahren für diese Maßnahmen ein. Aber dass wir hier sitzen und das abwälzen auf andere oder auf einzelne, das verstehe ich mit 30. September 2019 überhaupt nimmer. Also unsere Fraktion ist dafür.

Gemeinderat Pollak: Dass der Co₂-Ausstoß die Klimaerwärmung beschleunigt, davon bin ich überzeugt, auch wenn hier Zweifel aufkommen. Was können wir als Gemeinde tun? Wir haben bereits jetzt bei Gebäudeanlagen, die viel Energie verbrauchen, entsprechende Unterstützung mit z.B. Photovoltaikanlagen. In die Richtung sollten wir natürlich weiter denken. Wir haben auch dort, wo wir Warmwasser brauchen, schon verschiedene Möglichkeiten, das mit Sonnenenergie aufzuwärmen. Das benutzen wir auch. Was wir noch nicht allzu viel haben, aber in den letzten Jahren allerdings dazu gekommen ist, ist die Möglichkeit im öffentlichen Raum sein Auto an eine Ladestation anzustecken. Das wird wahrscheinlich unumgänglich sein, das zu erweitern, einfach um die Möglichkeit zu schaffen, auch für diejenigen, die in einer Wohnung wohnen und keine eigene Garage mit Stromanschluss haben, ihr Auto zuhause laden zu können. Ich kenne auch die Probleme, dass wir vielleicht das jetzt nicht haben, dass jeder über Nacht sein Auto laden kann, aber dennoch sollten wir als Gemeinde darauf Bedacht haben, was wir leisten können, was wir ermöglichen können und in die Richtung müsste es eigentlich aus meiner Sicht gehen.

Gemeinderat Rosenberger: Von meiner Seite ist ganz klar meine Meinung, wenn wir jetzt den Notstand nicht ausrufen und auch bei dieser Bezeichnung Notstand bleiben, dann werden wir höchstwahrscheinlich in fünf, sieben, spätestens 10 Jahren darauf kommen, dass es dann garantierter Notstand sein wird. Zum Co₂-Ausstoß wer die Klimaveränderung initiiert, darüber gibt es so-wieso geteilte Meinungen. Auch Präsidenten von amerikanischen Ländern stellen das nach wie vor

in Frage, ob der Mensch der Auslöser ist. Dass wir, die Stadt Stockerau damit ein Statement abgeben, ist für mich ganz wichtig, vor allem auch, und Gemeinderätin Petters hat das auch schon gesagt, vielleicht nicht in der Form, glaube ich, wird die Klimaveränderung letztlich die zuerst treffen, die es sich sozial nicht leisten können, die Wohnung oder das Haus zu klimatisieren oder irgendwo hinzuziehen, im Pool im Sommer ganze einfach schwimmen zu gehen zum Abkühlen. Deswegen ist es ganz einfach für mich ganz wichtig, diesen Antrag auch zu unterstützen.

Stadtrat Pfeiler: Ich möchte mich beim Kollegen Pollak anschließen, der ein paar Maßnahmen hier, die wir konkret in Stockerau umsetzen können oder wo die Umsetzung schon begonnen hat, genannt. Da möchte ich gerne anschließen. Und zwar möchte ich deswegen anschließen, weil Klimapolitik auch auf lokaler Ebene zahlreiche Handlungsfelder uns eröffnet und weil dem Temperaturanstieg kann sich niemand entziehen. 37 Grad hat es für alle. Markus du hast es auch kurz angesprochen, es gibt unterschiedliche Möglichkeiten für die einzelnen Betroffenen, das zu regulieren, aber grundsätzlich hat es dann eben 37 C° - 38 C° für alle. Niemand kann sich entziehen. Was kann man tun? Wir wollen ja nicht nur bei Symbolen bleiben, sondern konkrete Maßnahmen setzen. Letztens habe ich gelesen, man bräuchte die Verdoppelung der Bäume im Stadtgebiet, um eben Hitzeinseln zu vermeiden. Also auch hier ist ein konkreter Ansatzpunkt, mit der Bepflanzung diese Hitzeinseln abzubauen.

Dann möchte ich auf einen Punkt kommen, der schon gefallen ist, weil jeder kann seine individuelle Entscheidung anpassen. Ja. Es zeigt sich z.B. bei der Thematik öffentlicher Verkehr, die ein konkretes Handlungsfeld der Politik ist, da den Rahmen dahingehend vorzugeben, dass das im Angebot so einzubinden ist, damit man eben auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen kann. Ich habe jetzt gelesen, Sankt Andrä-Wördern bekommt nächstes oder übernächstes Jahr den 15-Minuten-Takt. Ich glaube, es ist z.B. wichtig, dass wir, die Stadt Stockerau uns dafür einsetzen, dass auch wir auf der nördlichen Donauseite den 15-Minuten-Takt nach Wien bekommen, tagesdurchgängig. Das wäre ein ganz konkreter Mobilitätsansatz.

Es gibt Städte in unsere Größenordnung, die schon lange City-Busse haben. Es beginnt jetzt die Elektrifizierung dieser Busnetze. Auch da besteht die Möglichkeit, Angebote einzurichten, dass es für die kurzen Fahrten auch Alternativen gibt. Radwege und Tempo-30-Zonen seien noch hinzugefügt. Interessante Statistik war jetzt in den Medien, wo man auch sieht, dass sich die regionalen Angebote ganz konkret in den individuellen Mobilitätsentscheidungen abbilden. Z.B. in Kärnten und in Niederösterreich wird pro Kopf am meisten mit dem Auto gefahren. Dann gibt es das Bundesland Vorarlberg, das seit vielen Jahren, man kann schon fast sagen, seit Jahrzehnten ganz konsequent den öffentlichen Personen-Nahverkehr auf den Schienenachsen und auch wirklich im ländlichen Raum ganz attraktiv gestalten. Man sieht eben dann, dass bei konsequenter Ausrichtung dieser Politik sehr wohl die einzelnen in ihren Handlungen freier sind und sich klimafreundlicher durch das Land bewegen können.

Vizebürgermeister Falb: Wogegen ich mich verwehre, ist der Vorwurf, dass Leute aus unseren Reihen Leute belächeln, die mit dem Fahrrad fahren. Kollegin Kamath-Petters - ich bin selber ein sehr enthusiastischer Fahrradfahrer und das weise ich einmal zurück. Alles andere, was du gesagt hast, ist selbstverständlich in Ordnung.

Ich habe drei Themen, die ich besprechen will.

Zum Antrag, der uns vorliegt von der Bürgerinitiative. Wir werden dem Antrag, so wie er jetzt da ist, nicht die Zustimmung erteilen. Ich werde aber einen Antrag einbringen, der auf den Buchstaben genauso lautet, wie der Antrag der Bürgerinitiative, bei dem nur ein Satz entfällt, der wahrscheinlich aufgrund einer Fehlinformation in den Text hineingekommen ist - "Das Naturschutzgebiet Au ist durch eine bevorstehende Abholzung massiv bedroht." Wir wissen nicht wodurch. Es gibt keine massive Abholzung. Es hat einen Runden Tisch gegeben, bei dem völlig klargestellt wurde, dass selbst die totale Entnahme aller Eschen entlang der Hauptwege in der Au allen naturschutzrechtlichen Vorschriften entspricht und daher keine Gefährdung des Naturschutzgebietes gegeben ist. Der Antrag ist wunderbar, aber dieser eine Satz stört uns und wir halten ihn für einen Irrtum. Deswegen würde ich diesen Antrag, genauso wie er da ist, gerne als **Abänderungsantrag** einbringen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen.

Zum zweiten. Was Kollege Pfeiler gesagt hat, dass es nämlich nicht nur darum gehen kann, Dekorationen zu machen, sondern es kommt darauf an, was tun wir in der Gemeinde ganz konkret. Deswegen haben wir einen **Antrag** ausgearbeitet, den ich mit Stadtrat Pohl gerne gemeinsam einbringen würde, der ein "**28-Punkte-Maßnahmenpaket - Klimaschutz in Stockerau**" enthält.

Ich darf diesen Antrag zur Verlesung bringen.

28-Punkte-Maßnahmenpaket **Klimaschutz Stockerau**

Allgemeines

1.
Berücksichtigung der Klimarelevanz bei den Beschlüssen des Gemeinderates
2.
Nutzung der gemeindeeigenen Kommunikationskanäle zur Information und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger
3.
Forcierung von Klima- und Naturschutzprojekten mit Kindern und Jugendlichen
4.
Erarbeitung eines Smart City-basierten Stockerauer Klima- und Energiefahrplanes (Beschlussfassung im Gemeinderat spätestens im Dezember 2020)
5. Beitritt zum e5-Programm (Das e5-Programm soll die Klimaschutz- und Energiepolitik in der Gemeinde modernisieren, Energiekosten sparen und erneuerbare Energieträger forcieren.)
6.
Verabschiedung einer Resolution an die Bundesregierung zur Einführung von Pfand auf Kunststoffgebinde, insbesondere Plastikflaschen
7.
Bestellung eines Energiebeauftragten der Stadtgemeinde auf politischer Ebene

Natur

- 8.

Erarbeitung eines Grünflächen-Sicherungs- und Ausweitungskonzeptes für das Stadtgebiet von Stockerau

9.

Erschließung von zusätzlicher Aufforstungsflächen südlich der A22

10.

Erarbeitung eines Schutz- und Nutzungskonzeptes (Managementplan) für die Stockerauer Au unter Berücksichtigung der Naturschutzvorschriften und unter Einbindung der Bevölkerung

11.

Durchführung eines wissenschaftlichen Projekts zum Erhalt vom Aussterben bedrohter heimischer Pflanzenarten

12.

Einführung von Baumpatenschaften (digitale Lösung)

13.

Durchführung städtischer Pflanzaktionen, Förderung privater Pflanzaktionen

14.

Erhaltung der Artenvielfalt (Biodiversität) durch Aktionen wie: Insektenhotel, Bienenwiese, Hochgras etc.

Mobilität

15.

Vergabe einer Machbarkeitsstudie Citybus mit alternativem Antrieb

16.

Errichtung zweier weiterer Strom-Tankstellen im Stadtgebiet von Stockerau nach Evaluierung des Bedarfs

17.

Ausbau des Radwegenetzes

18.

jährliche Abhaltung eines „Stockerauer motorfreien Tages“

Stadtplanung

19.

Überarbeitung der Bebauungsvorschriften im Sinne der Klima- und Energiestrategie des Landes NÖ

20.

Erhalt offener, nicht versiegelter Flächen, wo immer möglich

Maßnahmen in der Gemeindeverwaltung

21.

Steigerung des Anteils von alternativ betriebenen Fahrzeugen im Fuhrpark der Stadtgemeinde

22.

Erschließung Fassadengrün- und zusätzlichen Energieflächen auf Gebäuden im Gemeindebesitz

23.

Erstellung eines Energieberichts über die Energieverbrauchsdaten der gemeindeeigenen Gebäude und die Einsparungspotentiale (Vorlage an den Gemeinderat spätestens im Frühling 2020)

24.

Abschluss der Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED

25.

Reaktivierung der Gasmotoren im Bereich der Kläranlage?

26.

Weitgehender Verzicht auf Einwegplastik bei Veranstaltungen der Stadtgemeinde

27.

Forcierung regionaler Produkte im Rahmen der Gemeinde-Beschaffungen

28.

Forcierung einer umweltgerechten, energieschonenden Arbeitsweise der Gemeindebetriebe (Schulungsmaßnahmen)

Die schrittweise Umsetzung dieses Planes erfolgt zulasten von Mitteln, die - im Rahmen der budgetären Möglichkeiten der Stadt – in den kommenden Haushaltsjahren vorgesehen werden.

Das wäre der eine Antrag, den ich gerne eingebracht hätte.

Zum dritten: Ich habe noch einen dritten Antrag.

Es wird der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge folgenden Beschluss fassen:

Resolution an die Österreichische Bundesregierung

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau ersucht die Österreichische Bundesregierung den **Climate Emergency** (Klimanotstand) zu erklären und damit zu demonstrieren, dass sie der Herausforderung der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen höchste Priorität einräumt.

Bei zukünftigen Entscheidungen sollen auch stets die Auswirkungen auf das Klima und dessen Schutz berücksichtigt werden, wobei die Reduktion der Treibhausgase im Mittelpunkt steht.

Die wissenschaftlichen Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), des Austrian Panel on Climate Change (APCC) und der Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) sollen dabei als zusätzliche Handlungsgrundlagen herangezogen werden.

Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung auf Ebene der EU, im Rahmen internationaler Organisationen und gegenüber anderen Ländern für die Erreichung des 1,5 Grad-Zieles einsetzen. Sämtliche Maßnahmen der Bundesregierung sollen mit Ländern und Gemeinden abgestimmt sein.

Die Stadtgemeinde Stockerau ist jedenfalls im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten bereit, ihren Beitrag zu einer erfolgreichen österreichischen Klimaschutzpolitik zu leisten.

Gemeinderätin Riedler: Zum zweiten Antrag, ich gehe jetzt davon aus, dass das der gewesen ist mit den 28 Punkten. Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, wurde der von ihnen und von Stadtrat Pohl eingebracht.

Vizebürgermeister Falb: Von unseren beiden Fraktionen.

Gemeinderätin Riedler: Da frage ich mich, nur warum die Fraktion der SPÖ und der GRÜNEN nicht mitarbeiten durften bei 28 Punkten, die hier gestaltet wurden.

Vizebürgermeister Falb: Grundsätzlich steht es den Fraktionen selbstverständlich frei, im Gemeinderat Anträge zu stellen, einzubringen.

Gemeinderätin Riedler: Ja schon. Aber wie kommen wir dann zu einer gemeinsamen Arbeit.

Vizebürgermeister Falb: Es wird dann noch wahnsinnig viel Arbeit auf uns zukommen, die wir, glaube ich, immer im Umweltausschuss und in anderen Ausschüssen gemeinsam zu meistern haben werden. Es wird jede einzelne Maßnahme ein Gemeinderatsbeschluss sein.

Stadtrat Pohl: Zum ersten zum Antrag selbst - natürlich steht es jedem frei, einen Antrag einzubringen. Wir machen das direkt im Gemeinderat, weil wenn man sich den Antrag, den sich jeder anschaut, so etwas hatten wir schon einmal im Gemeinderat, oder die Idee kommen ja von Fraktionen. Wir machen das direkt. Das war eine Reaktion auf den Initiativantrag. Darum haben wir diesen Weg gewählt.

Zum zweiten. Für uns ist wichtig – Umweltschutz, auch wenn vielleicht ein bisschen missinterpretiert wurde. Das heißt nicht, dass wir nicht den Klimawandel anerkennen, nicht dass wir anerkennen die Menschen, die etwas tun können und eine starke Beteiligung haben. Wir wollen auch etwas tun. Wir müssen aber und der Notstand sagt aus, dass wir alle Maßnahmen in der Gemeinde direkt danach ausrichten. Wir müssen schauen, dass wir uns im Rahmen bewegen. Es war uns ganz wichtig, dass es nicht nur für die Menschen finanzierbar sein muss, es muss vor allem auch für die Gemeinde leistbar sein.

Das zweite, was noch sehr wichtig ist, bei diesen Antrag, also für uns als FPÖ, die Sensibilisierung, die Information der Bevölkerung, welche Möglichkeiten es gibt, dass sie selbst etwas tun können und was wir als Gemeinde machen. Was uns ganz wichtig ist, ist die Einbindung der Bevölkerung vor allem der Jugend. Ich darf euch weiter einladen, wenn ihr Ideen habt zu dem Projekt, Maßnahmen habt, ihr habt sicher weitere Projekte, ihr seid herzlich eingeladen, dass wir als Gemeinde zusammenarbeiten.

Stadtrat Pfeiler: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Falb, ich habe jetzt eine Verständnisfrage. An welchem konkreten Satz stößt du dich jetzt, der im Initiativantrag formuliert ist?

Vizebürgermeister Falb: Ich stoße mich am Satz "Das Naturschutzgebiet Au ist durch eine bevorstehende Abholzung *massiv* bedroht.

Stadtrat Pfeiler: Das steht in der Antragsbegründung aber nicht im Antragstext selber, dieser Satz. Ich sehe überhaupt keinen Grund, es steht Ihnen natürlich frei zuzustimmen oder nicht, aber der Antrag selber, der Text des Initiativantrags selber enthält in Bezug auf das Naturschutzgebiet ausschließlich den Satz „Schutz des Naturschutzgebietes, der Brunnenanlagen sowie der Trinkwasserversorgung in der Au“. Ich denke, es ist im Antragstext selber kann ich deine/Ihre Gründe nicht nachvollziehen, hier nicht zustimmen zu können. Die Begründung ist halt ein bisschen weiter gefasst – gut - aber der Antragstext selber ist auf alle Fälle aus meiner Sicht zustimmungswürdig.

Vizebürgermeister Falb: Der Antragstext ist auch aus unsere Sicht zustimmungswürdig, aber die Begründung - wir wollen anders begründen.

Stadtrat Pfeiler: Das ist ein bisschen ein Streit um Kaisers Bart. Das muss ich wirklich sagen.

Vizebürgermeister Falb: Das ist kein Streit um Kaisers Bart, sondern es geht darum, dass eine sehr, sehr begrüßenswerte, positive Initiative, indem man einen lokalen Streit und lokale Interessen hinein trägt, ganz einfach an ihrem Wert gemindert wird. Das ist das Problem. Wir halten diesen Antrag für hervorragend, für zustimmungswürdig. Es wurde schon mehrfach auch gesagt, dass das österreichische Parlament letzten Mittwoch auch mit Mehrheit einen solchen Antrag angenommen hat, aber in dieser Begründung ist ein Satz falsch drinnen, der einem Irrtum entsprungen ist. Er ist sicherlich überhaupt nicht böse gemeint der Satz, das verstehe ich schon, aber er fußelt auf Fehlinformation.

Gemeinderat Kubat: Zwei Punkte nur. Der erste Punkt ist: Natürlich können Fraktionen unabhängig, frei und mit jedem zusammenarbeiten, mit denen sie wollen. Ich habe mir nur das V in Verbinden ein bisschen anders vorgestellt. Gut, dass man die GRÜNEN links liegen lässt, verstehe ich ja, weil wir traten dem Allianzpapier nicht bei, aber die SPÖ verpflichtete sich dem Allianzpapier, so wie sich die ÖVP dem Allianzpapier verpflichtet hat und die FPÖ. Dass man da die SPÖ, ich will jetzt nicht Redner für die SPÖ sein, so links liegen lässt, ist für mich irritierend. Das andere ist, zum Antrag selber mit dem 28-Punkten-Maßnahmenpaket Klimaschutz Stockerau. Dass ich das jetzt richtig verstehe. Wir haben da jetzt diese 28 Punkte und dann hieß es jetzt von Ihnen Herr Vizebürgermeister, korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege, "Naja, wir müssen ja dann eh jeden einzelnen Punkt dann einzeln behandeln und er braucht dann wieder eine Zustimmung des Gemeinderates. D.h., diese 28 Punkte sind dann was?

Vizebürgermeister Falb: Wenn ich die Frage gleich direkt beantworten darf. Das ist eine Absichtserklärung, ein Plan. Z.B. zur Errichtung einer E-Tankstelle braucht man einen Gemeinderatsbeschluss. Das kostet Geld, das muss möglicherweise ausgeschrieben werden. Da geht es um die Sicherung eines Standortes und so weiter und sofort. D.h. dieser Grundsatzbeschluss, und wir fassen hier im Gemeinderat viele solche Beschlüsse, kann nicht substituieren die konkrete Umsetzung aller einzelnen Punkte.

Gemeinderat Pollak: Kommen wir nochmal zum ursprünglichen Antrag. Jener Satz wurde schon bei der Dringlichkeit abgestimmt. Oder habe ich das falsch verstanden?

Bürgermeisterin Völkl: Das ist ein Initiativantrag und kein Dringlichkeitsantrag.

Gemeinderat Pollak: Dann habe ich das falsch verstanden. Es steht in der Begründung, aber nicht im Antrag selber.

Vizebürgermeister Falb: Ich ziehe meinen Antrag trotzdem nicht zurück.

Vizebürgermeister Holzer: Der Initiativantrag liegt ja schon länger am Tisch und er wurde auch schon in diversen Sitzungen, Gremien beschlossen. Da hat es immer geheißen, es wird Zustimmung geben, auch von der ÖVP. Das jetzt der Satz rauskommen soll, soll mir recht sein. Ich glaube zwar auch, dass er drinnen bleiben sollte in diesem Antrag und dass wir wirklich den Antrag so beschließen sollten, wie ihn die junge Erde, die jungen AktivistInnen als Initiativantrag eingebracht haben. Dann muss ich auch dazu sagen, es steht jedem frei, mit wem er reden will und was er ausverhandeln will, das ist schon klar, und wenn es Anträge gibt, kann man auch gerne einen Zusatzantrag einbringen. Nur ein Zusatzantrag aus 28 Punkte - das ist schon ein bisschen ein starkes Stück, das ist populistisch, dass man das jetzt so bringt. Hätte man genauso mit einem Dringlichkeitsantrag oder vorbesprechen können und morgen ist Umweltausschuss. Da kann man auch über die 28 Punkte im Umweltausschuss noch einmal reden. Es sind Punkte drinnen, denen wird sicher zustimmen werden, aber die Vorgehensweise ist sicher nicht ganz korrekt.

Bürgermeisterin Völkl: Ich möchte mich jetzt kurz selbst zu Wort melden.

Erstens: Da gibt es junge Menschen, denen das Klima wichtig ist, die hier einen Initiativantrag machen, die hier Unterschriften sammeln. Das ist das eine. Mit der Begründung Naturschutzgebiet und die bevorstehende Abholzung, das ist dann wieder ein Irrtum. Ein Satz, der aus der Politik, aus einer ganz gezielten Politik der letzten Wochen und Monate kommt, wo immer von Schneisen, Schlägerung, Abholzung, und weiß ich nicht, was alles noch gesprochen wurde, und das von Menschen, die in allen Ausschüssen, am Montag im Jour fixe dabeisitzen und die ganz genau wissen, um was es hier geht - um Wegesicherung und von einem kleinen Bruchteil von Eschen, die wir von Experten anschauen lassen, dass die Wege sicher werden. Und hier ist es vielleicht dann nicht so ein unbedeutendes Detail, diese Beeinflussung, dass man da verwendet "Abholzung und massiv bedrohte Au". Die Au ist durch Abholzung nicht massiv bedroht. Nur für alle, die da jetzt zuhören. Das andere ist, ich würde es auch begrüßen. Da gibt es ein Initiativantrag, wo auch das Wort irgendwie symbolisch drinnen steht. Unser Zugang war, wir arbeiten konkret für diese Stadt, machen wir uns Gedanken und machen Punkte. Das hat sich so ergeben und wie der Antrag ist, sind das 28 Punkte. Das ganze wird auch leben. Das muss man abarbeiten und ich hoffe, dass dann alle wirklich dabei sind. Wenn wir den Antrag mit 28 Punkte, wo sich Menschen Gedanken gemacht haben, was man konkret für die Au, für die Stadt, für das Klima in Zukunft macht, jetzt dazu benutzt, dass wir sagen „Oh mei! und ich bin nicht gefragt worden und ich bin nicht gefragt worden“, das finde ich ein bisschen nicht erwachsen.

Gemeinderat Kubat: Wenn man ein großes Maß an Paket, eine Absichtserklärung mit 28 Punkten stellt, dann ist das eine große Sache. Da denke ich mir, da hätte man mit anderen Fraktionen auch sprechen können. Das ist jetzt mein Zugang, so wie ich "verbinden" verstehe. Bezüglich dieses einen Satzes mit der Begründung, die Au ist von einem massiven Abholzen bedroht.

Stadtrat Pfeiler: Das Naturschutzgebiet der Au ist durch eine bevorstehenden Abholzung massiv bedroht und wie gesagt, das ist ein Satz in der Antragsbegründung aber nicht im Antrag selber, der zum Beschluss vorliegt.

Gemeinderat Kubat: Der Punkt ist, wir sollten da jetzt nicht wegen der Begründung und wegen eines Satzes herumstreiten. Will ich auch gar nicht. Aber ich glaube, der Punkt liegt darin, dass eben vieles durch die Medien ging bezüglich Naturschutzgebiet Au. Wir alle verfolgten das. Das ist ein großes Thema. Z.B. in der NÖN Woche 31/2019 steht dann, "Hödl hofft deshalb auf einen radikalen Rückschnitt. Die Bäume entlang der Wege der Au sollen großzügig zurück geschnitten werden auf jeder Seite eineinhalb Baumrängen. Damit würden Korridore von 90 m entstehen. Die sicherste Vorgehensweise wäre hier die Arbeit mit einem Harvester." Also, ich glaube, ich will jetzt nicht für die "heiße erde" sprechen, steht mir auch nicht zu, aber die "heiße erde" wird wahrscheinlich auch diesen Zeitungsartikel verfolgt haben, die mediale Berichterstattung. Vielleicht war der Artikel in der NÖ falsch zitiert.

Bürgermeisterin Völkl: Ja, könnte man so sagen.

Gemeinderat Kubat: Also, wenn ich falsch zitiert werden würde, würde ich um eine Richtigstellung ersuchen.

Bürgermeisterin Völkl: Wir haben natürlich mit der NÖN gesprochen. Es ist gedruckt, es ist draußen, aber es wurde in dieser Art und Weise nicht gesagt.

Zwischenruf – fake news

Stadtrat Koll: Ja, weil das nämlich begründet wurde von der NÖN, das es in einer Clause namens Meinung geschrieben wurde. Da könnte man alles schreiben, auch fake news.

Stadtrat Dummer: Zum Themen Eschen geistern sehr viele alternative Fakten durch die Medien, das ist richtig. Das letzte, was ich gelesen habe, sämtliche Aueschen werden entfernt, ist auch in der NÖN gestanden, auch im Zitat. Ich beschäftige mich jetzt auch in den letzten Wochen damit naturgemäß und möchte da, weil ich glaube, dass man da die Bäume vor lauter Wald oder den Wald vor lauter Bäume nicht mehr sieht, ein paar Fakten dazu beitragen, die ich überwiegend von Herrn Ing. Els habe, der ein sehr fundierter Kenner der Au ist. Er sagt, entlang dieser Wege stehen noch 800 bis 1.000 Eschen, um die es geht. Es geht eben um diese 45 m links und rechts der Wege. Die Wege sind 13 km. Die Au in Summe hat 450 ha in etwa und wenn man die 90 m mit diesen 13 km multipliziert kommt man auf 117 ha. D.h. 75% der Au bleiben unberührt, da bleiben die Eschen stehen, egal wie krank oder tot sie sind. Da dürfen sie einfach umfallen und verrotten. Das ist vorgesehen. Auf den anderen 25%, eben die entlang der Wege, sollen diese 800 bis 1.000 Eschen

entfernt werden, um eben die Wegesicherheit herzustellen. D.h. auf 1.000 m² Au umgelegt, soll eine Esche im Durchschnitt entnommen werden. Im Durchschnitt soll auf 1.000 m² Au, wo eben entsprechend auch andere Bäume stehen und nicht nur Eschen und darum eben keine Rodung, keine Schneisen und nicht die Entnahme sämtlicher Aueschen, wie dies eben oft überpointiert wird. Das ist das, was vorgesehen ist, wenn es notwendig ist und dafür eben die Gutachten. Wenn es nicht notwendig ist, weil die Gutachter sagen, eh keine Gefahr, dann wird das auch nicht passieren. Also, 2/3 der Eschen auf diesen Wegen sind in den letzten Jahren, drei Jahre, schon entnommen worden. D.h. wenn ich sage, 1.000 stehen noch, das ist 1/3, dann sind 2.000 die anderen 2/3, die schon entfernt wurden. Heute ist auch schon gefallen, dass das alles schon sehr schön renaturiert wurde, hast du gesagt Didi. D.h. es sind schon 2.000 Eschen weggeschnitten worden und keiner hat es gemerkt, vereinfacht gesagt. Jetzt stehen halt noch einmal 1.000 an, weil der Prozess ist eben fortgeschritten. Die Erde ist nicht stehen geblieben, die Welt hat sich weiter gedreht und man hat eben gehofft, dass diese Eschen zu retten sind, diese 1.000. Aber die ganzen wissenschaftlichen Befunde sagen, diese Hoffnung hat sich nicht bewahrheitet und darum wird wahrscheinlich dieser Schnitt notwendig sein. Endgültig werden wir es wissen, wenn diese Gutachten vorliegen und danach kann man dann die Maßnahmen setzen. Es ist nicht unbedingt notwendig, übertrieben Panik zu verbreiten. 1.000 Eschen sollen weggeschnitten werden. Auf diesen 75%, die nicht berührt werden, stehen noch 9.000 Eschen, so sie nicht umgefallen sind, die bleiben stehen. Also, das ist das Verhältnis. Ungefähr 10% der gesamten Eschen, die derzeit in der Au stehen, sollen, wenn es notwendig ist, entnommen werden. Soviel zu den Fakten, nicht alternative, sondern Zahlen und Fakten basierend auf den Angaben von Herrn Ing. Els.

Gemeinderätin Gübler: Wir diskutieren jetzt über die Eschen. Es kommt jetzt ein gerichtlich beideter Sachverständiger, der wird das schon feststellen. Die ganze Vorgeschichte – massiv bedroht – ist aufgebauscht. Sonst bin ich eigentlich auch verwundert über diese 28 Punkte, dass wir nicht darüber in irgendeiner Weise vorher informiert worden sind. Ich sage einmal, es sind sehr viele Punkte, ich muss mir das nochmal durchschauen. Ich kann jetzt nicht ja oder nein sagen. Ich möchte mir das noch genau ansehen. Ich finde es schade, dass wir vorher nicht darüber gesprochen haben.

Stadtrat Pfeiler: Was mich an der ganzen Debatte sehr irritiert, ist, dass sich junge Menschen auf für bestimmte Themen auf der konkret lokalen Ebene einsetzen. Man kann aber auch nicht erwarten, dass sie 28, 30, 35 Punkte erarbeiten. Ich glaube, von der Intension her ist es wirklich höchst begrüßenswert, dass junge Menschen sich einfach rühren und hier einbringen und zwar nicht am Heldenplatz sondern da und hier in Stockerau. Insofern finde ich es wichtig, dass wir dem Antrag zustimmen. Ich finde es total verfehlt, wenn wir uns jetzt aufgrund eines Satzes nicht einig wären. Das haben sich die jungen Menschen eigentlich nicht verdient. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Das zweite, was ich sagen wollte, ist: Eines hat die Gruppe schon erreicht, dass sich nämlich die ÖVP, die unserem Dringlichkeitsantrag im Juni nicht zugestimmt hat, jetzt mittlerweile umgesetzt hat und 28 Maßnahmen gebildet hat. Das ist der Initiative zu verdanken. D.h. die Gruppe junger Menschen hat eigentlich schon etwas bewegt und das ist zu begrüßen.

Zu dem Satz, an dem du dich Martin so störst. Die Entstehung wird daran liegen, dass ursprünglich viel weitere Maßnahmen geplant waren. Man kann jetzt sagen 75% der Au bleibt eh unberührt, aber man kann auch umgekehrt sagen, in einem Viertel der Au ist das Waldwild Veränderungen ausgesetzt. Es sind genau diese 75%, über die die Leute rätseln und ob es so bleibt, wie es sich die

Leute von einer Au erwarten, nämlich Schatten, Kühlung usw. Man kann das jetzt nicht einfach so in Prozenten festmachen, sondern es geht auch darum, welche Bereiche es eigentlich betrifft. Zu den Eschen möchte ich jetzt, ehrlich gesagt, gar nicht viel weiter eingehen. Da wurde schon viel zu viel gesagt. Ich finde, wir sollten uns auf den wirklichen Antrag fokussieren und ich würde wirklich appellieren, dem Antragstext von allen Fraktionen so zuzustimmen. Wegen diesem einen Satz sollte es nicht scheitern. Es ist wirklich ein Appell. Wir sollten den jungen Menschen zuhören, was sie sich überlegt haben und den Antrag so formuliert haben.

Bürgermeisterin Völkl: Du hast jetzt etwas gesagt und da denke ich mir, das passt eigentlich, weil die jungen Menschen, die diesen Initiativantrag gemacht, ausgearbeitet haben, sich Gedanken gemacht haben. Vielleicht könnten wir sagen, wir sind dann inspiriert worden und die Gedanken, was heißt das für Stockerau. Muss ich so sagen! Die Initiatoren, die Initiative sitzt ja da bei uns. Dem Antrag, dem Antragstext, dem stimmen wir absolut zu und der eine Satz „durch Abholzung massiv bedroht“ und jetzt frage ich diese jungen Menschen, die Zustellungsbevollmächtigte des Antrages: Es freut mich, dass Ihr da seid.

Applaus

Ihr habt die Begründung geschrieben und ich stelle jetzt euch die Frage. Es ist euer Antrag, es ist eure Begründung. Aus der Diskussion jetzt heraus, wenn ihr jetzt sagt, es gibt keine massive Abholzung, die Au ist nicht massiv bedroht. Es ist recht hoch gespielt worden, aber es wird so nicht sein. Wir werden Experten haben, die sich das anschauen. Es gibt schon die Selbstwerber, dass sorgsam herausgenommen wird. Wir bekommen vom Forstdirektor Niederösterreich eine Empfehlung und wir werden es achtsam und sorgsam machen. Was ist mit dem Satz? Soll er drinnen bleiben oder habt ihr jetzt im Lichte der Diskussion eine andere Meinung von der Au und wie da vorgegangen wird?

Initiative: Wir würden das gerne unter uns besprechen.

Bürgermeistern Völkl: Gerne. Wir unterbrechen die Sitzung für fünf Minuten (20:33 Uhr).

Wiederaufnahme der Sitzung (20:40 Uhr).

Bürgermeisterin Völkl: Wie Herr Vizebürgermeister Falb schon vorher gesagt hat, werden wir dem Antrag zustimmen. Der eine Satz, den wir jetzt diskutiert haben, den ich auch persönlich zu euch gesagt habe, dass der so nicht korrekt ist. Das wäre mein Ersuchen, ob Ihr das im Lichte dessen, ob Ihr den rausnehmt aus der Begründung.

Initiative: Wir sind als Gruppe der Meinung, dass es bei diesem Antrag um den Klimanotstand geht und nicht jetzt speziell um die Au, sondern um ein Thema, was uns alle betrifft. Es darf an diesem einen Satz nicht scheitern.

Zuhörer: Es ist uns wirklich wichtig, diesen Antrag, der hier im Gemeinderat eingebracht wurde, durch zu bringen. Es ist uns allen ein Anliegen, dass unser Klima gelenkt wird, wie auch immer.

Es geht hierbei nicht darum, in welcher Weise in der Au Eschen abgeholzt, gefällt, wie auch immer welche Begriffe man verwenden möchte, werden, sondern es geht darum, mittels eines Klimanotstands eine symbolische Geste zu setzen, die in allen Entscheidungen des Gemeinderates bewirkt, dass wir für das Klima entscheiden, für uns, für als Jugendliche, für uns als Onkel, Eltern, Großeltern, ich weiß es nicht, aber es darf in unseren Augen nicht an einer solchen Kleinigkeit scheitern. Wir stehen zu dem, was wir geschrieben haben, und wir sind sehr froh, dass wir in der Pause von Frau Bürgermeisterin die Zusage bekommen haben, dass sie unserem Antrag zustimmen wird. Vielen Dank.

Bürgermeisterin Völkl: Ich danke auch. Ich möchte euch nur sagen, es ist jetzt etwas ganz außergewöhnliches, normalerweise ist es im Gemeinderat nicht üblich, dass mit Zuhörern quasi eine aktive Kommunikation da ist. Ich sage danke, dass Ihr da seid. Natürlich, das haben wir immer gesagt, auch Herr Vizebürgermeister, dass wir dem Antrag zustimmen. In der Begründung ist auch diskutiert worden, dass das eine Fehlinformation ist. Mir ist persönlich eigentlich wichtig, wie auch die weitere Vorgangsweise sein wird. Ihr habt gerade gesagt, es ist nicht so wichtig, was die Begründung ist, sondern der Antrag ist wichtig. Wir werden dem Antrag genauso, wenn ich sagen darf, du hast da einen Satz gesagt, symbolisch habt Ihr den Antrag genauso formuliert für das Klima, dass etwas geschehen muss, und die 28 Punkte sind genau aus dieser Formulierung heraus entstanden, symbolisch, aber was bedeutet das für Stockerau.

Vizebürgermeister Falb: Ich werde dem Antrag selbstverständlich auch zustimmen. Wir alle haben gesagt, dass wir dem Antrag zustimmen, dass der Antrag positiv ist, dass die Begründung falsch ist in einem Satz. Sie ist in einem Punkt falsch. Jetzt rede ich über etwas ganz anderes, nicht über das Klima sondern jetzt rede ich über Demokratie. Worüber man sich schon Gedanken machen sollte, ob es zum demokratischen Zusammenleben nicht auch einer gewissen Kompromissfähigkeit bedarf, einer gewissen Kompromissfähigkeiten. Kompromiss heißt immer, jeder muss nachgeben.

Stadtrat Pohl: Ich finde es sehr positiv, dass wir da unsere eigenen Regeln unterbrochen haben und dass du die Kommunikation aufgenommen hast, weil ich die Initiative prinzipiell sehr gut finde. Wie gesagt, der Grund, warum das geschehen ist und dass Ihr das gemacht habt, ist dass ihr das für die eigene Zukunft und für den eigenen Lebensraum macht, finde ich ganz toll. Vielleicht war der Weg etwas unglücklich, ich hoffe, wir lernen daraus, obwohl es sich vielleicht nicht ganz politisch mentalisieren lässt. Die 28 Punkte sind eine Liste, die man jederzeit erweitern kann. Vielen Dank für eure Initiative und bleibt weiter dran, wir werden weiter unterstützen. Für uns ist Naturschutz Heimatschutz und das ist auch ganz wichtig.

Gemeinderat Osmanovic: Ich habe eine Frage an den FPÖ Stadtrat Pohl. Sie negieren den Klimanotstand einerseits und andererseits bringen sie mit der ÖVP einen eigenen Antrag ein. Wie geht sich das bei Ihnen aus Herr Pohl? Das verstehe ich nicht.

Stadtrat Pohl: Ich negiere den Klimanotstand nicht. Das haben Sie jetzt so interpretiert.

Gemeinderat Osmanovic: Nein, das haben Sie vorher so gesagt.

Stadtrat Pohl: Nein, ich habe gesagt, das können wir im Protokoll dann nachlesen, dass ich den Ausdruck übertrieben finde. Ich habe klar gesagt, dass es einen Klimawandel gibt und dass es auch einen menschlichen Anteil gibt. Ich bitte hier genau zuzuhören und es ist auch in den letzten Wochen und Monaten immer viel missinterpretiert worden. Ich bitte genau zuzuhören und nicht irgendwie Dinge hinein zu interpretieren.

Gemeinderat Osmanovic: Ihr Facebookposting Herr FPÖ Stadtrat Pohl - sie haben gepostet, Herr Sarrazin, der den Klimawandel, den Klimanotstand leugnet und sie haben das geteilt und jetzt sagen Sie ...

Stadtrat Pohl: Bitte die Worte Klimawandel und Notstand nicht vermischen.

Gemeinderat Osmanovic: Sie äußern sich einmal so und einmal so.

Stadtrat Pohl: Ich kann nicht etwas leugnen, was man nicht ausrufen muss. Bitte interpretieren sie solche Sachen nicht. Ich habe den Klimanotstand nicht geleugnet.

Gemeinderätin Riedler: Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, die Akustik hier ist nicht so besonders. Bleibt der Satz drinnen von euch? War das jetzt richtig?

Initiative: Wir können ihn nicht herausnehmen. Es haben 800 Personen unterschrieben.

Gemeinderätin Riedler: Ja, ich verstehe das auch. Ich verstehe auch ganz klar, dass Ihr ihn drinnen lassen wollt. Die Lektion bzw. die Belehrung in Sachen Vergleich, mit Nachrücken von beiden Seiten finde ich ein bisschen unangebracht, wenn sich junge Menschen hier 800 Leute zusammen suchen und den Antrag machen. Ich verstehe, dass Sie es drinnen lassen. Ich werde trotzdem dem Antrag der ÖVP zustimmen, aber nicht weil ich den Antrag so gut finde von der ÖVP, sondern weil ich euren Antrag gut finde und ich finde, dass er trotzdem eine Chance haben soll. Ich als Gemeinderätin der Sozialdemokratie stehe auch zu dem Antrag, auch wenn der Satz nicht drinnen ist. Das wollte ich nur gesagt haben.

Vizebürgermeister Holzer: Ein paar Punkte muss ich jetzt schon erwähnen. Ich glaube nicht, dass wir die Jugendlichen belehren müssen. Ich glaube eher, wir sollten uns freuen, dass sich die ÖVP belehren hat lassen und nicht alles umschneidet. Es wurde sehr oft kommuniziert und gesagt und es sind auch Wörter gefallen "dann haben eben kein Naturschutzgebiet mehr". So gesehen, wurde eigentlich die ÖVP und ich glaube auch die FPÖ belehrt und werden unsere Au dadurch retten und nur Bäume rausschneiden, wie die Sozialdemokratie und auch die Grünen immer gesagt haben, kranke Bäume, gefährdete Bäume gehören weg und der Rest soll unangetastet sein. Mich freut auch, dass mittlerweile doch die drei Jahre andauernde Arbeit des Bauhofes und des Stadtrat Kronberger von der ÖVP gelobt wird, so war es nie. Meiner Meinung war das jetzt eine Aktion, die nicht sehr demokratisch ist, die Jugendlichen unter Druck zu setzen. Die wollen natürlich ihren Antrag durchbringen. In Wahrheit sind sie jetzt so unter Druck gesetzt worden, ob die drei Wörter oder der Satz drinnen steht oder nicht. Ihnen geht es jetzt um viel mehr und wenn die ÖVP dazu

steht, dass nicht abgeholt wird und dass das eh alles ein Blödsinn ist, dann soll die ÖVP Größe beweisen und dem Antrag, so wie er eingebracht wurde, zuzustimmen. Begründungen haben wir schon sehr oft, sehr viele gehört bei diversen Anträgen, wo alle nicht einverstanden waren und im Endeffekt haben alle den Anträgen zugestimmt. Ich würde wirklich bitten, ich bin jetzt nicht der Jurist, dass wir dem Initiativantrag zustimmen, wie er vorliegt.

Bürgermeisterin Völkl: Ich lasse mir das nicht unterstellen, dass die Jugendlichen hier unter Druck gesetzt werden, weil das ...

Applaus

Bürgermeisterin Völkl: Das muss man auch sagen. Es sind junge Menschen, sind offen, interessieren sich für die Welt und erhalten hier, sind gekommen und ich frage sie und wir reden und das ist alles kein Thema. Unter Druck setzen ist das ganz sicher nicht. Ich würde eher sagen, das ist ein Austausch, dass man den anderen hört. Du kennst mich schon lang genug, also das kann man mir sicher nicht nachsagen, dass ich nicht andere Meinungen schätze, gelten lasse und auch diskutiere. Bin ich froh, jeder der zu mir kommt und ins Aug schaut und sagt, was passt oder was passt nicht. Es gibt eine andere Petition, muss ich an dieser Stelle auch sagen. Ruft mich die NÖN an und sagt, da gibt es eine Petition, was sagen sie dazu? Ich sage, ich habe keine bekommen - gut - aber die NÖN hat sie schon gehabt. Es gibt niemanden, der es verfasst hat, und auch damit setze ich mich auseinander im Dialog und es ist kein Problem. Freuen tut mich immer, wenn jemand zu mir kommt und mir ins Gesicht schaut und sagt, was Sache ist.

Vizebürgermeister Falb: Zur Corinna. Die Wortmeldung der Bürgermeisterin hat mitumfasst, dass ich meinen Antrag zurückziehe.

Gemeinderätin Riedler: Gut, das ist so nicht rausgekommen.

Bürgermeisterin Völkl: Das habe ich den jungen Menschen gesagt. Wir stimmen zu, genauso wie er ist, und nur zum unter Druck setzen, wenn sie den Satz drinnen lassen, dann bleibt er drinnen und wir stimmen zu.

Applaus

Stadtrat Dummer: Einmal noch kurz zu den kranken Eschen. In den 75% Au, die nicht begangen werden, dürfen auch die kranken Eschen stehen bleiben und auch die toten, die dürfen dort umfallen. Es geht wirklich nur um diese 25% Au entlang der Wege und nicht um die ganze Au.

Bürgermeisterin Völkl: Wir bringen den Antrag zur Abstimmung. Ein Initiativantrag, so wie er eingebracht wurde von der "heißen erde", der wird jetzt abgestimmt auf Punkt und Beistrich, wie er gekommen ist.

Abstimmung Initiativantrag:

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Applaus

Bürgermeisterin Völkl: Wir kommen zum Antrag von Vizebürgermeister Falb, zu dem 28-Punkte-Maßnahmenpaket Klimaschutz in Stockerau, der in weiterer Folge im Umweltausschuss weiter behandelt werden soll.

Vizebürgermeister Holzer: D.h. der Antrag liegt am Tisch und wird dann an den Umweltausschuss verwiesen und dort behandelt.

Bürgermeisterin Völkl: Ja.

Vizebürgermeister Falb: Aber als Grundsatz ist er genehmigt und auf Basis dieses Grundsatzes wird weiter behandelt.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Sehr gut, dass so proaktiv 28 Punkte, die den Klimaschutz betreffen, kommen. Ich habe trotzdem ein Anliegen und ich möchte um Appell bitten, dass, wenn so etwas sozusagen am Tisch bei der Gemeinderatssitzung gelegt wird, wo ich z.B. pro jeden zweiten Satz viele Fragen dazu hätte, aber euch jetzt nicht belästigen möchte damit oder auch nicht uns alle überstrapazieren, habe ich einen Appell. Es gibt z.B. einen Umweltausschuss, das sind ganz klar Umweltausschussthemen, dass man das umdreht. Punkte auf den Tisch legen, diskutieren und dann in die Gemeinderatssitzung gehen und nicht umgekehrt.

Bürgermeisterin Völkl: Warum bitte?

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ganz dringend bei so was komplexen.

Gemeinderätin Gübler: Ich bin auch für den Umweltausschuss und ich stimme der Radha zu.

Abstimmung 28-Punkte-Maßnahmenpakete Klimaschutz Stockerau

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Abstimmung Resolution

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

12.) Grundsatzbeschluss für Veranstaltung Feuerwehrjugend NÖ

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Die Feuerwehr Stockerau wird Veranstalter und Organisator für das Treffen der Feuerwehrjugend NÖ, welches 2022 in Stockerau abgehalten werden soll. 6.000 Jugendliche aus NÖ zwischen 10 und 15 Jahren werden an diesem Treffen von Donnerstag bis Sonntag in der ersten Ferienwoche im Juli 2022 teilnehmen. Zurzeit wird ein geeignetes Grundstück zum Zelten und Übernachten gesucht. Grundstücke, die in Natura 2000 liegen, werden dafür nicht verwendet.

Die Feuerwehr Stockerau ersucht den Gemeinderat, einen Grundsatzbeschluss für diese Großveranstaltung zu fassen, dass die Stadtgemeinde Stockerau die Feuerwehr Stockerau unterstützt, vor allem mit Sachleistungen, mit der Bedingung, einen geeigneten Standort zu finden.

Vizebürgermeister Holzer: Ich möchte mich bei der Feuerwehr Stockerau recht herzlich bedanken. Es sind ja doch schon einige Jahre oder Jahrzehnte her, dass solche Veranstaltungen in Stockerau stattgefunden haben. Ich glaube, es ist wirklich im Jahr 2019 Zeit, dass so etwas wieder geplant wird und 2022 bei uns stattfinden kann. Es ist eine sehr lange Vorlaufzeit, eine wichtige Planung, danke an die Feuerwehr Stockerau.

Bürgermeisterin Völkl: Ich stehe dieser Veranstaltung auch sehr positiv gegenüber. Die Stockerauer Feuerwehrjugend nimmt ja immer wieder teil an diversen Wettbewerben und ich glaube, es ist wirklich sehr schön, dass die Feuerwehr Stockerau sagt, das holen wir einmal nach Stockerau. Die Problematik ist sicher, dass wir das geeignete Grundstück finden, aber da sind wir alle am Zusammenhelfen und am Suchen, dass wir das hinbekommen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0

	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

VI. Anträge der Stadträte

a.) Ref. I – Bauwesen und Stadtentwicklung

1.) Örtliches Entwicklungskonzept/Marktgemeinde Sierndorf - Kenntnisnahme

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeister Holzer: Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat in der am 21.02.2018 stattgefundenen Sitzung den Entwurf des Örtlichen Entwicklungskonzeptes der Marktgemeinde Sierndorf zur Kenntnis genommen.

In der Gemeinderatssitzung am 25.06.2019 wurde das Örtliche Entwicklungskonzept von der Marktgemeinde Sierndorf beschlossen.

Der Beschlussplan Mai 2019 stimmt mit dem Auflagenentwurf Stand 04.12.2017 überein.

Das vorgelegte Örtliche Entwicklungskonzept GZ. 576-01/17 vom 28.05.2019 der Marktgemeinde Sierndorf wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss: **einstimmig zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0

	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

b.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften

1.) Rücktritt vom Grundkauf Parz.Nr. 296/8 – Lisa Jana

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Koll: Mit Gemeinderatsbeschluss vom 21.05.2019 wurde Frau Lisa Jana das Grundstück Nr. 296/8 mit den Verkaufsbedingungen der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Grundpreis von € 200,00/m², das ergibt eine Gesamtsumme von € 91.800,--, verkauft.
Frau Lisa Jana hat mit Schreiben vom 22.07.2019 den Kaufrücktritt des Grundstückes Nr. 296/8 bekanntgegeben.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 21.05.2019 betreffend Verkauf des Grundstückes Nr. 296/8 an Frau Lisa Jana wird aufgehoben und der Kaufrücktritt zur Kenntnis genommen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11

GRÜNE	5
FPÖ	2

2.) Rücktritt vom Grundkauf Parz.Nr. 296/5 – Mag. Rössler Alexandra

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Koll: Mit Gemeinderatsbeschluss vom 21.05.2019 wurde Frau Mag. Alexandra Rössler das Grundstück Nr. 296/5 mit den Verkaufsbedingungen der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Grundpreis von € 200,00/m², das ergibt eine Gesamtsumme von € 94.800,--, verkauft.

Frau Mag. Alexandra Rössler hat mit Schreiben vom 19.07.2019 den Kaufrücktritt des Grundstückes Nr. 296/5 bekanntgegeben.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 21.05.2019, betreffend Verkauf des Grundstückes Nr. 296/5 an Frau Mag. Alexandra Rössler wird aufgehoben und der Kaufrücktritt zur Kenntnis genommen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

3.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 296/5 an Lisa Jana

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Koll: Herr Schmidt Stefan verkauft unter Beitritt der Stadtgemeinde Stockerau in Entsprechung des Baulandsicherungsvertrages an Frau Lisa Jana, wh. 2000 Stockerau, die Parz. Nr. 296/5, Ausmaß 474 m², zu einem Quadratmeterpreis von € 200,--/m², das ergibt somit einen Gesamtkaufpreis von € 94.800,--, unter folgenden Bedingungen:

- Grundbücherliche Sicherstellung eines Vorkaufsrechtes für die beitretende Stadtgemeinde Stockerau für den Fall, dass
 - a) der Käufer ab Datum des Gemeinderatsbeschlusses auf dem Grundstück nicht binnen 3 Jahren mit dem Bau eines Wohngebäudes beginnt und diese nicht innerhalb von weiteren 2 Jahren fertiggestellt hat und
 - b) der Käufer das Grundstück vor Erfüllung oder trotz Nichterfüllung der unter a) angeführten Bedingungen ohne Zustimmung der Stadtgemeinde Stockerau veräußert, wobei der Käufer des Grundstückes die mit der Ausübung des Vorkaufsrechtes verbundenen Kosten zu tragen hat;
- Die Bürgermeister hat nach fruchtlosem Ablauf der 3- bzw. 5-jährigen Frist durch einseitige Erklärung das Vorkaufsrecht für das Grundstück zu den vorstehend genannten Kaufpreis (€ 94.800,--) zu veranlassen und sind sämtliche Kosten, Steuern und Gebühren der Rückabwicklung des Kaufvertrages vom Käufer zu tragen, welcher sich verpflichtet, dem Grundstückseigentümer, Herrn Schmidt Stefan und die Stadtgemeinde Stockerau ohne Rückersatzanspruch vollkommen schad- und klaglos zu halten hat;
- Der Käufer verpflichtet sich einseitig unwiderruflich innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen nach grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages und Erhalt des Einverleibungsbeschlusses mittels eingeschriebenen Briefes des sachlich zuständigen Bezirksgerichtes bei der Stadtgemeinde Stockerau das Vertragsobjektes zum Bauplatz erklären zu lassen und die sodann mittels Bescheid der Stadtgemeinde Stockerau zur Vorschreibung gelangenden Aufschließungskosten fristgerecht zu bezahlen. Der Käufer erklärt in Kenntnis über die derzeitige Höhe der vorzuschreibenden Aufschließungskosten für das Vertragsobjekt von € 18.941,21 zu sein.
- Alle Kosten, die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages erwachsen, hat der Käufer zur Gänze ohne Rückersatzanspruch zu tragen:
Aufgrund des Punktes Zwanzigstens der Parzellierungsurkunde abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Stockerau einerseits und den Grundstückseigentümern andererseits hat die Abwicklung des Kaufvertrages ausnahmslos durch Dr. Michael Hetfleisch, öff. Notar, 2000 Stockerau, Bahnhofstraße 6 zu erfolgen.

Der Käufer wurde vorab informiert, dass sich die Kosten für die Erstellung des Kaufvertrages, der Selbstberechnung der Steuern und der grundbücherliche Durchführung des Kaufvertrages auf

einen Betrag in Höhe von € 2.500,-- (inklusive Barauslagen und inklusive 20 % USt.) belaufen werden.

Lediglich im Falle der Fremdfinanzierung des Kaufpreises wird für die treuhändige Abwicklung des Kaufvertrages mit dem fremdfinanzierenden Bankinstitut durch Dr. Michael Hetfleisch, öff. Notar, ein zusätzliches Honorar in Höhe von 0,8 % der Treuhandvaluta zuzüglich Barauslagen und zuzüglich 20 % USt. in Rechnung gestellt.

Die Rechnung von Dr. Michael Hetfleisch wird nach grundbücherlicher Durchführung des Kaufvertrages gelegt und ist binnen 14 Tagen nach Erhalt zur Zahlung fällig.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

**4.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 294/23 an
Strahammer-Hörack Jürgen und Isabella**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Koll: Herr Schmid Karl, Frau Kuzmann Ingrid, Herr Schuster Wilfried und Frau Windisch Inge verkaufen unter Beitritt der Stadtgemeinde Stockerau in Entsprechung des Baulandsicherungsvertrages an Herrn und Frau Strahammer-Hörack Jürgen und Isabella, wh. 2000 Stockerau, die Parz. Nr. 294/23, Ausmaß 459 m², zu einem Quadratmeterpreis von € 200,--/m², das ergibt somit einen Gesamtkaufpreis von € 91.800,--, unter folgenden Bedingungen:

- Grundbücherliche Sicherstellung eines Vorkaufsrechtes für die beitretende Stadtgemeinde Stockerau für den Fall, dass
 - a.) der Käufer ab Datum des Gemeinderatsbeschlusses auf dem Grundstück nicht binnen 3 Jahren mit dem Bau eines Wohngebäudes beginnt und diese nicht innerhalb von weiteren 2 Jahren fertiggestellt hat und
 - b.) der Käufer das Grundstück vor Erfüllung oder trotz Nichterfüllung der unter a) angeführten Bedingungen ohne Zustimmung der Stadtgemeinde Stockerau veräußert, wobei der Käufer des Grundstückes die mit der Ausübung des Vorkaufsrechtes verbundenen Kosten zu tragen hat;
- Der Bürgermeister hat nach fruchtlosem Ablauf der 3- bzw. 5-jährigen Frist durch einseitige Erklärung das Vorkaufsrecht für das Grundstück, zu den vorstehend genannten Kaufpreis (€ 91.800,-) zu veranlassen und sind sämtliche Kosten, Steuern und Gebühren der Rückabwicklung des Kaufvertrages vom Käufer zu tragen, welcher sich verpflichtet den Grundstückseigentümern, Herr Schmid Karl, Frau Kuzmann Ingrid, Herr Schuster Wilfried und Frau Windisch Inge, und die Stadtgemeinde Stockerau ohne Rückersatzanspruch vollkommen schad- und klaglos zu halten hat;
- Der Käufer verpflichtet sich einseitig unwiderruflich innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen nach grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages und Erhalt des Einverleibungsbeschlusses mittels eingeschriebenen Briefes des sachlich zuständigen Bezirksgerichtes bei der Stadtgemeinde Stockerau das Vertragsobjektes zum Bauplatz erklären zu lassen und die sodann mittels Bescheid der Stadtgemeinde Stockerau zur Vorschreibung gelangenden Aufschließungskosten fristgerecht zu bezahlen. Der Käufer erklärt in Kenntnis über die derzeitige Höhe der vorzuschreibenden Aufschließungskosten für das Vertragsobjekt von € 18.639,14 zu sein.
- Alle Kosten, die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages erwachsen, hat der Käufer zur Gänze ohne Rückersatzanspruch zu tragen:

Aufgrund des Punktes Zwanzigstens der Parzellierungsurkunde abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Stockerau einerseits und den Grundstückseigentümern andererseits hat die Abwicklung des Kaufvertrages ausnahmslos durch Dr. Michael Hetfleisch, öff. Notar, 2000 Stockerau, Bahnhofstraße 6 zu erfolgen.

Der Käufer wurde vorab informiert, dass sich die Kosten für die Erstellung des Kaufvertrages, der Selbstberechnung der Steuern und der grundbücherliche Durchführung des Kaufvertrages auf einen Betrag in Höhe von € 2.500,-- (inklusive Barauslagen und inklusive 20 % USt.) belaufen werden.

Lediglich im Falle der Fremdfinanzierung des Kaufpreises wird für die treuhändige Abwicklung des Kaufvertrages mit dem fremdfinanzierenden Bankinstitut durch Dr. Michael Hetfleisch, öff.

Notar, ein zusätzliches Honorar in Höhe von 0,8 % der Treuhandvaluta zuzüglich Barauslagen und zuzüglich 20 % USt. in Rechnung gestellt.
Die Rechnung von Dr. Michael Hetfleisch wird nach grundbücherlicher Durchführung des Kaufvertrages gelegt und ist binnen 14 Tagen nach Erhalt zur Zahlung fällig.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	11
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Stadtrat Frithum verlässt die Sitzung (21:05).

5.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 296/8 an Erkol Mustafa und Ayten

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Koll: Herr Schmidt Stefan verkauft unter Beitritt der Stadtgemeinde Stockerau in Entsprechung des Baulandsicherungsvertrages an Herrn Erkol Mustafa und Frau Erkol Ayten, wh. 2000 Stockerau, die Parz. Nr. 296/8, Ausmaß 459 m², zu einem Quadratmeterpreis von € 200,--/m², das ergibt somit einen Gesamtkaufpreis von € 91.800,--, unter folgenden Bedingungen:

- Grundbücherliche Sicherstellung eines Vorkaufsrechtes für die beitretende Stadtgemeinde Stockerau für den Fall, dass
 - a) der Käufer ab Datum des Gemeinderatsbeschlusses auf dem Grundstück nicht binnen 3 Jahren mit dem Bau eines Wohngebäudes beginnt und diese nicht innerhalb von weiteren 2 Jahren fertiggestellt hat und

- b) der Käufer das Grundstück vor Erfüllung oder trotz Nichterfüllung der unter a) angeführten Bedingungen ohne Zustimmung der Stadtgemeinde Stockerau veräußert, wobei der Käufer des Grundstückes die mit der Ausübung des Vorkaufsrechtes verbundenen Kosten zu tragen hat;
- Der Bürgermeister hat nach fruchtlosem Ablauf der 3- bzw. 5-jährigen Frist durch einseitige Erklärung das Vorkaufsrecht für das Grundstück, zu den vorstehend genannten Kaufpreis (€ 91.800,-) zu veranlassen und sind sämtliche Kosten, Steuern und Gebühren der Rückabwicklung des Kaufvertrages vom Käufer zu tragen, welcher sich verpflichtet dem Grundstückseigentümer, Herrn Schmidt Stefan und die Stadtgemeinde Stockerau ohne Rückersatzanspruch vollkommen schad- und klaglos zu halten hat;
 - Der Käufer verpflichtet sich einseitig unwiderruflich innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen nach grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages und Erhalt des Einverleibungsbeschlusses mittels eingeschriebenen Briefes des sachlich zuständigen Bezirksgerichtes bei der Stadtgemeinde Stockerau das Vertragsobjektes zum Bauplatz erklären zu lassen und die sodann mittels Bescheid der Stadtgemeinde Stockerau zur Vorschreibung gelangenden Aufschließungskosten fristgerecht zu bezahlen. Der Käufer erklärt in Kenntnis über die derzeitige Höhe der vorzuschreibenden Aufschließungskosten für das Vertragsobjekt von € 18.639,14 zu sein.
 - Alle Kosten, die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages erwachsen, hat der Käufer zur Gänze ohne Rückersatzanspruch zu tragen.
Aufgrund des Punktes Zwanzigstens der Parzellierungsurkunde abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Stockerau einerseits und den Grundstückseigentümern andererseits hat die Abwicklung des Kaufvertrages ausnahmslos durch Dr. Michael Hetfleisch, öff. Notar, 2000 Stockerau, Bahnhofstraße 6 zu erfolgen.

Der Käufer wurde vorab informiert, dass sich die Kosten für die Erstellung des Kaufvertrages, der Selbstberechnung der Steuern und der grundbücherliche Durchführung des Kaufvertrages auf einen Betrag in Höhe von € 2.500,- (inklusive Barauslagen und inklusive 20 % USt.) belaufen werden.

Lediglich im Falle der Fremdfinanzierung des Kaufpreises wird für die treuhändige Abwicklung des Kaufvertrages mit dem fremdfinanzierenden Bankinstitut durch Dr. Michael Hetfleisch, öff. Notar, ein zusätzliches Honorar in Höhe von 0,8 % der Treuhandvaluta zuzüglich Barauslagen und zuzüglich 20 % USt. in Rechnung gestellt.

Die Rechnung von Dr. Michael Hetfleisch wird nach grundbücherlicher Durchführung des Kaufvertrages gelegt und ist binnen 14 Tagen nach Erhalt zur Zahlung fällig.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

**6.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 3378/7 an
Silbergasser Harald und Silbergasser-Thalhammer Tamara**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Koll: Die Stadtgemeinde Stockerau verkauft an Herrn Silbergasser Harald und Frau Thalhammer-Silbergasser Tamara, wh. 2000 Stockerau, die Parz. Nr. 3378/7, Ausmaß 505 m², unter folgenden Bedingungen.

1. Der Grundpreis für das gegenständliche Grundstück beträgt € 200,-/m² exklusive Aufschließungsabgabe.
2. Die anfallenden Aufschließungskosten in der Höhe von € 15.640,65 sind im Zuge der erstmaligen Errichtung eines Gebäudes und der damit verbundenen Bauplatzerklärung, spätestens jedoch innerhalb einer Frist von 6 Monaten mit Stichtag Gemeinderatsbeschluss aufgrund eines Ansuchens um Bauplatzerklärung zu entrichten.
3. Grundbücherliche Sicherstellung des Wiederkaufsrechtes für den Fall, dass
 - a) der Käufer ab Datum des Gemeinderatsbeschlusses auf dem Grundstück nicht binnen 3 Jahren mit dem Bau eines Einfamilienhauses beginnt und dieses nicht innerhalb von weiteren 2 Jahren fertiggestellt hat und
 - b) der Käufer das Grundstück vor Erfüllung oder trotz Nichterfüllung der unter a) angeführten Bedingungen ohne Zustimmung der Gemeinde veräußert, wobei der Eigentümer des Grundstückes die mit der Ausübung des Wiederkaufsrechtes verbundenen Kosten zu tragen hat.
4. Der Bürgermeister hat nach fruchtlosem Ablauf der 3- bzw. 5-jährigen Frist den Wiederkauf des Grundstückes, zu den in Punkt 1) festgelegten Kaufpreis zu veranlassen.
5. Alle Kosten, die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages erwachsen werden, hat der Käufer allein und zur Gänze zu tragen.

6. Die aus dem Verkauf resultierende Immobilienertragssteuer wird von der Stadtgemeinde Stockerau übernommen.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Gemeinderat Bartosch verlässt die Sitzung (21:07 Uhr).

**7.) Vermessungsurkunde GZ. BD3-50443 / Übertragung der Trennstücke 1 und 8
an Bartosch Oliver – Vereinbarung**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Koll: Im Zuge der Errichtung des Kreisverkehrs Donaustraße/J. Wolfik-Straße wurde nach dessen Fertigstellung eine Endvermessung vom Amt der NÖ Landesregierung durchgeführt. In der daraus resultierenden Vermessungsurkunde GZ. BD3-50443 vom 29.04.2013 wurde die Teilfläche 8 und die Teilfläche 1 irrtümlich kostenlos an Herrn Bartosch Wolfgang übereignet und mit dem Grundstück Nr. 208 vereinigt.

Die Eigentumsverhältnisse des Grundstückes Nr. 208 haben sich mittlerweile dahin geändert, dass sich dieses nun im Eigentum von Herrn Oliver Bartosch befindet.
Zur Vermeidung eines Rechtsstreits über die kostenlose Übertragung soll eine Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und Herrn Oliver Bartosch abgeschlossen werden.

Als Abgeltung der gegenständlichen Grundstücksfläche im Gesamtausmaß von 159 m² wird aufgrund der bestehenden Flächenwidmung Verkehrsfläche-Privat ein m²/Preis von € 30,-- vereinbart, was einer Ausgleichszahlung von € 4.770,-- entspricht.

Die Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und Herrn Oliver Bartosch betreffend Ausgleichszahlung für die Grundstücksübertragung im Bereich Kreisverkehr Donaustraße/J. Wolfik-Straße in der Höhe von € 4.770,-- wird genehmigt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Gemeinderat Bartosch nimmt an der Sitzung wieder teil (21:09 Uhr).

c.) Ref. III – Finanzen

1.) Bericht über die Gebarungseinschau des Landes NÖ

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Die Gebarungseinschau des Landes Niederösterreich, die auf unseren Antrag hin im Juni durchgeführt wurde. Das Land hat sich sehr eingehend die Gebarung und die Finanzen der Stadt Stockerau geprüft aber auch die Finanzen der Kommunalen Immobiliengesellschaft, die zu 100% dem Eigentum der Stadt Stockerau steht, und hat einen sehr umfangreichen detaillierten Bericht auf 50 Seiten vorgelegt.

Dieser Bericht ist an alle Fraktionsführer versandt worden und sollte demnach bekannt sein. Ich ersuche Sie **zuzustimmen**, dass ich den Bericht **nicht zur Gänze**, also nicht alle 50 Seiten **vorlese** mit den darin enthaltenen Tabellen **sondern nur die Zusammenfassung die auf Seite 48 unter 2.12.** beginnt.

Sind sie mit dieser Vorgangsweise einverstanden? Ich stehe danach selbstverständlich für Fragen zur Verfügung, wenn es zu dem einen oder anderen Punkt detaillierte Fragen gibt. Können wir so vorgehen?

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Zusammenfassung der Gebarungseinschau des Landes NÖ vom 9. Juli 2019.

Stadtrat Dummer: Trotz der errechneten positiven Finanzspitze ist die finanzielle Lage unter Hinweis auf die Feststellungen zu den Bereichen "Girokontoüberziehungen" und "KIG" als äußerst problematisch zu bezeichnen.

Eine langfristige Stabilisierung der finanziellen Lage erscheint aber, angesichts des vorhandenen (Einsparungs-)Potentials, möglich. Allerdings sollten dafür zumindest die folgenden Maßnahmen (vor allem die Reduzierung der Defizite bei zahlreichen Ansätzen) so rasch als möglich umgesetzt werden.

Die zügige Umsetzung zumindest folgender Maßnahmen ist nach Ansicht der Aufsichtsbehörde unbedingt erforderlich:

- Spürbare Reduktion der Girokonten;
- Gänzliche Abdeckung der Kontoüberziehungen;
- Rigorose Einhebung sämtlicher, bereits fälliger Abgabenschuldigkeiten ohne weitere Verzögerung;
- Einhebung (Abschreibung) der offenen Forderungen betreffend "Bestattung Stockerau e.U.";
- Ausbuchung sämtlicher, schon mittels Gemeinderatsbeschluss abgeschriebener Forderungen ohne weitere Verzögerungen;
- Lückenlose Aufklärung sämtlicher offenen Forderungen, die während der Einschau nicht eindeutig geklärt werden konnten und sofortige gesetzeskonforme Einforderung bzw. Abschreibung;
- Entscheidungsfindung hinsichtlich der Rückzahlung des endfälligen KIG-Darlehens
- Verhandlungen mit der HYPO NOE zwecks Verbesserung der Zinsswap-Konditionen bzw. Auflösung der Zinsswap-Geschäfte;
- Sicherstellung, dass die Gesamtkosten des Vorhabens "Volksschule Stockerau" die anerkannten Kosten der Fachabteilung nicht übersteigen;
- Erhöhung der Friedhofsgebühren mit dem Ziel der Kostendeckung;
- Generelle Flächenerhebung aller an den Kanal und die Gemeindewasserleitung angeschlossenen Liegenschaften;
- Vermeidung von Darlehensaufnahmen, die dem Zweck dienen, Zuschüsse oder unverzinsten Darlehen an die KIG zu leisten bzw. zu gewähren;
- Weitestgehende Beschränkung der Ausgaben auf die Pflichtausgaben unter Überprüfung der freiwilligen Leistungen auf Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und soziale Treffsicherheit;
- Deutliche Verminderung der Belastungen des ordentlichen Haushaltes durch defizitäre Einrichtungen bzw. Ansätze sowie Überlegungen hinsichtlich der Weiterführung der Einrichtungen (z.B. Forstbetrieb);
- Beobachtung der finanziellen Entwicklung unter Zuhilfenahme des Instruments der mittelfristigen Finanzplanung (Prüfer neuer Vorhaben auf allfällige Mehr- bzw. Folgekosten wie z.B. Darlehensannuitäten, Leasingraten, Betriebskosten u.ä.);
- Auftragsvergaben erst nach gesicherter Finanzierung (vgl. § 72 NÖ GO 1973),

wobei unbedingt darauf zu achten ist, dass der Baufortschritt so weit als möglich auf das tatsächliche Einlangen eventueller Förderungsmittel abgestimmt wird.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die budgetären Voraussetzungen für zusätzliche finanzielle Belastungen (z.B. Darlehen, Leasingverpflichtungen, etc.) derzeit nicht gegeben ist.

Diese Feststellungen sowie sonstige Wahrnehmungen wurden am letzten Tag der Einschau mit der Bürgermeisterin, der Stadtamtsdirektorin, dem Buchhaltungsleiter und zwei Stadträten besprochen.

Dieser Bericht ist dem Gemeinderat in einer Sitzung unter einem eigenen Tagesordnungspunkt vollinhaltlich zur Kenntnis zu bringen. Die aufgrund des Überprüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen sind der Aufsichtsbehörde gem. § 89 Abs. 2 NÖ GO 1973 innerhalb von drei Monaten mitzuteilen.

Ich kann ergänzend dazu sagen, dass viele der Punkte, die hier angeführt wurden, auch materielle Dinge schon von Direktor Zimmermann aus der Buchhaltung mit seinen Mitarbeitern aus der Buchhaltung in Angriff genommen wurden bzw. auch teilweise schon erledigt wurden. Wir haben einen Bericht auch an das Land schon vorbereitet, der noch endabgestimmt werden soll und wo auch noch Platz ist für Ihre Anmerkungen. Der wird in den nächsten Tagen an das Land als Stellungnahme, so wie es vorgesehen ist, gehen. Das Bild, das sich aus diesen 51 Seiten ergibt, ist alles andere als erfreulich. Wir kennen die Kernthematiken. Das ist im Wesentlichen die hohe Verschuldung, viele unregelmäßige Finanzierungen. Aber auch hier haben wir gemeinsam schon sehr viel bewegt in den ersten Monaten dieser Regierungsperiode. Wir haben die Fehlbeträge geregelt, wir haben die Liquidität hergestellt, das Konto ist jetzt im Rahmen und wir können unsere Rechnungen pünktlich bezahlen. Das sind natürlich alles nur erste Schritte, da müssen noch viele weiter folgen, aber ich denke, es ist ein nicht erfreulicher Bericht, aber ein durchaus einer der wachrüttelt. Wir haben das zur Kenntnis genommen und haben begonnen, die Maßnahmen zu setzen, die noch fehlen. sind. Danke und ich stehe für Ihre Fragen gerne zur Verfügung.

Stadtrat Pfeiler: Danke für die Zusammenfassung, die du verlesen hast. Du sagtest, der Bericht zeigt ein drastisches Bild unserer Gemeindefinanzen. Wir haben uns in den letzten Jahren auch sehr intensiv immer mit dem Gemeindehaushalt beschäftigt. So wie die vorangegangene Gebärungseinschau hat die Gebärungseinschau ein sehr düsteres Bild über unseren Haushalt gezeigt. Ja, es ist wahrnehmbar, dass einige Dinge schon in Angriff genommen wurden, z.B. Kassenkredit reduziert, musste aber durch eine Kreditaufnahme erfolgen. Aber ist auch notwendig, einmal Luft zu bekommen. Insofern sind wir uns in den Analysen, die wir in den letzten Jahren immer wieder vorgenommen haben, bestätigt.

Was uns ganz wichtig ist, dass man bedenkt, dass viele Bereiche, also ich greife jetzt heraus den Punkt, den du verlesen hast, „Reduzierung des Abganges Haushalt bei den defizitären Einrichtungen“. Da ist es mir natürlich wichtig, dass wir in diesen Bereichen die Wirtschaftlichkeit nach Möglichkeit verbessern, dass wir aber immer im Auge behalten, das wir hier sozusagen für das Gemeinwohl Gemeindeeinrichtungen führen. Ich denke jetzt an Freizeitbetrieb oder ähnliches.

Zwei Bereiche sind komplett angesprochen. Das ist das Thema Friedhofsgebühren. Da pflege ich schon mit Buhh.Dir. Zimmermann schon einen Austausch, um zu sehen, woher die Unterdeckung kommt. Das Thema sollte man mit der nächsten Gebührenanpassung angehen.

Der zweite Bereich - bin ich eh schon eingegangen. Die gemeindeeigenen Betriebe, wo wir einfach die Gesamtheit betrachten müssen und nicht den Rotstift Platz greifen lassen sollen.

Stadtrat Pohl: Weil Sport und Freizeit angesprochen worden ist. Wir haben uns im letzten halben Jahr angeschaut, wie die Alte Au ist. Es gibt immer etwas zu tun. Es gibt sehr starke, massive Investitionsrückstände. Heute kommen wir noch zu den Investitionen des Freibades. Man muss auch nach außen ein bisschen etwas verbessern können. In den letzten Jahren sind technische Anlagen hauptsächlich überarbeitet worden. Wir fangen aber heuer schon an, Zeichen zu setzen, dass das Bad wieder attraktiver wird oder attraktiv bleibt. Im Großen und Ganzen gibt es viel aufzuarbeiten, auch im Sportbereich.

Stadtrat Koll: Nachdem das Wort Gemeinwohl und Ökonomie gefallen ist, erlauben Sie mir zwei Sätze dazu. Sie sind nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern die kommen von Gerhard Fürst, ein Artikel im Standard wohl gemerkt vom 17.04.2016, indem gesagt wird, sich dem Gemeinwohl-ideen des Christian Felber stark zu nähern. Er sagt da drinnen: "Noch dramatischer sind die Vorstellungen Felbers über den Übergangsprozess von unser demokratischen, marktwirtschaftlich geprägten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zur kuscheligen Gemeinwohlökonomie, immerhin geht es dabei um die Abschaffung unserer zurecht als größte politische Errungenschaft der Menschengeschichte empfundenen repräsentativen Demokratie". Wenn wir jetzt darüber diskutieren, dann wird es hell, aber ich warne davor als überzeugter Marktwirtschaftler, dass man sich nicht verführen lassen sollte von gemeinwohlorientierten Geschichten, weil sie nämlich in Wirklichkeit nicht ein ökonomisches Thema sind sondern ein gesellschaftspolitisches Thema bis in die letzte Wurzel unserer jetzt bekannten Rechtsform, deren Ursache jetzt ist, dass wir jetzt da sitzen dürfen und darüber reden.

Gemeinderat Kubat: Da kann ich gleich nahtlos überschließen mit gesellschaftlich politischen Wurzeln. Der Punkt ist ja der, dass eine Gemeinde auch gesellschaftspolitische Verantwortung hat und diese auch hegen muss, denn das sichert auch die sozialen Kritiken am Ende des Tages und dahingehend auch die Marktwirtschaft. Der Punkt ist ja auch wiederum, Österreich hält den Wirtschaftsstandard auch deswegen stabil, weil wir eben das Soziale auch haben. Ich bin auch ein überzeugter, freier, ökosozialer Marktwirtschaftler.

Zwischenruf – danke dafür

Aber wir haben gesehen, wenn eine Marktwirtschaft keine Grenzen hat, dann gibt es zerstörerisches Wachstum und das haben wir erlebt in der Finanzwirtschaftskrise 2007 und 2008. Auch da ist wieder die Politik gefordert, zu geben, damit etwas wachsen kann. Ich will nur appellieren, wir haben auch eine gesellschaftspolitische Verantwortung und wir müssen auch der gerecht werden. Deswegen müssen wir immer gewisse Betriebe, gewisse Freizeiteinrichtungen etc. nicht nur an den finanziellen Standards messen sondern an ihrer gesellschaftspolitischen Aufgabe. Geben wir uns zu denken. Was passiert in Stockerau, wenn wir jetzt sagen, wir sperren das Sportzentrum Alte Au

oder ein Jugendzentrum oder ein Freibad oder ein Pflegeheim. Das wirkt sich auf die Gesellschaft aus. Es gibt Leute, die können sich es dann leisten, dass sie dann ihrer Villa von vier PflegerInnen behandelt werden und gekümmert werden. Aber wir haben eine gesellschaftliche und politische Verantwortung und deswegen auch der Aspekt mit dem Gemeinwohl. Wie alles im Leben mit Maß und Ziel.

Vizebürgermeister Falb: Über die Begriffe können wir gerne diskutieren, aber nachher.

Gemeinderat Polacek: Ich habe die 51 Seiten auch gelesen, vieles waren für mich nur Zahlen. Ich hoffe, dass die jetzige Regierung und der Gemeinderat das ausbessert und besser macht, dass wir uns irgendwann einmal finanziell bewegen können. Wie viele wissen, bin ich sehr viel auf den Straßen unterwegs. Ich bin mit morgen im wohlverdienten Ruhestand und zu mir kommen die Leute und sagen "da wird etwas gekauft und dort wird etwas zugesperrt." Ich weiß, ich vermute einmal, dass es nicht so ist, aber möchte, dass es öffentlich dargestellt wird, das jetzt eine Grundsatzaussage getätigt wird von der Bürgermeisterin-Fraktion, dass keine Teile von Stockerauer Betrieben, egal ob jetzt Alte Au, egal welcher, dass verkauft oder auszulagern werden, dass die Gemeindearbeiter sozusagen Sicherheit haben, das sie einen Job haben. Nicht jetzt für mich, sondern es sind die Gerüchte auf der Straße. Ich möchte mit der Aussage, die dann protokolliert wird, einfach diese Gerüchte vom Tisch wischen.

Vizebürgermeister Holzer: Ich danke für deine Wortmeldung. In den Gesprächen mit der ÖVP wurde mehr oder weniger für die erste Zeit, wie lange das wirklich ist, zugesagt. Aber ich glaube, viel wichtiger ist, dass wir uns auf andere Sachen konzentrieren. In Absprache mit Stadtrat Moser haben wir schon begonnen. Wir brauchen wieder Gewerbegebiete. Wir müssen da wieder was tun und wir müssen Betriebsansiedelungen forcieren. Das ist nicht einfach, Aber ich glaube trotzdem, mit der Verkehrslage und diversen anderen Vorteilen, die unsere Stadt bietet, wird es in Zukunft in den nächsten fünf, zehn Jahren enorm wichtig sein. Ich glaube auch, da ich in Betrieben sehr viel unterwegs bin, wir liegen am äußeren Ende des Speckgürtels. Der innere Teil ist eh schon bald voll und das wird die Chance sein, dass wir doch den einen oder anderen Betrieb in den nächsten Jahren nach Stockerau bringen – mehr Kommunalsteuer. Ich glaube, auf das sollten wir uns konzentrieren und nicht irgendwo etwas zusperren.

Stadtrat Dummer: Die Defizite, um die es geht, sind ungefähr € 7,5 Mio. bis € 8 Mio. im Jahr, die aus diesen defizitären Einrichtungen die Stadt belasten. Natürlich, und das ist eh schon ansatzweise auch gefallen, muss es unsere Bestreben sein, diese Einrichtungen soweit zu attraktivieren, dass die Defizite geringer werden. Also unser Ansatz ist eher der offensive, dass wir versuchen eben durch Attraktivierung die Einnahmen zu erhöhen, nicht unbedingt Dinge zuzusperren. Der große Hebel bei den Einnahmen sind die Kommunalsteuer und das ist die Position, das sind € 6 Mio., wo wir wirklich am meisten bewegen können. Aber natürlich und das habe ich auch bei den Budgetbesprechungen allen Abteilungsleitern und Verantwortlichen gesagt. Sie sind stetig gefordert, unsere Einrichtungen zu verbessern oder zu schauen, wie können wir dort effizient oder effizienter arbeiten. Das ist ein ständiger Prozess, der gilt nicht nur für Firmen, der gilt auch für unsere kommunalen Einrichtungen. Nicht weil wir irgendwas zusperren wollen, sondern weil wir einfach das Angebot zeitgemäß gestalten wollen. Ein Bad aus den 70iger Jahren ist heute nicht mehr attraktiv,

aber unsere Sauna, da hat man viel investiert, ist durchaus attraktiv. Es gibt Beispiele, wo das möglich ist.

Gemeinderat Polacek: Meine Frage war, ich tu das noch einmal konkretisieren. Gibt es irgendwo, in irgendeinem Kammerl, in irgendeiner Lade Bestrebungen, dass einzelne Teile – die Grünpflege sollen ausgelagert werden und auch einige andere Sachen auch. Mich wundert gerade, dass die SPÖ-Fraktion, die eigentlich die Gewerkschaften stellt, von der Industrie reden und nicht von den Arbeitern. Aber bitte, mag so sein. Ich weiß, dass wir umstrukturieren müssen, ich weiß, dass wir uns verbessern müssen, umorganisieren müssen.

Bürgermeisterin Völkl: Ich sage noch einmal klar und deutlich. Es liegen keine Pläne in der Lade, dass irgendwas zum jetzigen Zeitpunkt verkauft werden soll.

Gemeinderat Polacek: Danke für die Aussage.

Stadtrat Pfeiler: Ein großer Brocken ist ja das endfällige Darlehen. Wir haben in diversen Gremien schon gesprochen. In der Gebarungseinschau sind ganz drastische Aussagen drinnen bis hin zu einer Auflösung der Gesellschaft. In den nächsten Wochen und Monaten wird man die Gesellschaft so weiterentwickeln müssen, dass die möglichen dramatischen Folgen nicht auftreten werden. Wir sind sicher bereit, uns einzubringen und beizutragen.

Bürgermeisterin Völkl: Herzliches Dankeschön für diese Wortmeldung dass Ihr da aktiv dabei seid. Wir werden unsere gesammelten Kräfte brauchen, das gesamte Wissen und das Knowhow, die im Gemeinderat da sind, dass wir die zusammenwerfen.

Vizebürgermeister Holzer: Im nächsten Jahr gibt es eine neue VRV. D.h. in Zukunft wird auch das Gemeindevermögen bewertet werden. Das Vermögen der Stadtgemeinde Stockerau ist ja nicht zu wenig und die ganzen Zahlen sind dann sicher auch anders zu sehen sind und wird sich finanziell verbessern.

Beschluss: **einstimmig zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0

	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

2.) Grundsatzbeschluss – Ankauf Drehleiter für FF Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Die Feuerwehr Stockerau ersucht den Gemeinderat, einen Grundsatzbeschluss über den Ankauf einer Drehleiter DLK 42 zu fassen.

Die Drehleiter wird im Jahr 2020 angekauft und wird im Budget 2020 berücksichtigt werden.

Die Drehleiter ist ein Vorführwagen und kosten € 850.000,-- statt eines Neukaufpreises von € 1,2 Mio.

Zieht man die Förderungen und den Verkauf des Altfahrzeuges ab, verbleibt für die Stadtgemeinde Stockerau ein Anteilsbetrag von € 350.000,--.

Es wird ersucht, dass der Gemeinderat für den Ankauf einer Drehleiter einen Grundsatzbeschluss fasst, der dann lautet:

Antrag:

Der Gemeinderat fasst den Grundsatzbeschluss, dass für die Feuerwehr Stockerau im Jahr 2020 eine neue Drehleiter zu einem Preis von € 850.000,-- angekauft werden soll, wobei der Anteil für die Stadtgemeinde Stockerau € 350.000,-- betragen wird, der auch im Budget 2020 vorgesehen wird.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0

	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

3.) Investitionen für das Freibad Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Das Freibad Stockerau soll attraktiver werden. Wir haben das im Budget 2019 auch so vorgesehen.

Folgende Investitionen sollen für das Freibad Stockerau getätigt werden:

Im Freibad beim Kinderbecken soll ein **Sonnensegel** angekauft werden.

Folgende Angebote wurden eingeholt.

Fa. Frei Spiel	€ 9.993,00
Fa. Berger	€ 12.935,90
Fa. HWZ Wallner KG	€ 15.200,00

Es soll die Fa. Frei Spiel beauftragt werden.

Im Freibad sollen die **Holzfenster und die Fassadenflächen** saniert werden.

Folgende Angebote wurden eingeholt.

Fa. WKW	€ 10.205,00
Fa. Kickenweitz	€ 10.684,20
Fa. Eckmayer	€ 11.236,00

Es soll die Fa. WKW beauftragt werden.

Im Freibad soll ein Teil, 18 Stk. von 36 Stk. der **Sonnenliegen** erneuert werden.

Folgende Angebote wurden eingeholt.

Fa. Spielort	€ 32.310,00
Fa. Stausberger	€ 51.965,60

Es sind keine gewöhnlichen Liegen, geschwungene Holzliegen.
Es soll die Fa. Spielort beauftragt werden.

Im Freibad soll für das Kinderbecken eine **Kleinkinderrutsche (Dumbi)** angekauft werden.

Fa. SAX	€ 4.748,00
Fracht und Verpackungskosten	€ 350,00

Ein Elefant, der sowohl innen als auch außen verwendet werden kann. Im Sommer wird er im Freibad stehen und im Winter im Hallenbad.

Die Investitionen sind im Voranschlag 2019 unter dem Vorhaben 44 veranschlagt.
Die Finanzierung erfolgt über eine Darlehensaufnahme.

Antrag:

Folgende Investitionen sollen für das Freibad Stockerau getätigt werden:

Sonnensegel

Fa. Frei Spiel	€ 9.993,00
----------------	------------

Holzfenster und die Fassadenflächen

Fa. WKW	€ 10.205,00
---------	-------------

18 Stk. **Sonnenliegen** erneuern

Fa. Spielort	€ 32.310,00
--------------	-------------

Kleinkinderrutsche (Dumbi)

Fa. SAX	€ 4.748,00
---------	------------

Fracht und Verpackungskosten	€ 350,00
------------------------------	----------

Bei der Gelegenheit möchte ich mich bei Herrn Lehner recht herzlich bedanken, der das alles aufbereitet hat, vorbildlich Angebote eingeholt und sich sehr viele Gedanken da gemacht hat, was man tun könnte, um das Freibad attraktiver zu machen.

Stadtrat Pfeiler: Danke für den Antrag. In den letzten Jahren war es so, dass wir in die Technik investiert haben und eben die Attraktivität für die Besucherinnen und Besucher zu kurz gekommen ist.

Bürgermeisterin Völkl: Was mich besonders freut, ich glaube, das ist nicht budgetiert, aber es wird in Bäume investiert. Es werden Bäume gesetzt. Es sind zwar Birken kaputt, die spenden keinen Schatten mehr. Jetzt über den Winter werden Bäume gesetzt, ist schon mit dem Bauhof abgesprochen, dass wir da Schattenspenden haben.

Stadtrat Dummer: Das fällt unter Instandhaltung. Es wird heuer noch durchgeführt mit der Herbstpflanzung. Es werden ungefähr € 2.000,- für Bäume ausgegeben, aber ist nicht als Investition zu beschließen, weil das in der Instandhaltung drinnen ist.

Gemeinderätin Grübler: Ich habe eine Frage, kommen diese 18 Liegen neu zusätzlich oder werden dafür die alten ausgetauscht?

Stadtrat Dummer: Es gibt ja schon welche, es wurden schon welche in der Vergangenheit angeschafft, die bleiben. Aber es gibt einen Bereich, wo die Liegen schon sehr alt sind und die werden ausgetauscht.

Stadtrat Pohl: Die Liegen wischen dem Sportbecken und dem großen Becken mit der Rutsche werden ausgetauscht. Es sind dort 36 Liegen und davon wird die Hälfte jetzt ausgetauscht. Wir schauen einmal, wie die angenommen werden.

Gemeinderat Straka verlässt die Sitzung (21:38 Uhr).

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	4
	FPÖ	2

4.) Festlegung von privatrechtlichen Entgelten für Müllbehälter BIO

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Wir haben in der letzten Sitzung beschlossen privatrechtliche Entgelt für Restmüll und Papier für Betriebe. In den letzten Monaten hat sich seitdem ergeben, dass einige Firmen angefragt haben, ob wir bei der Gelegenheit nicht auch die Bioabfälle entsorgen können. Wir haben dafür noch keine Gebühren festgelegt.

Festlegung von privatrechtlichen Entgelten für Müllbehälter in Bezug auf Gewerbebetriebe in Ergänzung zum Gemeinderatsbeschluss vom 21.05.2019 betreffend Festsetzung eines Entgeltes zur Entsorgung von Restmüll, Papier und Kartonagen ist auch für die Entsorgung des Biomülls von Gewerbebetriebe ein Entgelt festzusetzen.

Der anfallende Müll wird von der Gemeinde über Ansuchen des Betriebes in den bereitgestellten Mülltonnen entsorgt.

Für Biomüll wird vorgeschlagen, folgende Entgelte je Tonne und Jahr festzulegen.

Tonne	Art	Abfahren	Jahresgeb./Gefäß	Abfahren	Jahresgeb./Gefäß
80	BIO	26	149,76	52	299,52
120	BIO	26	224,64	52	449,28
240	BIO	26	449,28	52	898,56
360	BIO	26	673,92	52	1.347,84
660	BIO	26	1.235,52	52	2.471,04
770	BIO	26	1.441,44	52	2.882,88
1100	BIO	26	2.059,20	52	4.118,40

Die Entgelte sind zuzüglich 10% Umsatzsteuer.

Die Entgelte treten mit dem, auf den Gemeinderatsbeschluss folgenden Monatsersten in Kraft.

Der Gemeinderat wird ersucht, die privatrechtlichen Entgelte wie oben angeführt zu genehmigen.

Antrag:

Für Biomüll werden folgende privatrechtliche Entgelte je Tonne und Jahr, die ich gerade vorgelesen habe, festgelegt.

Die Entgelte sind zuzüglich 10% Umsatzsteuer.

Die Entgelte treten mit dem, auf den Gemeinderatsbeschluss folgenden Monatsersten in Kraft.

Gemeinderat Straka nimmt an der Sitzung wieder teil (21:40 Uhr).

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen: ÖVP 0
 SPÖ 0

	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Gemeinderätin Riedler verlässt die Sitzung (21:40 Uhr).

d.) Ref. IV – Kultur und Veranstaltungswesen

1.) Festspiele Stockerau – Änderung der Zuordnung von Preiskategorien zu den Sitzplätzen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Scheele: Für die Festspielsaison 2020 sollen sich folgende Änderungen bei den Sitzplätzen ergeben.

Die Anzahl der Sitzplätze wird wieder auf 648 Plätze erhöht, eine 18. Reihe kommt dazu.
Die Sitzplätze W und X werden zu Platz 29 und 30 und zur Kategorie € 42,-- (statt € 23,--), weil diese Plätze bei einer Umsiedlung ins Z2000 nicht getrennt werden.
Die Reihen 1 und 2 Mitte werden zur Kategorie € 55,-- (statt € 50,--),
die Reihe 10 Mitte wird zur Kategorie € 55,-- (statt € 50,--),
die Reihe 12 Mitte, wird zur Kategorie € 50,-- (statt € 42,--),
Reihe 12, Platz 5-8 und 21-24 wird zur Kategorie € 50,-- (statt € 42,--),
Reihe 15, Platz 1-30 wird zur Kategorie € 42,-- (statt 35,--),
Reihe 17, Platz 1-30 wird zur Kategorie € 35,-- (statt 23,--) und
die neue Reihe 18 wird zur Kategorie 23,--.
Die Sitzpläne 2019/alt und 2020/neu liegen dem Amtsbericht bei.

Antrag:

Die Änderungen der Zuordnung von Kategorien zu den Sitzplätzen werden, wie oben angeführt angeführt, beschlossen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	9
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

e.) Ref. V - Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration

1.) Kauf von neuen Babypaketen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemeinderätin Mujkanovic: Seit Jahrzehnten bekommen die Eltern von neugeborenen Stockerauerinnen und Stockerauer ein Babypaket überreicht (ca. 80 bis 100 Babypakete im Jahr).

Derzeitig gibt es eine Baumwolltasche, die mit einer Decke, einem Kapuzenbadetuch, einem Jogger, einem Pyjama und einem Lätzchen bestückt ist. Die Baumwolltaschen werden von einer aus Oberösterreich gekauft und die anderen Sachen, die zusätzlich drinnen sind, werden in Eigenregie in Stockerauer Geschäften gekauft.

Nun wurde der Stadtgemeinde Stockerau von der Fa. Marketingservice Thomas Mikscha GmbH ein Angebot vorgelegt.

Es soll jetzt umgestellt werden von Baumwolltaschen auf Rucksäcke.

Inhalt des Rucksackes: Dokumentenmappe NÖ, Fotoalbum, Feuchttücher, div. Infomaterial, Lätzchen, Stoffwindel, Body, Strampler, Kapuzenbadetuch, Söckchen, Desinfektionstücher, Cremetücher, Kinderzahnbürste + Zahncreme, Schnuller, Trinkfläschchen, Babyschutzcreme, Babycreme und Pflegeöl Babywindeln, Shampoo, Nivea-Creme (Probepackungen).
Gerne packt die Firma auf Wunsch auch Gutscheine der Stadtgemeinde mit ein.

Folgendes wird angeboten:

Bei Vereinbarung eines Kontingents mit 300 Stk. Rucksäcken, das entspricht ein 3-Jahres-Kontigent, kostet 1 Stk. Rucksack € 49,-- netto, wobei der Aufdruck "Stockerau" kostenlos ist (statt € 1.800,--). Die Rucksäcke können in Teilmengen mit Teilrechnungen nach Bedarf bei der Firma abgerufen werden. Der Preis ist garantiert, bis alle Rucksäcke ausgeliefert sind (innerhalb von 3 Jahren, Abruf 2-3 mal jährlich). Die Lieferzeit ab Abruf beträgt jeweils 14 Tage.

Der Gemeinderatsausschuss V – Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration hat sich dafür ausgesprochen, dass solche Rucksäcke für unsere neugeborenen Kinder angeschafft werden sollen.

Der Gemeinderat wird ersucht, den Ankauf von 300 Rucksäcken zu einem Preis von € 14.700,- netto zu genehmigen, wobei Teilmengen mit Teilrechnungen innerhalb von 3 Jahren abgerufen werden können.

Die Kosten sind durch die laufende Gebarung im ordentlichen Haushalt gedeckt.

Antrag:

Die Vereinbarung mit der Fa. Marketingservice Thomas Mikscha GmbH, bei der ein Kontingent von 300 Rucksäcken mit dem oben angeführten Inhalt und mit einem kostenlosen Aufdruck "Stockerau" zu einem Preis von € 49,-- netto pro Stück, d.i. € 14.700,-- netto, wobei in Teilmengen mit Teilrechnungen nach Bedarf abgerufen werden kann und der Preis garantiert ist, bis alle Rucksäcke innerhalb von 3 Jahren ausgeliefert sind, wird beschlossen.

Die Kosten sind durch die laufende Gebarung im ordentlichen Haushalt gedeckt.

Gemeinderat Bartosch: Was war der Preis von den alten Taschen?

Gemeinderätin Mujkanovic: Das waren € 37,-- brutto, aber da waren zusätzlich noch gar nicht miteingerechnet die Personalkosten, weil das von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Stockerauer Geschäften angeschafft worden ist. In Korneuburg und in Ernstbrunn gibt es das auch, die haben schon diese Rucksäcke und nicht diese Baumwolltaschen. Wir haben uns das auch im Sozialausschuss angesehen.

Gemeinderätin Weiss: Welche Gutscheine sind da drinnen?

Gemeinderätin Mujkanovic: Das haben wir im Sozialausschuss besprochen, aber ich weiß es jetzt leider wirklich nicht, welche es waren.

Gemeinderätin Handschuh: WISTO-Gutscheine.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Solche werden von uns reingegeben und nicht jetzt denen dort.

Gemeinderätin Weiss: Der Gutschein bleibt aber in der Stadt Stockerau, bleibt der Wirtschaft Stockerau.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	9
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

f.) Ref. VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof

1.) Städtischer Friedhof – Erweiterung der Urnensäulen – Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Pfeiler: Es besteht die Absicht, weitere acht Urnensäulen mit jeweils drei Urnenkammern der gleichen Bauart im rechten Winkel zu den bereits bestehenden Urnen aufzustellen.

Für die erforderlichen Leistungen wurden Herstellungskosten in der Höhe von ca. € 40.000,00 geschätzt. Entsprechend dem Bundesvergabegesetz wurde die Direktvergabe gewählt und ein Preisermittlungsverfahren eingeleitet. Es wurden insgesamt drei Anbieter zur Anbotlegung eingeladen. Bestbieter ist die Fa. Schindler mit € 24.900,00

Für die Komplettierung der Urnenanlage sind noch für jede Urnenkammer ein Ablagebord, ein Kreuz und ein Spezialverschluss vorgesehen. Diese Ausstattung soll wie schon in den bestehenden Anlagen aus Edelstahl gefertigt werden. Darüber liegt ein Angebot der Firma Ruzicka vom 19. Juni 2019 in der Höhe von € 6.300,00 zzgl. USt. vor. Das Angebot wurde auf seine Preisangemessenheit überprüft und entspricht dem aktuellen Marktniveau.

Unter Zugrundelegung der vorliegenden Angebote sollen die erforderlichen Leistungen an folgende Firmen vergeben werden.

Steinmetz

Firma	Netto
Schindler GmbH	
Lindenweg 37, 2000 Zissersdorf	
mit einer Auftragssumme von	€ 24.900,00

Schlosser

Firma	
Ruzicka	
Tullnerstraße 80-82, 2000 Unterzögersdorf	
mit einer Auftragssumme von	€ 6.300,00

Die Steinmetzarbeiten werden 2019 umgesetzt und die Bedeckung für diese Leistungen ist durch Zuweisung aus dem ordentlichen Haushalt gegeben.

Die Schlosserarbeiten erfolgen erst 2020 und sind demnach auch erst im kommenden Jahr budgetwirksam und werden diese Leistungen ebenfalls durch Zuweisung aus dem ordentlichen Haushalt 2020 gedeckt.

Antrag:

Die Durchführung der erforderlichen Leistungen wird beauftragt.

Mit den Steinmetzarbeiten die Fa. Schindler GmbH mit € 24.900,00 netto.

Mit den Schlosserarbeiten die Fa. Ruzicka mit € 6.300,00 netto.

Stadtrat Pohl: Da ist im Nachhinein noch eine Frage aufgetaucht. Wir erweitern fast jährlich das Urnenfeld. Wieviel Platz haben wir da noch?

Stadtrat Pfeiler: Da entstehen jetzt in Summe 24 Urnenkammern und nach Auskunft des Betriebsleiters Herrn Schönbauer wird man dann 1, 1½ bis max. 2 Jahre auskommen. Es dann natürlich erforderlich, dass man dann entsprechende Urnenfelder errichtet.

Stadtrat Pohl: Wenn man mittel-, langfristig plant, vielleicht günstiger, wenn man mehr plant. Das sollte man berücksichtigen.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	9
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Gemeinderätin Riedler nimmt an der Sitzung wieder teil (21:53 Uhr).

g.) Ref. VIII – Verkehr, Infrastruktur und Straßen

Stadtrat Hödl: Vorab nur, es hat nicht deswegen keinen Ausschuss meines Referats gegeben, weil es nichts zu besprechen gegeben hätte, aber Herr Ing. Schwarzer war jetzt mehrere Wochen nicht im Dienst und das Verkehrsknowhow, auch wenn Herr Ing. Stadler ein ausgezeichnetes Backup ist, wenn ich das so sagen darf. Aber um die aktuellen Themen abzuhandeln, ist ganz einfach wichtig, dass Herr Ing. Schwarzer dabei ist, der die Historien dazu sagen kann und auch für die Umsetzung dann entsprechend zur Verfügung steht. Es wird Mitte Oktober einen Ausschuss geben, einerseits zu Verkehrsangelegenheiten, die sich insbesondere auch mit dem Schulbeginn ergeben haben. Klaus Polacek hat sich um den SchulGehBus gekümmert, der von Robert Hermann vom Elternverein Wondrak angestoßen worden ist. Da gibt es noch diverse Ideen zu Schulwegsicherheit Danke an Radha, die sich da eingebracht hat. Das wird kommen. Es sind ganz viele Themen auch aus diesem 28-Punkte-Maßnahmenpaket, die mein Referat betreffen, die auch dort abzuhandeln sind. D.h. das ist jetzt, glaube ich, nicht alles Umweltthema, aber ich glaube, da können wir uns dann zusammensetzen, dass wir da schauen, welche Fragen in welchen Ausschüssen zu behandeln sind.

Soweit die Einleitung.

**1.) Kreisverkehr B3 Grafendorferstraße – Übereinkommen Land NÖ –
Ansuchen Landesrat Schleritzko**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Hödl: Im Kreuzungsbereich B3 Ed. Rösch-Straße, L26 Stögergasse und der Gemeindestraße Grafendorferstraße wird 2020 anstatt der vorhandenen Ampelanlage ein Kreisverkehr errichtet.

Diesbezüglich fand am 10. Juli 2019 eine weitere Besprechung zwischen der NÖ Landesregierung und der Stadtgemeinde Stockerau statt, um die Kostenteilung im Detail zu erläutern und diese in einem Übereinkommen zu verankern.

Von Seiten der Abteilung ST4, Landesstraßenbau und Landesstraßenverwaltung, wurde das Übereinkommen wie folgt ausgearbeitet (wichtigsten Punkten):

- §12 Verfahren gemäß NÖ Straßengesetz 1999 wird durch das Land NÖ bei der BH Korneuburg beantragt
- Grundablösen werden durch die Gemeinde und auf deren Kosten durchgeführt
- Versorgungsleitungen werden auf Basis der vorliegenden Sondernutzungsverträge auf Kosten der Einbauträger verlegt
- Errichtungskosten des Kreisverkehrs betragen brutto € 200.000,--
- Anteil Land NÖ, Gemeinde beträgt jeweils 50%, wobei der Gemeindeanteil als Pauschalbetrag in der Höhe von € 100.000,-- inkl. Ust im März 2020 zur Zahlung fällig wird
- Errichtung und Bauleitung erfolgt durch die Straßenbauabteilung I Hollabrunn

Die Kosten der Nebenanlagen sind im Gemeindebeitrag für die Errichtung der Kreisverkehrsanlage nicht enthalten.

Für die Nebenanlagen im unmittelbaren Bereich der Kreisverkehrsanlage und der Erweiterung des Projektes im Norden, einschließlich der Umgestaltung des Kreuzungsplateaus mit der Brodschildstraße sowie der Umgestaltung der Nebenfahrbahn der B3 Ed. Rösch-Straße bis zur J. Schidla-Gasse wird an den Herrn Landesrat Schleritzko ein separates Ansuchen gestellt (siehe beiliegenden Aktenvermerk).

Für sämtliche Nebenanlagen wurde seitens der NÖ Straßenbauabteilung I Hollabrunn und der Straßenmeisterei Sierndorf eine Kalkulation in der Höhe von ca. € 200.000,-- erstellt.

Für die Errichtung der neuen Kreisverkehrsanlage sind seitens der Stadtgemeinde Stockerau folgende Kosten zu tragen bzw. im Budgetplan für 2020 vorzusehen:

• Kostenanteil Kreisverkehr (Übereinkommen)	€ 100.000,--
• Kostenanteil Nebenanlagen (Ansuchen an LH)	€ <u>200.000,--</u>
Gesamtkostenanteil Gemeinde	€ 300.000,--

Antrag:

1. Übereinkommen

für die Errichtung des Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich B3 Ed. Rösch-Straße, L26 Stöbergasse und der Grafendorferstraße wird zwischen dem Land Niederösterreich und der Stadtgemeinde Stockerau ein **Übereinkommen** für die Errichtungskosten in der Höhe von € 200.000,-- inkl. Ust. abgeschlossen.

Der Gemeindeanteil wird mit einer Pauschalsumme von € 100.000,-- inkl. Ust vertraglich festgehalten, welcher im Budget 2020 vorzusehen ist.

2. Ansuchen an den Landesrat

Für die Umgestaltung der Nebenanlagen im Bereich des Kreisverkehrs, der Umgestaltung der L26 Stöbergasse inklusive der Kreuzung mit der Brodschildstraße und der Neugestaltung der Nebenfahrbahn der B3 Ed. Rösch-Straße bis J. Schidla-Gasse, wird ein Ansuchen an den Landesrat gestellt.

Das Ansuchen an den Landesrat umfasst die Genehmigung, dass die Arbeiten und die Bauaufsicht durch die NÖ Straßenbauabteilung I Hollabrunn unter Mithilfe der Straßenmeisterei Sierndorf ausgeführt werden dürfen.

Die Kosten für die Straßenbauarbeiten inklusive Materialien und Sonstiges in der Höhe von € 200.000,-- inklusive Ust. werden durch die Stadtgemeinde Stockerau getragen und im Budget für 2020 berücksichtigt.

Gemeinderat Schuller verlässt die Sitzung (21:56 Uhr).

Vizebürgermeister Holzer: Eine Frage. Der Kreisverkehr kommt ja so, wie er seit 2017 in Planung ist. In den Planungsständen hat sich da nichts geändert?

Stadtrat Hödl: Es ist erst die Detailvermessung beauftragt worden und durchgeführt worden.

Vizebürgermeister Holzer: So wie er geplant wurde?

Stadtrat Hödl: Ja.

Vizebürgermeister Holzer: Und der zweite Teil - ich glaube, da sollten wir schon im Ausschuss darüber reden, wie das beim Steiner aussehen soll. Das kennen wir noch nicht.

Stadtrat Hödl: Da gibt es die Detailplanung auch nicht. Da hat es einmal den Vorschlag von Ing. Schwarzer gegeben. Da geht es darum, dass wir die Kapazitäten der Straßenbauabteilung uns

sichern müssen. D.h. da geht es jetzt nicht um das konkrete Projekt in irgendeiner konkreten Ausführung, sondern es geht nur darum, zu schreiben „Liebes Land Niederösterreich, ihr baut wesentlich günstiger als wir, stellt die Kapazitäten für das nächste Jahr zur Verfügung, dass wir das auch durchführen können.“ Also, da geht es nicht um das konkrete Projekt, das wird selbstverständlich vorgestellt.

Stadtrat Pfeiler: Mein Wunsch wäre, dass wir die Planung im Ausschuss besprechen. Wichtig ist, dass wir die entsprechende Bürgerbeteiligung durchführen gemäß dem Straßengesetz. Der Bereich ist ein sehr zentraler Bereich mit hoher Frequenz von allen Verkehrsteilnehmern unterschiedlicher Verkehrsarten. Wir sollten in dem Bereich nicht wieder solche Fehler, wie es bei der Wolfikstraße/Schaumannpark passiert ist. Da wirklich auf die Planung gemeinsam hinzuschauen und zu schauen und mitzubetrachten den Abschnitt bis zur Heid-Straße, dass wir dort zu einer Allee kommen, die dringend notwendig ist und wo sich alle einig sind. Da wäre der Wunsch, uns frühzeitig im Ausschuss abzustimmen.

Stadtrat Hödl: Ich bin ganz bei dir. Da geht es auch um die Vorbehalte, ob der Planer wirklich radfreundlich genug arbeitet. Ich fahre jeden Tag am Weg zum Bahnhof über den Kreisverkehr bei der Hornerstraße und das ist mehr Abenteuer und lebensgefährlich, weil die Leute im Kreisverkehr nicht schauen, ob nicht von außen ein paar Radfahrer daherkommen, und auch stadtauswärts beim Einfahren bei der Schaumannngasse vorbei, beim Schaumannpark. Also, ja, das darf nicht mehr passieren. Ich weiß aber nicht, was er für Vorgaben gehabt hat. Aber das wird sicher so ausgestaltet werden, dass das den Erfordernissen eines modernen Rad- und Fußverkehrs entspricht.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	9
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Gemeinderat Schuller nimmt an der Sitzung wieder teil (22:00 Uhr).

Gemeinderätin Trabauer verlässt die Sitzung (22:00 Uhr).

2.) J. Jessernigg-Straße, Industriestraße – Übereinkommen Land NÖ – Übernahme in das Landesstraßennetz

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Hödl: Auch dieser Antrag ist im Gemeinderat mit einem Grundsatzbeschluss behandelt worden.

Die beiden Gemeindestraßen Josef Jessernigg-Straße, im Abschnitt L1127 Wiesenerstraße bis Industriestraße sowie die Industriestraße, im Abschnitt B3 Wienerstraße bis Josef Jessernigg-Straße sollen im Jahre 2020 in das Landesstraßennetz aufgenommen werden.

Für diese Übernahme wird ein Übereinkommen zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Stockerau abgeschlossen.

Das Übereinkommen umfasst im Wesentlichen folgende Punkte:

- Vor Übergabe der Gemeindestraßen werden diese nach den Angaben der NÖ Landesregierung saniert.
- Die geschätzten Sanierungskosten belaufen sich auf ca. € 210.000,-- inkl. Ust. und sind zur Gänze von der Stadtgemeinde Stockerau zu tragen.
- Die Ausschreibung, Angebotsprüfung und den Vergabevorschlag übernimmt die NÖ Landesregierung.
- Im Gegenzug übernimmt die Gemeinde die L1127 von km 0,000 bis km 0,098, also von der B3 Wienerstraße bis J. Jessernigg-Straße im derzeitigen Zustand als Gemeindestraße.
- Die Teilbereiche der J. Jessernigg-Straße und Industriestraße mit einer Gesamtlänge von 658 m werden künftig die Bezeichnung L1127 erhalten.
- Der Abtausch ist im Flächenwidmungsplan zu berücksichtigen.

Antrag:

Zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Stockerau wird zur Übernahme von Teilbereichen der Gemeindestraßen Josef Jessernigg-Straße und Industriestraße ins Landesstraßennetz für das kommende Jahr 2020 ein Übereinkommen unterfertigt.

Die beiden Gemeindestraßen (Teilbereiche) werden zukünftig als L1127 geführt.

Als bindende Vertragsgrundlage verpflichtet sich die Stadtgemeinde Stockerau die Teilbereiche der beiden Gemeindestraßen nach den Angaben der NÖ Landesregierung zu sanieren.
Die Ausschreibung, Angebotsprüfung und der Vergabevorschlag wird, als Unterstützung der Gemeinde, durch die NÖ Landesregierung durchgeführt.
Die geschätzten Sanierungskosten in der Höhe von ca. € 210.000,-- sind zur Gänze durch die Stadtgemeinde Stockerau zu tragen und im Budget 2020 vorzusehen.
Der Abschnitt der L1127 Wiesenerstraße von km 0,000 bis km 0,098 wird im Gegenzug in das Gemeindestraßennetz übernommen(vom neuen Kreisverkehr auf der B3 Wienerstraße bis J. Jessernigg-Straße).

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

Gemeinderätin Trabauer nimmt an der Sitzung wieder teil (22:05).

3.) Grundsatzbeschluss – Gestaltung Kreisverkehr Pragerstraße / Hornerstraße

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Hödl: Für die Gestaltung des neuen Kreisverkehrs bei der Kreuzung Pragerstraße und Hornerstraße liegt ein Entwurf und eine Kostenschätzung von Architekt Mag. Fürtner vor.

Geplant sind zwei voneinander abgesetzte Ringe aus unterschiedliche Metallen die über dem Boden schweben und circa 50 cm hoch sind. Mittels LED-Bändern soll die Konstruktion in der Nacht beleuchtet sein.

Aus dem vorderen Ring soll „Willkommen in Stockerau“ und „Was einer nicht vermag, vermögen viele“ sowie das Raiffeisen Logo herausgelasert werden. Im Inneren ist die Pflanzung von drei Schirmpinien unterschiedlicher Größe vorgesehen, um die Verkehrssicherheit nicht zu beeinträchtigen. Die Schüttung der Fläche soll mit Ziegelsplitt erfolgen, damit Wasser gespeichert wird.

Die Grobkosten wurden mit € 30.000,-- + USt ermittelt. Genaue Preise müssen noch mit diversen Anbietern verhandelt werden. Die Raiffeisenbank Stockerau würde das Projekt mit € 15.000,-- inkl. USt unterstützen. Anlass ist das 200jährige Bestandsjubiläum von Raiffeisen in Österreich.

Die Bedeckung und Finanzierung wird im Nachtragsvoranschlag bis zur Novembersitzung geregelt und bis dahin auch Angebote eingeholt und ein endgültiger Preis ausverhandelt.

Antrag:

Die Umsetzung des Gestaltungsvorschlags von Architekt Mag. Fürtner mit einem Kostenrahmen von rund € 36.000,-- inkl. Umsatzsteuer, wovon € 15.000,-- von der Raiffeisenbank getragen werden wird, grundsätzlich bewilligt.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich glaube, wir kennen den Kreisverkehr alle, weil die Straße und der Kreisverkehr ist ja schon eine Zeit offen. Es ist sehr großflächig dort und bietet auch Platz im Vergleich zu anderen Kreisverkehren. So sehr ich Werner Fürtner und seine Arbeit schätze, wollen wir uns dagegen aussprechen. Es handelt sich um Enthaltungen. Es soll in der Nacht beleuchtet werden und vor allem geht es um ein Raiffeisen-Logo, das wir dorthin setzten wollen. Also, die Raiffeisenbank zahlt nicht einmal die Hälfte. Wir würden vorschlagen, das begrünt zu lassen, einfach pflegearme Grünfläche.

Bürgermeisterin Völkl: Die Raiffeisenbank Stockerau ist auf uns zugekommen. Sie haben das Jubiläum und durch diese Verbundenheit mit der Stadt, wollen sie etwas Sichtbares machen. Sie unterstützen viele Projekte, viele Vereine in der Stadt. Das Zitat vom Raiffeisengründer ist an und für sich ok.

Das ist das eine und dann hat Werner Fürtner, der hat sich da eingebracht, dass man Sicht hat, drei Schirmpinien, Bäume kommen hinein und es soll auch pflegeintensiv sein. Es wird nicht mit Ziegelsplitt ausgelegt, sondern mit Lava. Es ist auch diskutiert worden, dass man keine Steine nimmt, die heiß werden, sondern etwas, was die Feuchtigkeit hält. Das gibt es im Burgenland und in der Steiermark. Das hat der Bauhof jetzt geordert, dass man schaut, weil man braucht natürlich Bäume, die es dort aushalten. Schirmpinien sind vom Starkl angeboten worden. Es ist ein sehr schönes Projekt. Die Beleuchtung lädt sich durch die Sonne auf und leuchtet in der Nacht.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich finde es ansprechend bis auf dieses Raiffeisenlogo.

Bürgermeisterin Völkl: Das ist ein Zitat von einem Mann, der diese Genossenschaft gegründet hat. Das Genossenschaftsprinzip sollte eigentlich überall unter den Menschen sein.

Stadtrat Dummer: Wir haben ein bisschen weiter draußen auch einen Brunnen von Vogelpumpen stehen, da steht auch die Firma drauf. Anders ist eben da, wie damals 100 Jahre Vogelpumpen, ist jetzt 200 Jahre Raiffeisen. Es ist dezent dieses Logo vorgesehen beim Zitat von Herrn Wilhelm Raiffeisen, der das gegründet hat vor 200 Jahren. Es ist da jetzt keine Werbung in dem Sinn, nicht in Raiffeisengelb oder sonst was, sondern es ist einfach herausgelasert, damit das erkennbar ist. Wesentlich ist, dass man Bäume nehmen muss, die geeignet sind. Es sind drei Schirmpinien vorgesehen, die Flachwurzler sind, die eben mit den Gegebenheiten dort zurechtkommen, die eben auch durch dieses wasserspeichende Material, das dort geschüttet wird, entsprechend versorgt sind. Dass es auch pflegearm ist, dass der Bauhof nicht zusätzlich gefordert ist, wieder eine Grünfläche instand zu halten. Herr Fürtner hat sich wirklich sehr viele gute Gedanken gemacht. Raiffeisen gefällt das und die unterstützen das deswegen.

Gemeinderat Pollak: Ich finde es grundsätzlich sehr positiv, dass, so wie in andere Städten, die Wirtschaft eingeladen wird, bei der Gestaltung der Kreisverkehre mitzuwirken und mitzufinanzieren. Ich würde mich freuen, wenn andere Betriebe das ähnlich sehen.

Bürgermeisterin Völkl: Ich sehe es auch nicht als Firmenwerbung, so wie es da ein bisschen im Raum hängt. Die Raiffeisenkassa wollte mit dem Jubiläum etwas beitragen in dieser Stadt. Ein Kreisverkehr ist immer teurer und die möchten etwas dafür bezahlen. Ich muss sagen, mir gefällt der Entwurf sehr gut und es ist ein sehr schönes Projekt.

Gemeinderat Polacek: Prinzipiell ist die Kreisverkehrsgestaltung eine gute Sache. Vielleicht kann man dieses Bild auch ausschicke, dass man sich etwas vorstellen kann. 200 Jahre sind schon was für eine Firma. Zum Vergleich mit Tulln, wo jeder Kreisverkehr künstlerisch gestaltet ist. Da gibt einen Kreisverkehr mit Feuerwehrspritzen, bei einem ist ein Flieger drauf. Ich bin auch dafür dass man das irgendwie gestaltet, so wie Gerhard Dummer gesagt hat, wie bei den Vogelpumpen. Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen und die Firmen ersuchen, das komplett zu übernehmen, dass wir überhaupt keine Kosten haben. Wir geben sowieso schon so viel Geld aus, lassen wir uns das spensern.

Gemeinderätin Riedler: Kann man das Bild kurz herzeigen?

Stadtrat Dummer: Es hätte eine Broschüre beim Amtsbericht dabei liegen sollen. Ich habe sie jetzt nicht mit.

Bürgermeisterin Völkl: Es ist aber bei den Unterlagen zur Einsicht dabei gewesen.

Vizebürgermeister Holzer: Von unserer Seite wird es Zustimmung geben. Es ist eine ganz gute Idee. Ich glaube, wir werden in den nächsten Jahren so viele Jubiläen haben, wir werden mit den

Kreisverkehren nicht nachkommen. In Zukunft besprechen wir es im Ausschuss, dann haben alle dann auch das Bild gesehen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ja, das war eine gute Erfindung damals vor 200 Jahren, das stimmt schon, aber die Raika ist einfach eine Bank und es ist eine Werbung, auch wenn wir das nicht wahrhaben wollen. Nadelbäume will man nicht, aber man könnte auch Blattbäume nehmen.

Ich möchte einen **Zusatzantrag** stellen. Anstelle der geplanten Gestaltung des Kreisverkehrs Pragerstraße/Hornerstraße beantragen wir eine pflegeleichte Grünfläche mit einem großflächigen Baum im Sinne des Klimaschutzes.

Bürgermeisterin Völkl: Ich will jetzt nur was zum Laubbaum sagen. Das haben wir lange diskutiert, weil es gibt sehr schöne Laubbäume. Die sind für einen Kreisverkehr nicht wirklich geeignet, weil die haben viel Laub, das muss man pflegen und das wird rutschert.

Stadtrat Dummer: Und vor allem sind das Tiefwurzler und dort ist eben nur eine beschränkte Tiefe vorhanden.

Bürgermeisterin Völkl: Das haben wir alles diskutiert.

Stadtrat Dummer: D.h., die würden dort nicht bestehen, weil sie nicht tief genug runter kommen.

Vizebürgermeister Falb: Werbung darf sein.

Bürgermeisterin Völkl: Wenn uns die Firma Starkl bei den Preisen für die Bäume entgegenkommt, werden wir natürlich dort auch dankenderweise eine Tafel hinstellen. Das möchte ich auch gesagt haben.

Vizebürgermeister Falb: Das ist der "grüne Riese" – Raiffeisen – hat man gesagt früher.

Gemeinderätin Weiss: Was stößt euch daran, wenn der Kreisverkehr schön gestaltet ist und nicht pflegeintensiv für die Gemeinde ist. Was stößt dich daran?

Stadtrat Dummer: Verschiedene Meinungen dürfen sein.

Gemeinderat Straka: Man sieht in dem Park daneben, dass es sehr wohl möglich ist, dort auch Laubbäume zu setzen, die groß werden, die recht schön sind, die auch einen Bodenansatz von Verzweigung haben, wo man gut durchsehen kann. Was wir noch nicht wollen, ist die Beleuchtung, die zusätzlich zur Lichtverschmutzung beiträgt. Und was wir nicht wollen, ist eben diese offene Oberfläche, die soll begrünt sein, weil sie eben ein ganz anderes Mikroklima erzeugt als dieses Schüttmaterial.

Bürgermeisterin Völkl: Wir kommen mit unseren vielen Rabatten überhaupt nicht nach mit der Pflege und das ist für den Verkehr auch nicht gut, wenn das Unkraut einen Meter am Gehsteig und

der andere Meter auf die Straße hängt. Das haben wir leider diesen Sommer sehr gehabt, die sind nicht nachgekommen. Wir haben uns dazu entschlossen, auch mit Stadtrat Karl Kronberger, dass wir hier sehr extensiv in der Bewirtschaftung unserer Rabatte umgehen. Bei diesem Kreisverkehr sind es Solarleuchten, die halt ein wenig Licht in der Nacht geben. Das Gestein kommt aus der Steiermark oder aus dem Burgenland. Wenn man mit wenig Pflege auskommen will, muss man Bäume nehmen, die das aushalten. Blätter mache zu viel Wirtschaft. Mir gefällt er so gut, ich bin ganz verliebt in den Kreisverkehr.

Gemeinderat Straka: Die Nadeln fallen von der Föhre genauso ab wie das Laub von den Laubbäumen. Es fallen auch jedes Jahr Nadeln herunter. Hat man heute gut gesehen bei dem Wind, was da alles runter kommt. Eine Frage habe ich noch, welche Farbe hat dieses Gestein?

Bürgermeisterin Völkl: Es ist irgendwie braunrot.

Stadtrat Hödl: Ich glaube, Basalt soll es sein.

Gemeinderat Straka: Je dunkler desto heißer wird es werden.

Stadtrat Hödl: Basalt ist nicht so dunkel.

Bürgermeisterin Völkl: Es ist der Gedanke, dass es ein Versuch. Wir haben so viele Rabatte, wo Steine drinnen sind, was nicht günstig ist, weil sie kein Wasser halten sondern nur die Hitze.

Gemeinderat Straka: Zum Wasserhalten. Bei den Rabatte, wo Schotter drinnen ist, ist darunter eine Folie, wo das Wasser durch kann. Also das Wasser sickert so wieso in den Boden hinein bis zum Grundwasser. Das muss nicht in der obersten Schicht gespeichert werden.

Bürgermeisterin Völkl: Aber es wird sehr heiß. Es ist eine Empfehlung des Landes Niederösterreich und wir sind auf der Suche nach Alternativen und jetzt haben gesagt, das ist eine Idee, die wir jetzt ausprobieren.

Stadtrat Hödl: Das Wasser soll nicht durchrinnen, es soll vom Gestein aufgenommen werden, wieder abgegeben werden und durch die Verdunstung sich eben nicht aufheizen. Das ist die Idee dahinter, die uns gesagt worden ist.

Gemeinderat Straka: Gerade die weißen Steine, wenn man die angreift, werden überhaupt nicht heiß.

Gemeinderätin Kamath-Petters: **Antrag**: Anstelle der geplanten Gestaltung des Kreisverkehrs Pragerstraße/Hornerstraße beantragen wir ein pflegeleichte Grünfläche mit einem großflächigen Baum im Sinne des Klimaschutzes.

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	2
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

Abstimmung über TOP VI./g./3.)

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	5
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	2

h.) Ref. IX – Verwaltung und Digitalisierung

1.) Rathaus - Verlegung der EDV-Abteilung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeister Falb: Die derzeitigen Räumlichkeiten der EDV-Abteilung im ersten Obergeschoss des Rathauses reichen für vier Mitarbeiter bei weitem nicht aus.

Das Umweltamt stellte im Oktober 2018 seinen Betrieb ein und diese Räumlichkeiten sind frei. Es besteht daher die Absicht die EDV-Abteilung in die ehemaligen Räume des Umweltamtes (Erdgeschoss im Bereich Eingang Donaustraße) zu verlegen. Dafür ist es erforderlich den Innenputz in einer Höhe von ca. 1,5 m über dem Fußboden abzuschlagen und mit Sanierputz zu erneuern. Von der technischen Seite her sind ein EDV-Netzwerkschrank, ein Verteiler und LWL-Leitungen nachzurüsten. Die Elektroinstallation ist den neuesten Anforderungen anzupassen. Die bestehende Einrichtung soll in Stand gesetzt werden und abschließend sollen die Wand -und Deckenflächen neu ausgemalt werden.

Sämtliche erforderliche Leistungen können von den gemeindeeigenen Betrieben ausgeführt werden und sind keine Fremdleistungen erforderlich. Das Material für die Putzsanierung und die Erweiterung der Netzwerkkomponenten und der Elektroinstallation müssen zugekauft werden.

An Materialkosten werden ca. € 15.000,00 erforderlich sein und setzen sich diese wie folgt zusammen:

Putzsanierung	€ 5.000,00
Netzwerkkomponenten	€ 4.900,00
Elektromaterial	€ 2.100,00
Reserve (für Unvorhergesehenes)	€ 3.000,00

Für die Sanierungsarbeiten ist mit einer Bauzeit von ca. sechs Wochen zu rechnen. Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme am neuen Standort ist somit Ende November 2019 zu rechnen.

Antrag:

Die EDV-Abteilung wird vom derzeitigen Standort im ersten Obergeschoss des Rathauses in die Räumlichkeiten des ehemaligen Umweltamtes im Erdgeschoss verlegt.

Die Durchführung der erforderlichen Leistungen wird von den gemeindeeigenen Betrieben ausgeführt. Die dafür erforderlichen Materialkosten belaufen sich auf € 15.000,00. Die Bedeckung ist durch Zuweisung aus dem ordentlichen Haushalt gegeben.

Gemeinderat Kubat: Soweit ich weiß, ist es dort ein bisschen feucht und deswegen muss der Putz abgeschlagen werden und wenn man den Sanierungsputz daraufgibt, bleibt es ja weiterhin feucht.

Bürgermeisterin Völkl: Nein, da kommt eine spezieller Putz hinauf. Dort war einmal ein Ersatzlager und unsere Herren haben sich das schon angesehen.

Gemeinderat Kubat: Man muss es nicht trockenlegen?

Bürgermeisterin Völkl: Nein, das habe ich auch gefragt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen: ÖVP 0
 SPÖ 0
 GRÜNE 0
 FPÖ 0

Stimmhaltung: ÖVP 0
 SPÖ 0
 GRÜNE 0
 FPÖ 0

Prostimmen: ÖVP 18
 SPÖ 10
 GRÜNE 5
 FPÖ 2

2.) Änderung der Richtlinien für den Einsatz von AsylwerberInnen zu gemeinnütziger Tätigkeit für die Stadt Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeister Falb: Mit Beschluss des Stadtrates vom 9. November 2016 wurden Rahmenbedingungen bzw. Richtlinien für den Einsatz von AsylwerberInnen zu gemeinnützigen Tätigkeiten für die Stadt Stockerau beschlossen.

Diese sollen nun angepasst und im Abschnitt „Personenkreis“ nach dem ersten Satz folgender Text eingefügt werden:

Ist bei AsylwerberInnen ein Verfahren gem. § 28 AsylG 2005 zugelassen worden, können diese mit ihrem Einverständnis auch dann zu gemeinnützigen Tätigkeiten für die Stadt Stockerau herangezogen werden, wenn sie von Dritten betreut werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen: ÖVP 0

	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	2

3.) Organigramm

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeister Falb: Wir haben sowohl im Personalausschuss als auch im Stadtrat darüber diskutiert. Ich habe auch Einzelgespräche mit den Fraktionen geführt. Das Organigramm ist in den Unterlagen für den Gemeinderat zur Einsichtnahme vorgelegen.

Es war ein langgehegter Wunsch, dass das Organigramm im Gemeinderat beraten und beschlossen werden soll. Über das vorliegende Organigramm soll ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, das dann von der Stadtverwaltung umzusetzen wäre. Wir werden das Organigramm auch auf der Homepage der Gemeinde veröffentlichen.

Antrag:

Über das vorliegende Organigramm soll ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, das dann von der Stadtverwaltung umzusetzen ist.

Gemeinderat Kubat verlässt die Sitzung (22:25 Uhr).

Stadtrat Pfeiler: Danke für den Entwurf des Organigramms. Ist uns auch in den letzten Jahren ein Anliegen gewesen, dass die Aufgaben der Stadtgemeinde aufgezeigt sind. Von dem her unterstützen wir die Initiative. Wir würden gerne die Leitung diese neu eingerichteten Bereichsebene von einem Personal geführt wird mit einem der unterliegenden Abteilung. Ich denke, es sind mit der Neueinrichtung dieser Zwischenebene mit der Bereichsleiterenebene sind zusätzliche erhebliche Personalposten verbunden. Da ist, wie heute bei der Gebarungseinschau gesehen haben, der Spielraum

sehr gering. Es gibt ja auch Städte, in denen die Bereichsleitung mit einem darunter liegenden Abteilungsleiter besetzt ist.

Vizebürgermeister Falb: Das kann man so legen, muss aber nicht sein. Es sind diesbezüglich auch keine Entscheidungen oder Vorentscheidungen getroffen. Ich persönlich bin nicht davon überzeugt, ob man sich bindet, dass man das so machen muss. Aber es spricht nichts dagegen, dass man das im Einzelfall dann auch so machen kann, wenn man die jeweiligen Funktionen passend besetzt.

Bürgermeisterin Völkl: Flexibler sind wir sicher in der Entscheidung, wenn man es offen lässt, aber falls es Sinn macht von der Arbeit oder dass das zusammengefasst wird, dann spricht da überhaupt nichts dagegen.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	2 (Pfeiler, Klinger)
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	10
	GRÜNE	2 (Straka, Kamath-Petters)
	FPÖ	2

Gemeinderat Kubat nimmt an der Sitzung wieder teil (22:30 Uhr).

Dringlichkeitsantrag:

Eschensterben in der Stockerauer Au
Beauftragung eines gerichtlich beeideten Sachverständigen
zur Klärung von Fragen hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise

Bürgermeisterin Völkl: Für die Entscheidungsgrundlage, also der Gefährdungsgrad des Eschensterbens und welcher Handlungsbedarf der Stadtgemeinde daraus abgeleitet wird. Dann natürlich,

das alle im Naturschutzgebietsverordnungen und waldschonende Pflegeaspekte eingehalten werden.

Stadtrat Pfeiler: Wir haben heute eh schon sehr intensiv über das Eschensterben gesprochen. Wir haben in den letzten Wochen auch entsprechende Angebote eingeholt. Wir wurden jetzt darüber informiert, dass ein weiteres Angebot eingeholt wurde. Ich habe es jetzt nicht vorliegen. Ich würde mir wünschen, dass wir das zusätzliche Angebot morgen im Umweltausschuss besprechen. Wir haben die anderen Angebote auch alle im Umweltausschuss besprochen. Aufgrund der Auftragssumme ist ja dann in weiteren von der Meinungsbildung auch eine Beschlussfassung im Stadtrat möglich und vor dem Hintergrund sage ich einmal grundsätzlich, danke für das Angebot. Ich würde mich freuen, wenn wir das entsprechend besprechen können und heute nicht zur Beschlussfassung bringen. Es ist auch so, dass wir die konkrete Leistung, die angeboten wird, nicht einschätzen können.

Bürgermeisterin Völkl: Die Frage, die an Herrn Barbl von meiner Seite gestellt worden ist, richtet sich nicht wie die Angebote, die wir im Umweltausschuss besprochen haben. Das soll jetzt wirklich eine Entscheidungsgrundlage sein, wie man weiter tun soll. Wir haben da die Selbstwerber, die schon bald anfangen wollen und die kalte Jahreszeit kommt und wenn der Boden hart ist, dass wir halt wirklich hier schon die ersten Maßnahmen treffen können. Der ist wirklich ein Experte für den Wald, er geht auch sehr pfleglich und sorgsam hier um und für mich ist es eine Frage im Vorfeld die geklärt wird, die die Fragestellungen beinhaltet.

Vizebürgermeister Holzer: Der Dringlichkeit haben wir zugestimmt. Es ist nicht viel Zeit - der Umweltausschuss wäre schon morgen. Also so viel Zeit, glaube ich, wenn wir € 3.704,- ausgeben wollen. Im Vorfeld haben wir gesprochen. Deine Angebote, die du gehabt hast, wurden in Frage gestellt, ob die das können. Auf der anderen Seite haben wir gesagt um € 10.000,- oder € 11.000,-, € 8.000,- haben wir schon, da bleibt für einen Baum nicht viel über. Jetzt geben wir € 3.700,- aus, da bleibt noch weniger über für einen Einzelbaum oder tut der nicht jeden einzelnen Baum beurteilen. Das könnte man morgen sicher im Umweltausschuss besprechen.

Vizebürgermeister Falb: Dieses Angebot steht überhaupt nicht im Zusammenhang mit den drei anderen. Die drei anderen, wenn man sich dazu entscheidet, diese visuelle Einzelkontrolle der Bäume zu machen, dann kommen wir entsprechend auch zur Haftung. Möglicherweise ist das die eine Geschichte. Das sind schon die Umsetzungsmaßnahmen. Aber hier wollen wir eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage gewinnen, wie überhaupt dem Grunde nach weiter vorgegangen werden soll.

Bürgermeisterin Völkl: Er macht die Grundlagen, er sichtet naturschutzforstrechtliche Rahmenbedingungen und klärt alles mit den Behörden Naturschutz. Das ist eine forstfachliche Beurteilung und eine visuelle Ansprache der Eschen entlang der Hauptwege unter zu Hilfenahme des Naturschlüssels zur Einstufung der Vitalität von allen Eschen und Ableitung des Gefährdungsgrades. Er gibt eine Empfehlung für den Handlungsbedarf ab

Stadtrat Dummer: Ob eine Einzelbaumaufnahme sinnvoll ist oder nicht?

Bürgermeisterin Völkl: Wenn wir morgen mit dem Angebot in den Ausschuss gehen, dann müssen wir mit dem Beschluss warten auf den nächsten Stadtrat und da liegen schon noch Wochen dazwischen und so könnte er schon arbeiten.

Stadtrat Dummer: Es wäre dann eben die Grundlage dafür, dass wir in der nächsten Sitzung entweder Einzelbaumaufnahme beschließen können oder auch nicht. Einzelbaumaufnahme, das ist dann der zweite Schritt. Der erste Schritt ist, dass er sagt, was wäre aus seiner Sicht als Gutachter notwendig, was wären die nächsten Schritte. Ein Ergebnis dieses Gutachtens könnte sein, dass er sagt, macht eine Einzelbaumaufnahme und schneidet die weg, die da als schadhaft eingestuft werden.

Vizebürgermeister Holzer: Die zweite Empfehlung kann sein?

Stadtrat Dummer: Ich kann das jetzt nicht vorwegnehmen, weil ich bin ja nicht der Barbl. Aber es könnte auch sein, dass er sagt, nein es zahlt sich nicht mehr aus, spart euch die € 8.000,--, die sind eh alle hin, vereinfacht gesagt.

Bürgermeisterin Völkl: Er ist wirklich ein erfahrener Experte und für uns wäre die Entscheidungsgrundlage sehr gut, wenn man sich auch so was berufen kann.

Gemeinderat Straka: Vor allem ist dasselbe praktisch, was Herr Ing. Els bis jetzt immer gemacht hat. Der hat ja auch die Bäume einzeln angeschaut und hat gesagt, die sind gefährdet.

Bürgermeisterin Völkl: Er ist beedeter gerichtlich zertifizierter Sachverständiger.

Vizebürgermeister Falb: Das ist nicht das, was Herr Ing. Els bisher gemacht hat. Herr Ing. Els hat das gemacht, was in den drei anderen Gutachten, die laufende Kontrolle. Der geht jetzt einmal hin und sagt uns hoffentlich, wie wir am besten tun aus seiner Fachsicht.

Gemeinderat Straka: Aber es hat doch geheißen, dass er auch die einzelnen Bäume anschaut.

Vizebürgermeister Falb: Der macht eine Grobaufnahme. Um € 3.800,-- wird der nicht

Gemeinderat Straka: Wenn der eine rechtliche Beurteilung macht, okay, das kann ich mir bei dem Preis auch vorstellen, aber sonst ist da nicht viel mehr drinnen.

Vizebürgermeister Falb: Der macht auch vor Ort einen Augenschein.

Stadtrat Pfeiler: So wie ich es verstanden habe, nimmt uns der nicht die Haftung ab.

Bürgermeisterin Völkl: Es geht nicht darum, dass mir wer die Haftung abnimmt. Es geht hier über die Verantwortung, dass die Wege sicher sind. Ich will sicher nicht, dass der mir die Haftung abnimmt, weil für dein Kind kann dir auch niemand die Haftung abnehmen. Genauso ist das, wenn man Bürgermeisterin ist, hat man die Verantwortung für die Wege, für das Naherholungsgebiet,

für die Menschen. Wenn ich alleine reingehe und mit mir ist irgendwas, das ist das eine, aber wenn ich für die ganze Stadt verantwortlich bin, dann werde ich sehr wohl darauf achten, dass die Wege sicher sind und niemand gefährdet wird.

Vizebürgermeister Falb: Haftung setzt einen Schadensfall voraus und wir wollen keinen Schadensfall.

Gemeinderat Rosenberger: Ist dieses Gutachten, was erstellt wird, verbindlich umzusetzen?

Bürgermeisterin Völkl: Nein.

Stadtrat Pfeiler: Also niemand und auch ich will nicht, dass irgendjemand in der Au von einem Baum, von einem Ast oder sonst wie verletzt wird. Der zweite Punkt ist, mit dem Gutachten sind wir dann in Wahrheit um keinen Schritt weiter, weil wenn der Gutachter sagt, schneidet alle Eschen um, dann sind wir noch immer in der Debatte drinnen letzten Endes, dass wir gesunde Bäume, die es auch gibt, gesunde Eschen entlang der Wege dann umschneiden sollen Das wäre dann die Empfehlung, möglicherweise.

Bürgermeisterin Völkl: Das ist deine Sorge.

Stadtrat Pfeiler: Wir sind mit dem Gutachten in der Kernfragestellung keinen Schritt weiter, weil wir wissen heute, dass entlang der Wege nicht befallene Eschen gibt, die standfest sind, und dass es Eschen gibt, die befallen sind.

Bürgermeisterin Völkl: Ich habe mit Herrn DI Barbl länger gesprochen über unsere Au und die Forstwirte kennen eigentlich die ganzen Au-Gebiete. Es ist ihm auch Stockerau nicht unbekannt. Ich habe eigentlich ein sehr großes Vertrauen zu diesem Mann gehabt. Der ist wirklich ein Experte, er ist achtsam und er ist kein radikaler Wegschneider, das kann ich auch sagen. Man muss schauen, was ist entlang vom Weg, welche sind solide Bäume, wie weit tut man überhaupt zurück, was ist in diesem Korridor von diesen 45 m. Vielleicht braucht es eh nur 30 m. Das war für mich alles sehr vertrauensbindend, was ich mit ihm geredet habe und es würde die Entscheidung sicher einfacher machen. Er hat genau die Ausbildung und er sagt, wenn er was beurteilt, da geht er persönlich bis vor Gericht. Die anderen Angebote kommen von einer anderen Branche.

Stadtrat Pfeiler: Da muss ich jetzt wirklich widersprechen.

Bürgermeisterin Völkl: Er ist ein Forstwirt.

Stadtrat Pfeiler: Wir haben drei Angebote von drei unterschiedlichen Beratern.

Bürgermeisterin Völkl: Kein einziger mit dieser Ausbildung.

Stadtrat Pfeiler: Sind alle gerichtlich beeidete Baumgutachter, die für ihre Beurteilung einstehen.

Bürgermeisterin Völkl: Er macht was anderes, er stellt sein Wissen hier zur Verfügung und dann kann man noch immer sagen, wie schaut es weiter aus.

Stadtrat Hödl: So wie es die Andrea und der Martin schon gesagt hat. Da geht es wirklich um die Vorfrage, nachdem es ja doch sehr große Diskussion gegeben hat, was ist notwendig. Wo es auch darum gegangen ist, brauchen wir jemanden zusätzlich oder ist das, was Franz Els macht nicht ohnehin der Stand der Technik. Das sind diese Fragen, die abzuklären wären. Ich habe auch Kontakt mit der MA49 gehabt und habe mit dem Leiter der Forstverwaltung Lobau telefoniert, der mir gesagt hat, die machen auch nur Bestandsbeurteilungen und nicht Einzelbaumbewertung von ihren Forstaufsichtsorganen und nach deren Empfehlung werden dann entsprechend dort Eschen entnommen. Also die MA49 macht jetzt keine Einzelbaumbewertung. Aber das ist eben genau diese Frage, um keinen Fehler zu machen, um achtsam genug vorzugehen, ganz einfach zu fragen wie schaut es jetzt aus, wie ist die Beurteilung vom Barbl, wie sieht er die Beurteilung von Franz Els und um das vorher abzuklären, wollen wir nicht zwingend externe Leute beauftragen müssen, wenn das eh in Ordnung ist, was wir jetzt in den letzten drei Jahre gemacht haben.

Bürgermeisterin Völkl: Ich habe den Bürgermeister vom Bisamberg getroffen, den Günter Trettenhahn. Der Bisamberg ist ja ziemlich intensiv durchforstet worden. Da haben sich ja alle aufgeregt. Der Bisamberg gehört nicht der Gemeinde, das war die MA49. Denen gehört der Wald da oben.

Gemeinderat Kubat: Was macht jetzt dieser Diplomingenieur sozusagen?

Bürgermeisterin Völkl: Er macht eine Begutachtung des Waldes, gibt eine Handlungsempfehlung ab, schaut wie der Gefährdungsgrad der Eschen ist, was er dazu sagt, dass die Wegesicherheit gewährleistet ist.

Gemeinderat Kubat: Für diese € 3.800,-- geht er jetzt das Hauptwegenetz entlang und schaut sich die Bäume an.

Bürgermeisterin Völkl: Er wird eine Bestandsbegutachtung machen.

Stadtrat Pfeiler: Ich stelle den **Antrag**, dass das vorliegende Angebot in den Umweltausschuss verwiesen wird und im Umweltausschuss behandelt wird.

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	0

	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	2
Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

Abstimmung über die Beauftragung von DI Barbl

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	2
Prostimmen:	ÖVP	18
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Bürgermeisterin Völkl bedankt sich bei allen Zuhörerinnen und Zuhörer für ihr Interesse und schließt die öffentliche Sitzung. Im Anschluss findet die nicht öffentliche Sitzung statt.

Die Bürgermeisterin

Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

Für die SPÖ-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

2.Vizebgm. Othmar Holzer

Für die GRÜNEN-Fraktion

Für die FPÖ-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder-Spreng